Nr. 261. 29. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 7. November 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Oesterreich als Störenfried.

Nochmals hat die Türkei bei der französischen Regierung um eine gemeinsame Vermittlung der Großmächte angesucht und ihre Hilfe bei der Vereinbarung der Friedensbedingungen verlangt. Die Türkei setzt ihre letzte Hoffnung auf ihre Feinde. Denn einen Freund wird das niedergehende Reich nirgends mehr finden. Der französische Ministerpräsident erklärte sofort, daß dieses Vermittlungsgesuch jeden Gedanken eines Drucks auf die Balkanstaaten ausschließe. Das Vermittlungsverfahren könne nur beginnen, wenn alle Kriegführenden dieses annehmen.

Damit ist die Pforte mit ihrer Bitte eigentlich abgewiesen. Denn die siegreich vordringenden Balkanstaaten wollen vorläufig von einer Vermittlung nichts wissen und den Frieden in Konstantinopel und Saloniki diktieren.

Das Gefährliche der Situation liegt nur darin, daß Oesterreich-Ungarn nicht zugeben will, daß der Untergang der europäischen Türkei auch dem dynastischen Ehrgeiz der Habsburger und ihren ewigen Einmischungsplänen in die Balkankriege ein Ende setzen muß. Oesterreich hat den Südslawen gegenüber stets eine frevelhafte Politik getrieben. Es hat den magyarischen Junkern zuliebe die Kroaten — im Jahre 1848 die Retter der Dynastie vor der Revolution — zur Verzweiflung getrieben und kann in Kroatien nur mehr mit dem Ausnahmezustand regieren. Ebensowenig hat die Habsburgische Monarchie verstanden, die bescheidenen und berechtigten Wünsche der Südslawen in Oesterreich und in Bosnien und der Herzegowina zu befriedigen und bis heute ist die Beseitigung der Hörigkeit in den okkupierten Provinzen nicht durchgeführt.

Die Unfähigkeit der österreichischen Politik läßt es ja erklärlich erscheinen, daß die Regierung mit großer Sorge an die Anziehungskraft denkt, die ein slawisches Balkanreich auf die Slawen der Monarchie ausüben kann. Aber die Verbrechen Oesterreichs an seinen Völkern sind wahrhaftig kein Grund für das übrige Europa, sich in den Dienst der österreichischen Politik zu stellen und den Balkanstaaten in den Arm zu fallen. Will Oesterreich Sicherheit in seinen Grenzen haben, so muß es eben endlich eine vernünftige Politik machen und die Bedürfnisse seiner Bewohner besser zu befriedigen verstehen als die angrenzenden Slawenstaaten. Für das verstockte Verharren in einer volksfeindlichen Politik noch die Hilfe anderer Mächte zu verlangen, ist der Gipfel des Aberwitzes. Wenn Oesterreich heute die Feindschaft der Serben fürchtet — das große Oesterreich das kleine Serbien! —, dann hat es die Feindschaft durch seine Quälereien selbst erzeugt, und nur die völlige Umkehr von dieser Politik kann die notwendige Aenderung herbeiführen. Auch hier wäre es völlig lächerlich, wenn andere Mächte Oesterreich die Arbeit abnehmen und Serbien zu handelspolitischen und Eisenbahnkonzessionen zwingen wollten.

Dies aber ist gerade die Erwartung Oesterreichs. Serbien soll trotz der völlig veränderten Lage in neue wirtschaftliche Abhängigkeit zu Oesterreich gebracht werden, es soll vielleicht zum Abschluß einer Militärkonvention, die es auch politisch Oesterreich untertänig machen würde, genötigt werden. Es ist eine fast unerfüllbare Forderung, denn sie würde bedeuten, daß Serbien vom Balkanbund abgedrängt wird, kein selbständiges Glied des künftigen Balkanstaatenbundes werden kann. Oesterreich will aber nicht nur Serbiens staatliche Selbständigkeit schmälern, es droht ihm auch, einen Teil seines Sieges zu entreißen. Serbien will an die Adria, um durch den Zugang ans Meer handelspolitisch frei zu werden. Und dieser Weg führt von Prizend durch albanisches Gebiet. Albanien will aber Oesterreich als seine Einflußsphäre sich reservieren. Und so drohe es unaufhörlich, daß der Marsch der Serben an die Küste sein Einschreiten erzwinge. Die Ablehnung des französischen Vorschlages, zu erklären, daß es keine territorialen Interessen auf dem Balkan verfolge, zeigt, mit welchem Nachdruck die österreich-ungarische Regierung auf diesem albanischen Plan besteht.

Albanien soll nach dem Wunsch der Oesterreicher ein autonomes Gebiet bilden. Und es scheint, daß auch Italien diesen Plan unterstützt. Sowohl Oesterreich als Italien lauern auf die albanische Küste und sie wollen keinen Dritten heranlassen. Es ist das gemeinsame Interesse zweier Räuber, die die künftige Beute vor fremdem Zugreifen bewahren wollen. Welches Interesse aber hat in aller Welt Deutschland daran, eine solche Politik zu unterstützen? Der Sieg der Balkanstaaten ermöglicht das Erstehen eines Staatenbundes, eines großen Wirtschaftsgebietes mit aussichtsreicher ökonomischer Entwickelung. Mögen auch große und ernste Schwierigkeiten dem neuen Staate aus der Mischung der Nationen und Konfessionen erwachsen, schneller und ungestörter als unter der türkischen Herrschaft wird sich die Entwickelung vollziehen können. Politisch aber würde damit die orientalische Frage, diese Quelle von unaufhörlichen Verwicklungen und Interessengegensätzen für Europa, wenn nicht ganz verschwinden, so an ihrer bedrohlichen Schärfe verlieren. Diese Entwickelung will Oesterreich stören, indem es Serbien Schwierigkeiten bereitet und in einem autonomen Albanien einen neuen beständigen Krisenherd schafft. Und das soll ein Interesse Deutschlands sein?

Die österreichische Bevölkerung ist nichts weniger als kriegslustig. Die Wiener Presse fälscht fast ausnahmslos im Dienst der Regierung die öffentliche Meinung. Für die ehrgeizigen Pläne der Dynastie treten von den Deutschen höchstens die klerikalen Volksfeinde ein. Während das übrige deutsche Bürgertum schon aus nationaler Ideologie dieser Balkanpolitik höchst mißtrauisch gegenübersteht, rüstet sich das Proletariat ganz Oesterreichs zu immer stärkeren Demonstrationen gegen die abenteuerliche und gefährliche Politik der Regierung. Die Sympathien der slawischen Nationen Oesterreichs aber gehören ausnahmslos den Balkanstaaten. Die dynastische Politik findet in der österreichischen Bevölkerung selbst immer lauteren Widerspruch. Da hoffen denn die Regierenden auf die romantische Nibelungentreue Deutschlands. Wenn es nach ihnen ginge, müßte deutsches Blut und Gut eingesetzt werden für die Erweiterung der habsburgischen Hausmacht! Glaubt die deutsche Regierung wirklich, daß die Masse des deutschen Volkes ihr erlauben würde, einen solchen Einsatz für fremde volksfeindliche Interessen zu wagen? Das deutsche Volk hat nicht das geringste Interesse daran, die Entwickelung, die sich auf dem Balkan vollzieht, zu stören, es hat alles Interesse daran, ungehemmt vollenden zu lassen, was jetzt dort an Neuem und Lebenskräftigem entsteht. Die deutsche Regierung würde ein Verbrechen begehen, wenn sie sich zum Gefangenen der österreichischen Politik machen ließe. Ihre Pflicht ist es, die österreichische Friedensstörung zu verhindern und keinen Zweifel daran aufkommen zu lassen, daß die Habsburger über keinen deutschen Soldaten verfügen können. Es wäre ja noch schöner, wenn die deutschen Arbeiter auch noch für die Erweiterungsträume fremder Staaten ihre Haut zu Markte tragen sollen!

Wird Oesterreich allein gelassen, dann wird es eben Frieden halten müssen und dann wird auch die zweite Karte, die die Habsburger in ihrem Spiele haben, nicht ausgespielt werden. Außer auf Deutschland hofft die österreichisch-ungarische Regierung auch noch auf Rumänien. Auch dieses Land hat Kompensationsschmerzen und wünscht die Abtretung der bulgarischen Grenzfestung Silistria, die einen wichtigen Uebergangspunkt an der Donau beherrscht, und die Erweiterung seiner Grenzen an der Dobrudscha. Durch die Unterstützung dieser Forderung hofft Oesterreich, Rumäniens Hilfe gegen den Balkanbund sich zu sichern. Und auch dafür soll sich Deutschland engagieren.

Die unmittelbare Gefahr liegt darin, daß die Serben sich durch die Drohungen Oesterreichs in ihrem militärischen Vorgehen nicht behandern lassen, und daß der alte Gegensatz zwischen Dreibund und Tripelentente, der in den letzten Tagen in aller Schärfe hervortritt, Oesterreich in seinem friedenstörenden Verhalten ermutigt. Desto schärfer muß deshalb gesagt werden, daß die Massen in Deutschland von der deutschen Regierung verlangen, daß sie sich nicht zum Büttel der österreichischen Politik hergebe. Deutschland hat nur das eine Interesse, daß der Brand auf dem Balkan möglichst rasch gelöscht, daß er unter keinen Umständen auf andere Staaten übergreift. Dieses Interesse kann nur gewahrt werden durch strikteste Neutralität, durch eine unabhängige und klare Politik, die Oesterreich keinen Zweifel läßt, daß es von Deutschland bei seinen Versuchen, Sondervorteile zu erlangen, nicht die geringste Unterstützung finden kann.

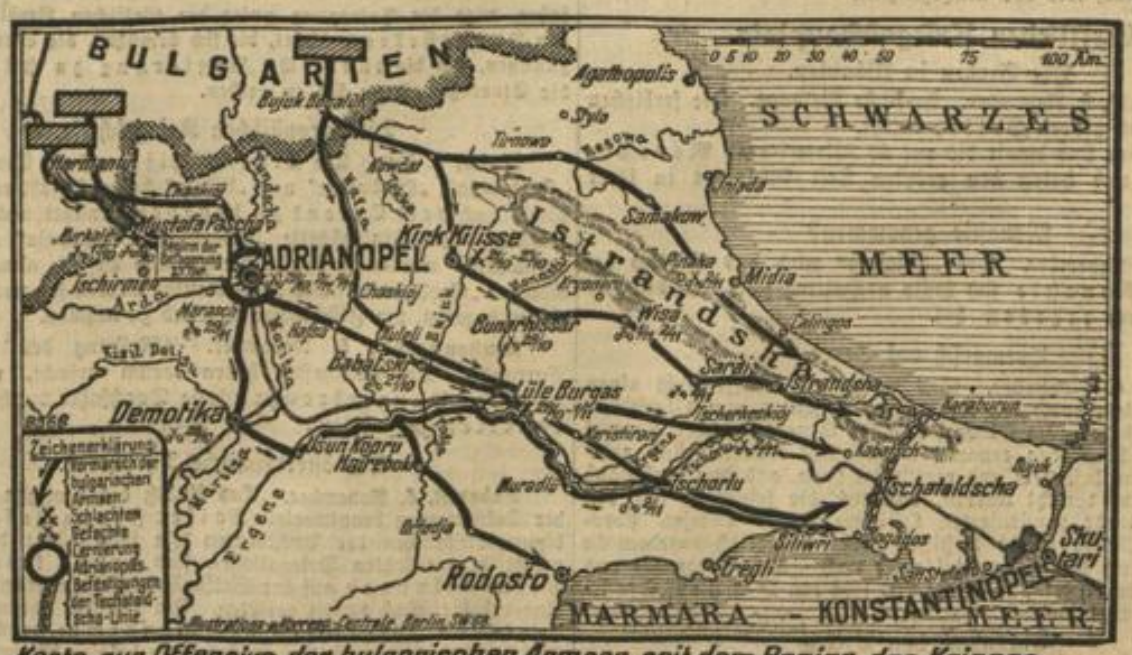
Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die bulgarische Verfolgungsaktion.

Wien, 5. November. Der Kriegsberichterstatter der „Reichspost" meldet aus dem Hauptquartier der bulgarischen Ostarmee vom 5. November: In den letzten Tagen ist eine Teilung des großen Hauptquartiers vorgenommen worden. Stara Zagora lag schließlich nur mehr in bezug auf die Operationen gegen Adrianopel und die Leitung des Nachschubdienstes günstig, für die Leitung der Operationen der Feldarmee jedoch zu weit ab vom Schauplatz der entscheidenden Kriegsoperationen. Daher wurde eine Teilung in der Art vorgenommen, daß nur das sozusagen repräsentative königliche Hauptquartier noch auf bulgarischem Boden verblieb, während das eigentliche militärische Hauptquartier mit dem Generalissimus General Sawow und dem Chef des Generalstabes Fitschew auf Kirkkilisse vorgeschoben wurde. Nach dem Fall Adrianopels soll dann auch die Verlegung des königlichen Hauptquartiers erfolgen.

Die Verfolgungsoperationen der Hauptarmee gegen die türkische Feldarmee werden trotz der enormen Inanspruchnahme in der dreitägigen Schlacht fortgesetzt. Die Offensive erfolgte, entsprechend der Gruppierung der bulgarischen Hauptarmee in der Schlacht von Lüle Burgas—Bija in zwei Hauptrichtungen. Eine südliche Armeegruppe drängte in west-östlicher Richtung über Tschorlu nach, während ein zweiter Vorstoß aus Norden über Sarai und Strandscha erfolgte. Die südliche Gruppe hat die türkischen Nachhutstellungen hinter dem Beazköjdereflluß bei Karischtiran und Gekerler sowie hinter dem Ergeneflluß durch gleichzeitigen Frontalangriff und Umgehung des linken Flügels über Tschengerler-Müselimköj über den Haufen gerannt und die Türken in Deroute hinter Tschorlu geworfen. Das ungestüme Nachdrängen der Bulgaren scheint neuerlich vermehrte Verwirrung unter den türkischen Massen hervorgerufen zu haben, denn trotz der großen Gefahr, durch die bulgarische Nordgruppe in der rechten Flanke umgangen und abgeschnitten zu werden, haben starke türkische Kräfte hinter dem Tschorlu neuerdings Stellung genommen, wo sie von den Bulgaren aus den Richtungen Gekerler, Karahajanköj und Müselimköj angegriffen und nach heftigem Kampfe mit großen Verlusten zurückgeworfen wurden.

Die bulgarische Nordgruppe ist mit starken Kräften im Vorgehen über Saraj begriffen und hat mit dem linken Flügel, etwa 1½ Divisionen, die Höhe von Stranza erreicht. Die weitere Offensive dieses bulgarischen Flügels wird nun mit schwächeren Kräften in südlicher Richtung auf Tscherkesköj und Jenitzköj erfolgen. Der Hauptteil geht ohne Rücksicht auf die südlich stehenden türkischen Streitkräfte direkt über Strandscha gegen den Raum zwischen dem Derkossee und Tschataldscha vor, während die südliche Armeegruppe der Bulgaren den Hauptstoß entlang der Bahn und über Fenarkadiköj frontal gegen Tschataldscha führt. Die allgemeine Absicht bei diesem Vorgehen ist, die nicht abgeschnittenen Teile des türkischen Heeres durch scharfes Nachdrängen noch vor der Tschataldscha-Position



Karte zur Offensive der bulgarischen Armeen seit dem Beginn des Krieges.

zur Schlacht zu stellen und gleichzeitig mit den geschlagenen türkischen Truppen in die Stellung einzudringen. Erst wenn dies nicht gelingt, soll der normale Angriff unter Mitwirkung schwerer Artillerie Platz greifen. Die unaufhaltsame Offensive der bulgarischen Armee wäre trotz der außerordentlichen Leistungen der Truppen nicht möglich, wenn nicht der Verpflegungs- und Nachschubapparat tatsächlich tadellos funktionieren würde. Das Zusammenarbeiten von Intendantur und Generalstab ist ideal zu nennen. Man erkennt hieraus die außerordentliche vorbereitende Friedensarbeit des bulgarischen Heeresapparates.

Die Trophäen aus den letzten siegreichen Kämpfen sind außerordentlich zahlreich. Die erbeuteten Schnellfeuerbatterien werden, soweit Munition vorhanden ist, zur Verstärkung der mit altem Material ausgerüsteten Reservedivisionen verwendet.

Neue türkische Verluste.

Sofia, 6. November. Nach einer aus den amtlichen Kreisen des Hauptquartiers stammenden Nachricht ist die Nachhut der Türken aus mehreren Stellen zwischen Tschorlu und Saraj nach äußerst heftigem Widerstand auf Tschataldscha zurückgeworfen worden, wobei die Türken größere Verluste erlitten haben sollen als bei Lüle-Burgas.

Türkische Hoffnungen auf die Tschataldscha-Linie.

Konstantinopel, 5. November, 7 Uhr abends. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Die Regierung bereitet einen kräftigen Widerstand auf der Tschataldscha-Linie vor. Es sind Verstärkungen abgesandt worden, um die Truppen zu ermutigen. Denselben Zweck verfolgt auch die Entsendung von Ulemas zur Front.

Die Zustände im türkischen Offizierskorps.

Konstantinopel, 6. November. Wie die türkischen Blätter melden, hat das Kriegsministerium angeordnet, alle Offiziere, die sich noch nicht bei ihren Regimentern eingefunden haben (!), als Deserteure zu betrachten.

Ein Situationsbild aus dem türkischen Lager.

Konstantinopel, 6. November. (W. T. B.) Aus den Mitteilungen der hierher zurückgekehrten Kriegskorrespondenten und Militärattachés läßt sich heute auch ein Bild von dem Verlauf der Schlacht bei Lüle-Burgas—Wisa auf dem linken Flügel der Türken gewinnen. Uebereinstimmend wird angegeben, die türkischen Truppen hätten mit großem Mut gekämpft, Mahmud Mukhtar selbst hätte mit drei Bataillonen zwei bulgarische Batterien im Sturm genommen. Erst nachdem in der Nacht ein wolkenbruchartiges Gewitter niedergegangen war, seien die türkischen Truppen, die fast sechs Tage lang unter Mangel an Brot gelitten hatten, in Unordnung abgerückt. Die bulgarischen Truppen stießen auch auf diesem Flügel nicht nach.

Es wird versichert, daß die Bulgaren wegen der vollkommen grundlosen Wege kaum vor zwei Wochen die neue Verteidigungslinie der Türken werden angreifen können. Die Stellung bei Tschataldscha, wo eine größere Zahl neuer Divisionen steht, sei unter den jetzigen Umständen kaum von den Bulgaren zu nehmen, es komme nur darauf an, daß die Verpflegung jetzt endlich durchgeführt wird. Daß dies jetzt geschehen wird, gehe aus einer Tatsache hervor, die nicht telegraphiert werden darf.

Auflösung.

Konstantinopel, 6. November. Nach den Kämpfen bei Wisa und Lüle Burgas haben die Türken beim Rückzuge, wie glaubhaft versichert wird, Rodosto verwüstet und teilweise in Brand gesteckt.

Abdullah Pascha wurde angeblich abgesetzt, weil er vollkommen versagte. An seiner Stelle ist Hambi Pascha mit der Führung des linken Flügels beauftragt worden. Ein türkischer Offizier, der von Tschataldscha zurückkehrte, behauptet, dort sei nichts zur Verteidigung vorbereitet. Die türkischen Beamten und die Pforte scheinen nicht mehr an Widerstand gegen die Bulgaren zu denken; es herrscht eine allgemeine Mutlosigkeit. Die Soldaten sengen und brennen beim Rückzug alle Dörfer nieder; dabei sollen viele bulgarische Bauern erschlagen worden sein. Allerdings ist vorher aus allen bulgarischen Dörfern auf die Truppen, vor allem auf alleinreitende Offiziere, von Komitatschis und Bauern oft mit Schrot und Jagdmunition geschossen worden. Auf dem Rückzuge von Wisa und Seroj wurden viele Soldaten in der Panik niedergetreten und blieben vor Hunger erschöpft im meterhohen Schlamm stecken. Die Gefechtverluste selbst waren anscheinend nicht sehr hoch. Konstantinopel ist noch ruhig, doch ist die Verängstigung der Bewohner vielfach sehr groß.

Bulgarische Kriegsbeute.

Sofia, 6. November. Die „Agence Bulgare" meldet: In den fünftägigen Kämpfen um Lüle-Burgas und Bunar Hissar haben die Bulgaren 37 Schnellfeuerbatterien erbeutet und mehr als 2000 Gefangene gemacht. Die Verluste der Türken werden auf ungefähr **25 000 Tote und Verwundete** geschätzt. Die Stimmung der türkischen Truppen ist gedrückt. Bis jetzt haben die Bulgaren auf der Linie Adrianopel—Konstantinopel 4 Lokomotiven und 243 Waggons mit Beschlag belegt. Auf der Strecke Lüle-Burgas—Kirklisse ist der regelmäßige Verkehr wiederhergestellt. Der Geist der bulgarischen Truppen ist nach wie vor ausgezeichnet.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Serben in Albanien.

Belgrad, 6. November. Amtliche Meldung. Die serbischen Truppen haben gestern Prilep besetzt.

Die Serben sind damit bis auf 40 Kilometer an Monastir herangerückt und haben den größten Teil Albaniens in ihrer Gewalt.

Monastir genommen?

Rom, 6. November. Der „Tribuna" wird aus Belgrad gemeldet, daß Monastir sich heute nachmittag zwei Uhr den serbischen Truppen ergeben hat.

Vormarsch auf Seres.

Belgrad, 6. November. Das Amtsblatt veröffentlicht einen königlichen Ukas, durch den Kronprinz Alexander zum Oberstleutnant, Prinz Arden zum General und der Generalstabschef General Putnik zum Wojwoden ernannt wird. Des weiteren sind zahlreiche Offiziere befördert und reaktiviert bezw. aus dem Ruhestand in die Reserve versetzt worden, darunter die seinerzeit auf den Wunsch Englands pensionierten Offiziere Oberst Damjan Popowitsch und Major Ljuba Kostitsch. Die bulgarisch-mazedonische Armee ist durch das Strumatal rasch nach Süden vorgerückt und hat gestern den Rupel-Paß besetzt und setzt den Marsch auf Demirhissar und Seres fort.

Einnahme von Prilep.

Belgrad, 5. November. (W. T. B.) Der Kampf, der gestern bei Demirkapu stattfand, war hartnäckig und endete mit einer Niederlage der Türken und der Einnahme des Passes durch die serbischen Truppen. Die große Brücke über den Wardarfluß ist unbeschädigt geblieben. Gestern traf die Kolonne des serbischen Generals Zivkowitsch in Ipek mit den Montenegrinern zusammen.

Ueber die Einnahme von Prilep wird aus Uesküb gemeldet: Die bei Kumanovo und Veles geschlagenen türkischen Truppen in Stärke von 20 Bataillonen mit Artillerie nahmen zwischen Veles und Prilep eine Rückzugsstellung ein. Obwohl infolge der schwierigen Terrainverhältnisse die serbische Artillerie nicht in Tätigkeit treten konnte, gelang es der serbischen Infanterie trotz des türkischen Artilleriefeuers, die Türken aus ihren Stellungen zu verdrängen. Das 5. serbische Infanterieregiment erstürmte hierbei mit dem Bajonett die türkische Artilleriestellung. Hierauf traten die Türken den Rückzug an, und die Serben nahmen ohne weiteren Widerstand Prilep ein.

Vom südlichen Kriegsschauplatze.

Griechische Verluste.

Athen, 6. November. Die griechischen Verluste in der Schlacht von Jenidje betrugen: 6 Offiziere und 154 Soldaten tot, 33 Offiziere und 737 Soldaten verwundet. Die Verluste des Feindes sind sehr groß.

Der Seekrieg.

Aufhebung der türkischen Blockade.

Konstantinopel, 6. November. Nach Mitteilung der Pforte ist die Blockade der bulgarischen Häfen vorläufig aufgehoben worden.

Ein in die Luft gesprengtes türkisches Schiff.

Konstantinopel, 6. November. Wie verlautet, sind bei Midia Trümmer des türkischen Schiffes „Tschamly" gefunden worden, das auf eine der von den Bulgaren im Schwarzen Meer gelegten Minen gestoßen und gesunken sein soll.

Besetzung von Tenedos.

Athen, 6. November. Admiral Coundouriotis meldet: Die Insel Tenedos ist um drei Uhr nachmittags durch ein griechisches Geschwader besetzt worden.

Die Interventionsversuche.

Paris, 6. November. (Privattelegramm des „Vorwärts".) In den politischen Kreisen sind die Urteile über Poincarés Interventionsversuch sehr geteilt. Viele meinen, daß der Versuch, sich öffentlich zu binden, die Lage nur komplizierter gestalte. Das „Journal des Débats" schreibt: die Geschichte sei überreich an Beispielen leicht bewilligter stiller Opfer, die sich in Widerstände verwandelten, sobald ein öffentliches Bekenntnis verlangt wurde. Die Kandidatur des Hohenzollern sollte den Diplomaten als Warnung dienen. „Journal des Débats" erwartet, daß der zweite Teil der Friedensverhandlungen vorsichtiger und ohne tägliche Indiskretion geführt werde. Aehnlich äußert sich Genosse Sembat in der „Humanité": Man darf den Ideen Sisonows folgen, wenn sie unseren Friedenswünschen entsprechen; aber wir haben nicht das Amt, sie zu servieren, wie der Diener in dem Theater die Briefe. Ziemlich allgemein wird die drohende Sprache des „Temps" verurteilt, der heute etwas kleinlaut behauptet, nur die Wahrheitspflicht erfüllend, die Unstimmigkeit konstatiert zu haben. Jaurès schreibt: Deutschland will sicher den Frieden und wird Oesterreich nötigenfalls in diesem Sinne beraten, aber diese Aufgabe sei durch überscharfe Kontroversen erschwert. Poincaré dürfe sich nicht engagieren; besonders habe er alles zu vermeiden, was den Dreibund in einen Gegensatz zur Tripelentente stellen könnte in einer Krise, wo es zur Rettung des Friedens der Hilfe aller bedarf, die in beiden Gruppen dazu guten Willens sind. Dem „Temps" wird aus Sofia telegraphiert, daß Bulgarien erst nach dem Fall Adrianopels verhandeln wolle.

Die Friedensbitte der Türkei.

Paris, 5. November. Die Agence Havas veröffentlicht folgende Note: Der türkische Botschafter hat dem Ministerpräsidenten Poincaré gestern abend das offizielle Ersuchen der Türkei um Vermittelung überreicht. Es lautet: Die ottomanische Regierung bittet die Großmächte um ihre Kollektivmediation zur unverzüglichen Beendigung der Feindseligkeiten und Festsetzung der Friedensbedingungen.

Poincaré machte den Botschafter darauf aufmerksam, daß das Vermittelungsersuchen jeden Gedanken an eine Pression auf die Kriegführenden ausschlösse und fügte hinzu, daß die Mächte in ein Mediationsverfahren nur eintreten könnten, wenn alle Kriegführenden einwilligten. Poincaré hat allen Mächten ohne Ausnahme unverzüglich mitteilen lassen, daß Frankreich geneigt wäre, sich mit ihnen über das neue Ersuchen der Türkei ins Einvernehmen zu setzen.

Jungtürkische Machinationen.

Sofia, 6. November. (Privattelegramm unseres Korrespondenten.) Wie ich aus bestinformierter Quelle erfahre, wird die Aufregung unter der türkischen Bevölkerung von den Jungtürken geschürt, die sich bemühen, die Situation auszunutzen, um die türkische Regierung zu stürzen und die Staatsgewalt an sich zu reißen.

Die europäischen Kriegsschiffe.

Malta, 6. Nov. Die Linienschiffe „King Edward VII.", „Zealandia", „Hindustan" und „Afrika" haben Befehl erhalten, sich direkt nach dem Orient zu begeben, anstatt nach Malta zu kommen. Die Linienschiffe „Hibernia", „Britannia" und „Commonwealth" werden in Malta bleiben und Befehle abwarten. Die Kreuzer „Good Hoope" und „Dartmouth" werden sich nach türkischen Häfen begeben, um Flüchtlinge an Bord zu nehmen.

Konstantinopel, 5. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Botschafter haben darum ersucht, noch einem zweiten Panzerkreuzer freie Durchfahrt durch die Dardanellen zu gestatten.

Die österreichische Thronrede.

Budapest, 6. November. Aus Anlaß des heutigen Empfanges der Delegationen beantwortete Kaiser Franz Josef die Huldigungsansprachen der Präsidenten wie folgt: Seit dem Zusammentritte der letzten Delegationen sind ernste kriegerische Verwickelungen auf der Balkanhalbinsel ausgebrochen, welche eine erhöhte Wachsamkeit gebieten. Im Hinblick darauf, daß bedeutende Interessen der Monarchie durch den Konflikt berührt werden können, erscheint die baldige Wiederkehr geordneter politischer und kommerzieller Verhältnisse im nahen Orient dringend wünschenswert. Meine Regierung wird bereit sein, im Einverständnisse mit den verbündeten Kabinetten im geeigneten Zeitpunkt an einer auf die Wiederherstellung des Friedens abzielenden Aktion der Großmächte teilzunehmen.

* * *

Die Sozialdemokratie gegen die Friedensstörung.

Budapest, 6. November. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der österreichischen Delegation erklärte Genosse Dr. Ellenbogen, den Wunsch des Ministers des Aeußern, von einer Erörterung der auswärtigen Lage abzusehen, nicht erfüllen zu können. Die auswärtige Politik sei keine private Angelegenheit der Dynastie oder Diplomatie, sondern des Blutes und Vermögens von Millionen. Diese haben das lebhafteste Interesse daran, daß diese Fragen offen und rückhaltlos besprochen werden. Vor drei Wochen habe er die Unrealisierbarkeit einer territorialen Eroberungspolitik dargelegt. Damals wurde dieser Darstellung gegenüber von einer energischen Wahrung der Interessen gesprochen, die auf Eroberungsabsichten hindeutete. Dieser Standpunkt der österreichischen Diplomatie ist aus der Welt geschafft. Bei Kumanowo und Kirklisse hat auch die österreichische Diplomatie eine Niederlage erlitten. War der alte Statusquo eine Utopie, so muß heute konstatiert werden, daß die Zweideutigkeiten auch jetzt noch fortdauern.

Gegenüber dem neuen Schlagwort von den legitimen Interessen Oesterreichs auf dem Balkan führte Ellenbogen aus: Die Regierung verberge dahinter die Absicht, Serbien unter die österreichische Einflußsphäre zu bekommen; das heißt zwar nicht territoriale, so doch wirtschaftliche und politische Interessen durch militärische Drohungen zu erzwingen. Die wirtschaftlichen Interessen mögen in folgendem bestehen: Handelsbegünstigungen irgendwelcher Art, Sandschak-Bahn und Verweigerung eines Hafens an der Adria. Dann kam Ellenbogen auf die Kriegsgelüste der klerikalen „Reichspost" und des Thronfolgers zu sprechen. **Die ganze öffentliche Meinung ist mit einer einzigen Ausnahme für den Frieden.** Diese Ausnahme ist die „Reichspost", welche uns zumutet, daß die politische Ruhe und Verteidigungsfähigkeit des Staates durch Serbien gefährdet sei. Die „Reichspost" droht, daß wir Serbien gegenüber bewaffnet auf dem Posten stehen müssen. Diese säbelrasselnde Frechheit muß man sich endlich einmal energisch verbitten. Und da sich die „Reichspost" auf den Thronfolger beruft, so müsse der Redner auch konstatieren, daß die öffentliche Meinung sich ganz entschieden gegen Beunruhigungen, die aus demselben Belvedere-Winkel kommen, verwahrt. Die Verfassung ist zusammengesetzt aus Parlament, Regierung und Krone. Einen vierten Faktor gebe es nicht. Dieser vierte Faktor scheine sehr ungeduldig zu sein. Er kann den natürlichen Verlauf der Dinge nicht abwarten. Wäre in dieser Delegation auch nur eine Spur davon vorhanden, was man Männerstolz vor den Thronen von Königen und solchen, die es werden wollen, nennt, so müßte die Delegation einmütig und entschieden gegen diese Verfassungsverletzung protestieren, die in diesem fortwährenden Eingreifen gelegen sei. Die Welt hat den bestimmten Eindruck, daß der Kaiser den Frieden wolle. Es liege also eine bewußte Herabsetzung der Autorität der Krone vor, wenn diese Absichten fortdauernd von jener Seite durchkreuzt werden.

Außer Ellenbogens Rede sind nur noch die Bemerkungen des früheren deutschliberalen Handelsministers Baernreither bemerkenswert. Oesterreich, führte er aus, müsse die Möglichkeit einer handelspolitischen Annäherung an die Balkanstaaten ins Auge fassen. Redner erörterte weiter die Voraussetzungen für die Möglichkeiten eines Zoll- und Handelsbündnisses mit den Balkanstaaten. Er bedauerte, daß Oesterreich seinerzeit nicht Serbien den Weg durch Bosnien an die Adria eröffnet habe. Derzeit liege Serbien die Donau-Adria-Bahn am Herzen.

Redner warf die Frage auf, ob es nicht denkbar sei, nach Art der Mandschurischen Bahn gewisse Eisenbahnlinien durch internationale Vereinbarungen der gleichberechtigten Benutzung durch mehrere Interessenten zu eröffnen, und ob diese Idee nicht auch auf die Benutzung der Häfen anwendbar wäre, die zwar neutral und daher politisch und militärisch ausgeschaltet sein, aber allen berechtigten Handelszwecken der Hinterländer entsprechen würden. Oesterreich-Ungarn sei der mächtigere Teil und könne daher der Entgegenkommendere sein. Auf diesem Wege komme es zu einer friedlichen Entwickelung der Verhältnisse, zugleich aber auch zur vollen Wahrung der berechtigten österreichischen Interessen. Die richtige Politik Oesterreich-Ungarns sei der Friede.

Die Präsidentenwahl in Amerika.

New York, 6. November. Die Anzahl der Stimmen, die Wilson erhält, ist wahrscheinlich die größte, die je ein Präsidentschaftskandidat erhalten hat. Sicher hat er 404 Wahlmännerstimmen aus 38 Staaten. Taft hat bisher nur Idaho, Vermont, Utah und Wyoming mit 15, Roosevelt Illinois, Iowa, das anfangs für Wilson gewonnen schien, Washington, Kansas, Michigan und Pennsylvania mit 112 Stimmen. In allen zweifelhaften Staaten hat Wilson gesiegt. Sein Sieg in den republikanischen Hochburgen Maine und Massachusetts ist besonders bemerkenswert. Roosevelt erhielt weniger Stimmen als seine Anhänger erwartet hatten. Er war in vielen Landesteilen Dritter. In New York erhielt Wilson 698 000, Taft 493 000 und Roosevelt 419 000 Volksstimmen.

Die New Yorker Staatslegislatur ist demokratisch geworden. Das sozialistische Mitglied des Kongresses, Berger, ist wiedergewählt. In Pittsburg wurden die Sozialdemokraten ins Repräsentantenhaus gewählt. Die Stimmen für Eugen Debs haben sich annähernd verdoppelt.

In das Unterhaus des Kongresses werden voraussichtlich 290 Demokraten, 132 Republikaner und 13 Progressisten einziehen. Im Bundessenat haben die Demokraten anscheinend eine Mehrheit von sechs Sitzen erobert. Die demokratische Kontrolle zur Durchführung des Tarifprogramms ist notwendig.

Wie es mit der Volksfreundschaft der Demokraten, der Partei der Sklavenhalter, der katholischen Kirche und der New Yorker Tammany Hall aussieht, geht aus einigen Aeußerungen hervor, die von Woodrow Wilson, dessen Sieg jetzt in die Welt hinausposaunt wird, berichtet werden. Wie W. Parks in der „Los Angeles Tribune" berichtet, hat Wilson dort erklärt: „Ich bin Gegner einer höheren Bildung für das gemeine Volk. Irgend jemand muß die schmutzigen Arbeiten tun. Warum sollen die Kinder der Arbeiterklasse nicht dazu erzogen werden, die Arbeit zu tun, die ihre Eltern jetzt tun?" Man sieht, der Demokrat

kann sich neben den preußischen Junkern und dem Bischof Henle sehen lassen. Dazu paßt das andere Wort: „Ich glaube nicht an die Herrschaft der Masse. Ich glaube an Aristokratie, die Herrschaft der wenigen.“ Man kann sich bei solcher Gesinnung ein Bild davon machen, wie die vielberedete Reformarbeit der Demokraten, tatsächlich der rückständigsten Partei der Union, in Wirklichkeit aussehen wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. November 1912.

Nach der Wahl.

Der Ausfall der Wahl im 1. Berliner Wahlkreise könnte nach außen den Anschein erwecken, als hätte die Sozialdemokratie eine Niederlage erlitten. In Wirklichkeit ist die Zahl der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen größer, als unter den obwaltenden Umständen erwartet werden konnte. Die ja enge Beziehungen zum Magistrat unterhaltenden freisinnigen Blätter konnten am Dienstagnachmittag mitteilen, daß seit der Hauptwahl über 2800 Wähler aus dem Kreise verzogen seien. Da aber nach den alten Listen gewählt wurde, war ganz naturgemäß mit einem erheblichen Stimmenrückgang zu rechnen. Die gegnerischen Blätter wiesen auch schon vorher darauf hin, daß von den Verzogenen mindestens ⅔ sozialdemokratische Wähler seien. Tatsächlich konnte auch eine sehr große Zahl der proletarischen Wähler nicht aufgefunden werden. Einer Anzahl der Verzogenen wurde zudem die Ausübung des Wahlrechts unmöglich gemacht, weil man ihnen ganz unvermutet eine besondere Wahllegitimation abforderte.

Der Erfolg der Wahl nach den alten Listen war zunächst ziffernmäßig der, daß jetzt 1632 Stimmen weniger abgegeben wurden als bei der Wahl im Januar. Mit einem Stimmenrückgang von zirka 1000 Stimmen halten wir denn auch gerechnet. Wir verloren aber gegenüber der Hauptwahl nur 567 Stimmen. Das ist ein über Erwarten günstiges Resultat. Es zeugt von unserer Werbekraft, denn daß für uns die Verhältnisse außerordentlich ungünstig lagen, darüber herrscht bei Freund und Feind kein Zweifel. Wenn die „Vossische Zeitung“, die am Dienstag einen ganz natürlichen großen Stimmenrückgang der Sozialdemokratie konstatierte, nun von „einem empfindlichen Rückgang der Sozialdemokratie“ fabuliert, dann spricht daraus nur die Enttäuschung über die Festigkeit der sozialdemokratischen Wählerschaft im — Schloßkreise; auch Agitationsbedürfnis spricht da stark mit, ebenso das Bedürfnis nach — Gewissensberuhigung.

Wir schenken uns moralisierende Sentiments über die niedrige Kampfesweise des Freisinns und über die von ihm beliebte hansabündlerische Anreißerei. Das nur wollen wir feststellen: mit dem Berliner Freisinn kann der berüchtigte Reichsverband auf dem Gebiete unanständiger Kampfesweise nicht mehr konkurrieren!

Trotz alledem, unsere Stimmenzahl hätte größer sein können, wenn die Demokraten nicht vollständig versagt, wenn sie nicht fast geschlossen zum Freisinn hinübervoltigiert wären. Selbst das „Tageblatt“, das im Januar seinem bis dahin verhimmelten Gädke einen Eselsfußtritt versetzte, konstatiert nun einen Ueberlauf der Gädkewähler zum „Tageblatt“kandidaten. Nach der Haltung der Organe der Herren Gädke und Gerlach war mit dem Ueberlauf der Demokraten zum Freisinn zu rechnen. Daß er sich fast restlos vollzog, klärt die Situation.

Obwohl auch der Freisinn durch den Fortzug einiger Wähler verloren haben wird, wurden am Dienstag für seinen Kandidaten doch 230 Stimmen mehr abgegeben als bei der Hauptwahl im Januar. Wie erklärt sich das? Nicht anders als durch den Ueberlauf der sogenannten Demokraten. Mit Ausnahme des Schloßbezirks hat der konservative Kandidat keine Stimme verloren, insgesamt gewann er sogar 106 Stimmen. Wohl als Resultat einer energischen Instruktion der Schloßbeamten sprangen im 6. Bezirk 50 konservative Wähler ab; der Freisinn konnte sie als Zuwachs buchen. Der Freisinn steht „oben“ höher im Kurse wie der Antisemit!

Eine weitere Vergleichung der Wahlresultate nach den einzelnen Bezirken ergibt, daß die demokratischen Wähler, mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen, geschlossen in das freisinnige Lager abgeschwenkt sind. Damit hat die Demokratische Vereinigung ausgespielt. Sie hat in ihrer Leitung so wenig politischen Sinn, einen solchen Grad von Direktionslosigkeit, in ihrer bisherigen Anhängerschaft so wenig Klassenbewußtsein verraten, daß sie sich jetzt die formale Liquidation ruhig ersparen kann. Sie war eine vorübergegangene Erscheinung.

Wir begrüßen die Klärung! Sie zeigt von neuem, daß es nur ein Hüben und ein Drüben gibt! Und als Genosse Dümell in der Versammlung am Dienstagabend darauf hinwies, fand er stürmischen Beifall, ungeteilte Zustimmung. Ueberhaupt: die Versammlung verriet nichts von Enttäuschung, nichts von Mißmut.

Eine kleine Geschichtsfälschung

versucht das „Berliner Tageblatt“. Im Kreise Teltow-Beeskow ist bekanntlich durch den Tod des Herrn Felisch eine Nachwahl zum Abgeordnetenhause nötig geworden, und sie stellt den Freisinn wieder mal vor eine ihm sehr unangenehme Prüfung. Sozialdemokratie und Freisinn zusammen sind in diesem Kreise bedeutend stärker als die Konservativen. Trotzdem hat der Freisinn im Jahre 1908 beide Landtagsmandate des Kreises den Konservativen in die Hände gespielt, indem er sich weigerte, eins der Sozialdemokratie zu überlassen. Eine Uebereinkunft, wonach ein Mandat dem Freisinn, das andere der Sozialdemokratie zukam, konnte damals den Kreis den Konservativen entreißen. Die Sozialdemokraten waren dazu bereit, die Freisinnigen lehnten ab.

Offenbar liegt dem Freisinn auch diesmal die Angst schwer im Magen, es könne ihm schon jetzt eine klare und feste Stellungnahme zur allgemeinen Landtagswahl zugemutet werden. Nichts aber ist für den Freisinn fürchterlicher, als offen Farbe zu bekennen. Deshalb versucht es das „Berliner Tageblatt“ mit einer kleinen Stimmungsmache Es schreibt:

„Ob die sozialdemokratischen Wahlmänner von Teltow-Beeskow-Storkow auch diesmal wieder einem Zugehörigen der Hausknechtparagraphenfraktion zu einem Mandat verhelfen werden, das erscheint uns doch einigermaßen zweifelhaft.“

Hieran ist zunächst ganz falsch, daß die Sozialdemokraten dem Herrn Felisch zum Mandat „verholfen“ hätten. Vielmehr hatte er seine Wahl, wie oben gezeigt, lediglich den Freisinnigen zu verdanken. Sodann aber — wenn hier versucht wird, die Konservativen allein als „Hausknechtsparagraphen-Fraktion“ hinzustellen und den Anschein zu erwecken, als ob auf die „Fortschrittler“ auch nur gegen solche Exzesse der Reaktion irgendwelcher Verlaß sei, so ist das nichts weiter als eine artige kleine Geschichtsfälschung. Wir wollen doch nicht vergessen, daß auf die Frage, ob Herr v. Erffa zu seiner Gewalttat gegen unseren Genossen Borchardt berechtigt war, die „Fortschrittler“ des Abgeordnetenhauses mit Ja zu stimmen beschlossen haben, und daß der fortschrittliche Herr Cassel noch im letzten Augenblick atemlos hereingestürzt kam, um nur ja diese staatserhaltende Abstimmung nicht zu versäumen. Und die fortschrittliche Fraktion hat es sogar für nötig gehalten, 24 Stunden vorher der Welt zu verkünden, sie werde für das Recht des Präsidenten zur Anwendung des Hausknechtsparagraphen stimmen,

„in der Ueberzeugung, daß die Ordnung des Hauses gewahrt werden muß, wenn nicht das parlamentarische Wesen selbst schweren Schaden leiden soll.“

In der Praxis ist also die „Fortschrittliche Volkspartei“ für den Hausknechtsparagraphen eingetreten. Daß sie daneben, um das Gesicht zu wahren, einen Antrag eingebracht hat, ihn wieder zu beseitigen, kann neben dieser ihrer praktischen Haltung nicht ins Gewicht fallen und wird niemand irreführen. In Wahrheit sind somit die Freisinnigen genau ebenso eine „Hausknechtsparagraphen-Fraktion““ wie die Konservativen, und wenn es nur hierauf ankäme, könnte es uns ganz egal sein, ob ein Freisinniger oder Konservativer den Platz Felischs einnimmt. Das „Berliner Tageblatt“ sollte deshalb seine Versuche, das Wässerlein zu trüben, lieber einstellen und statt dessen seiner Partei eine klare und deutliche Stellungnahme zur Landtagswahl des kommenden Jahres anraten.

Klerus und Gewerkschaft.

In verschiedenen außerdeutschen Staaten ist das Urteil der katholischen Kirche über die christlichen sogenannten „interkonfessionellen“ Gewerkschaften längst gesprochen, z. B. auch in Holland. Die Bischöfe von Utrecht und Hertogenbosch haben bekanntlich den katholischen Arbeitern verboten, der „Unitas“ (eine christliche Textilarbeitergewerkschaft) anzugehören. Es half kein Protest, kein Bitten und Flehen, die katholischen Textilarbeiter mußten aus ihrer Organisation heraus. Von allen Kanzeln wurden die Gläubigen aufgefordert, den bischöflichen Befehlen zu gehorchen, und viel gehorchten, so daß die „Unitas“ sehr geschwächt wurde. Um nicht ganz zugrunde zu gehen, hat die „Unitas“ unter Hinzuziehung ehemaliger Mitglieder den Versuch unternommen, die holländischen Bischöfe umzustimmen. Es wurde eine lange Erklärung aufgestellt, worin den Bischöfen eingehend die Notwendigkeit christlicher interkonfessioneller Gewerkschaften dargelegt wird. In dieser Erklärung heißt es:

„Die Berufsorganisation wirkt nie anders als öffentlich. Jeder kann also kontrollieren, ob stets in Uebereinstimmung mit den christlichen Grundsätzen gehandelt wird; Mißtrauen braucht gar nicht zu bestehen. Das Ehrgefühl, das wir als christliche Arbeiter besitzen, müßte schon eine genügende Gewähr dafür sein, daß wir in der christlichen Berufsorganisation keine Aktionen unternehmen und keine Beschlüsse fassen, die Gefahren für die Religion und für die Sitten heraufbeschwören. Wenn es anders wäre, dann hätten wir in den sogenannten neutralen Organisationen bleiben oder uns ihnen wieder anschließen können.“

An anderer Stelle wird erklärt:

„Außerdem meinen wir auch imstande zu sein, über die Frage urteilen zu können, inwieweit durch das Bestehen und Wirken der „Unitas“ Mischehen befördert oder geschlossen worden sind. Darauf abzielende Vorwürfe werden in der Bekämpfung des Bundes öfters erhoben. Wir haben über diese ernste Frage eine ernste Untersuchung eingeleitet. Die Folge der Untersuchung ist gewesen, daß uns keine einzige Mischehe nachgewiesen werden konnte, die durch das Bestehen oder die Wirksamkeit des Bundes zustande gekommen wäre.“

Die Bischöfe scheinen noch stärkere Garantien zu wünschen. Wenn die „Unitas“ sagt, daß sie keine Beschlüsse fassen werde, die Gefahren für die Religion und für die Sitten heraufbeschwören, so können sich die Bischöfe doch zufrieden geben, und mehr noch durch die Erklärung, daß die „Unitas“ nichts mit der neutralen Organisation der Arbeiter in Holland zu tun haben will. Diese neutralen Organisationen sind nämlich ähnliche Gebilde wie in Deutschland die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, nur noch um einige Grade schwammiger.

Das Zentrum und die nächsten preußischen Landtagswahlen.

Nicht ohne Sorgen sieht das Zentrum den kommenden Landtagswahlen entgegen. Der Landtagsabgeordnete Klocke-Kassel bespricht die Bedeutung dieser Wahlen für das Zentrum im Oktoberheft der Windthorst-Bundeszeitschrift „Das Zentrum“. Als das Wichtigste erscheint ihm die Aufrechterhaltung einer Parteikonstellation, in der Konservative, Zentrum und Polen die Majorität behalten, um in konfessionellen und schulpolitischen Fragen keinen Fortschritt aufkommen zu lassen. Erstes Ziel des Zentrums muß es also sein, solchen Verlusten vorzubeugen, denn wenn sie erfolgten, etwa zugunsten der Freikonservativen und der Nationalliberalen, so wäre damit die klerikale Schulpolitik gefährdet. Vornehmlich gilt natürlich der Kampf des Zentrums den Sozialdemokraten und den Freisinnigen, die Klocke schon als „Rotblock“ vereinigt sieht. Er schreibt:

„Ob Freikonservative und Nationalliberale soviel neue Mandate erringen werden, daß dadurch ihr Einfluß erheblich verstärkt wird, ist zum mindesten zweifelhaft. Die Nationalliberalen hoffen vielleicht im rheinisch-westfälischen Industriebezirk gegen das Zentrum, in Hannover und im Osten gegen die Konservativen Mandate erringen zu können; aber es gibt auch Hoffnungen, die trügen. Eine einflußreichere Stellung werden sie nur erlangen, wenn der Rotblock größere Erfolge erzielt. Diese zu vereiteln, gegen den Rotblock zu kämpfen, muß deshalb unsere Sorge und Aufgabe sein. Damit dienen wir auch dem, was über den Aufregungen der Wahlleidenschaft und den Gegensätzen gegen die Mittelparteien nicht vergessen werden darf, dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie und diejenigen, die sich in ihre Abhängigkeit begeben. Gegen sie muß die Gemeinbürgschaft der bürgerlichen Parteien geschlossen, gehalten und durchgeführt werden, trotz aller sonstigen Gegensätze.“

Mit den Nationalliberalen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets wird das Zentrum, wenn nicht alle Vorzeichen trügen, ohnehin ein Geschäft auf Gegenseitigkeit machen. Es riskiert dabei auch nichts, denn diese Auch-Nationalliberalen sind in Wirklichkeit schon längst konservativ.

Ein politischer Prozeß.

Wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ mitteilt, hat der Reichstagsabgeordnete Schiffer gegen die Chemnitzer „Volksstimme“ Strafantrag gestellt wegen der Behauptung, daß er bei der Präsidentenwahl im Reichstage für Bebel gestimmt habe. — Herr Schiffer hat dies nach langem Zögern in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ in Abrede gestellt. Die Stimmabgabe bei der Präsidentenwahl ist geheim, ein schlüssiger Beweis also nicht leicht zu führen; immerhin erscheint es einigermaßen befremdlich, daß Herr Schiffer seinen Strafantrag nicht gegen die „Deutsche Tagesztg.“ gerichtet hat, die die Behauptung zuerst aufgestellt hatte. Vermeint Herr Schiffer etwa, gegen ein sozialdemokratisches Blatt und vor einem sächsischen Gericht sicherer eine Verurteilung zu erzielen?

Aus frommen Gefilden.

Anfang Oktober wurde in Krefeld der Kaplan Coenen aus dem Grenzorte Schaag zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. 14 Jahre Zuchthaus hatte der Staatsanwalt beantragt. Der „fromme“ Mann hatte nicht allein in der Sakristei der Kirche Messediener geschlechtlich mißbraucht, sondern sich auch in einem Falle in ebensolcher Weise an einem seiner Religionsschüler vergangen. Auch kleine Mädchen lockte er in die Bücherei, wo er sich an ihnen verging.

Jetzt werden aus Krefeld neue Schweinereien eines Frommen gemeldet. Dieser, ein 73jähriger Mann, lockte in vielen Fällen Mädchen im Alter von 10 bis 15 Jahren an sich, machte ihnen Geschenke und verging sich dann, zumeist in seiner Wohnung, an ihnen. Er wurde verhaftet.

Eine Miniaturrevolution in Liberia.

An der Küste der Negerrepublik Liberia sind, wie amtlich bestätigt wird, Unruhen ausgebrochen. Mehrere Faktoreien, darunter auch deutsche, sollen bedroht sein. Die deutsche Regierung hat deshalb das in Duala stationierte Kanonenboot „Panther“ zu Schutze der deutschen Interessen entsandt.

Der Negerstaat steht vor dem finanziellen Zusammenbruch, den Engländern ist er verschuldet, sie haben dafür die Oberhoheit über die Zolleinnahmen. Die Amerikaner waren bereit, eine Anleihe zu geben, aber nur, wenn ihnen die Zolleinnahmen abgetreten worden wären, auf welche natürlich die Engländer nicht Verzicht leisten wollen. Hoffentlich beschränkt sich die Aufgabe des „Panther“ darauf, die gefährdeten Deutschen eventuell an Bord zu nehmen.

Ein Opfer der sozialen Verhältnisse.

Der 27 Jahre alte Arbeiter und Reservist Sadowsky aus dem Landwehrbezirk I Dresden war im Sommer d. J. längere Zeit arbeitslos. Recht und schlecht schlug er sich durch, war aber dabei sehr heruntergekommen. Da erhielt er eines Tages vom zuständigen Bezirkskommando einen Gestellungsbefehl, wonach er am 30. August zu einer 14tägigen Uebung beim 2. sächsischen Reserve-Infanterie-Regiment eintreffen und sich zu diesem Zwecke am Vormittag des genannten Tages am Sammelplatz in Dresden stellen sollte. Am 18. August endlich erhielt S. Arbeit in einer Ziegelei, das verdiente Geld mußte er aber für Schulden und den notwendigen Lebensunterhalt aufwenden. Nur einen einzigen Anzug hatte er, den er bei der Arbeit tragen mußte, auch die Schuhe waren gänzlich entzwei. In diesem heruntergerissenen Zustande dem Gestellungsbefehl zu folgen, schämte er sich. Er blieb der Uebung fern. Einige Zeit danach wurde S. von der Arbeitsstelle weg verhaftet, in Untersuchungshaft genommen und wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe über sieben Tage angeklagt. Das Dresdener Kriegsgericht verurteilte mit Rücksicht darauf, daß traurige soziale Verhältnisse das Motiv zu dem Verhalten waren, den Angeklagten zu der gesetzlich geringsten Strafe von — 48 Tagen Gefängnis!

Aus Industrie und Handel.

Der Anteil der Arbeiter am Nationalwohlstand.

Im „Appeal to Reason“ zeigt Maynard Shipley auf Grund der amtlichen Daten, wie sich die Lage der Arbeiter und ihr Anteil an dem erzeugten Produkt seit 60 Jahren gestaltet hat. Man zählte in der Industrie:

Jahr (nach dem Zensus des folgenden Jahres)	Lohnarbeiter	Löhne in 1000 Pfd. Sterl.	Rohstoffwert	Zugesetzter Wert
1849 (Zensus v. 1850)	957 100	236 755	555 124	468 983
1869	2 054 000	620 467	1 990 742	1 395 118
1889	4 251 535	1 891 210	5 162 014	4 210 865
1909	6 615 046	3 427 038	12 141 791	8 580 261
1909 in Proz. v. 1849	691	1447	2187	1849

Auf den Kopf des Arbeiters berechnet, ergaben sich:

Zensus von	Durchschnittslohn	Zugesetzter Wert	Differenz zwischen zugef. Wert und Lohn
1850	247 Dollar	484 Dollar	237 (97 % d. Lohns)
1910	518 „	1289 „	771 (149 %)
1910 in % von 1850	210	266	325 (155)

Während also der Durchschnittslohn sich verdoppelt hat — der Wert dieser Verdoppelung wäre erst mit Berücksichtigung der verminderten Kaufkraft festzustellen — ist der erzeugte Mehrwert auf mehr als das 2½fache gestiegen. Der dem Unternehmer bezw. dem Kapitalisten verbleibende Wertanteil stieg 1½mal so stark wie der Lohn. Während der Lohn vor 60 Jahren die gute Hälfte des zugesetzten Wertes ausmachte, war sein Anteil 1910 nur noch 40,6 Proz. Die Unternehmer- und Kapitalistenklasse erntet vom Ertrage der Arbeit 1½mal soviel als die Arbeiterklasse!

Die schweizerische Sozialdemokratie gegen die Teuerung.

Für den Parteitag in Neuenburg hat der Referent über die Lebensmittelzölle und Lebensmittelteuerung, Genosse Nationalrat Müller in Bern, folgende Thesen veröffentlicht:

I. Kommunale Maßnahmen. Zur Linderung der Lebensmittelteuerung ist in denjenigen Gemeinden, wo bis jetzt keine oder nur ungenügende Vorkehrungen getroffen worden sind, durch die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeindebehörden dahin zu wirken:

1. Daß die sofort möglichen Maßnahmen ungesäumt in die Hand genommen werden, in erster Linie: a) der Ankauf von Lebensmitteln, die für den täglichen Bedarf unentbehrlich und deren Lagerung entweder für längere Zeit oder für die notwendige Zeit des Absatzes möglich erscheint und Abgabe zum Selbstkostenpreise, an Arme unentgeltlich (Kartoffeln, Kohl, Rüben, Hülsenfrüchte, Teigwaren). b) Abgabe von Brennmaterial zu reduziertem Preise, alles in quantitativer Beschränkung zur Verhinderung spekulativer Ausnützung. c) Möglichste Förderung der Schülerspeisungen. d) Errichtung oder Subventionierung von Suppenanstalten. e) Teuerungszulagen.

2. Daß für die zukünftige Teuerungsabwehrpolitik namentlich folgende Fragen — eventuell mittels Einsetzung von Notstands- oder Studienkommissionen — näher geprüft werden. a) Erstellung von Gefrier- und Kühlanlagen, wo solche nicht schon in modernen Schlachthausbauten vorhanden sind, und gestützt darauf Organisation der Einfuhr und des Vertriebes von überseeischem Gefrierfleisch, eventuell kommunale Organisation des Fleischverkaufs überhaupt. b) Organisation des Milchvertriebes. c) Organisation von Meerfischmärkten, Einführung und Verteilung von Fleischkochanleitungen und in Verbindung mit gemeinnützigen Vereinen Organisation von Kochkursen. d) Anhandnahme statistischer Erhebungen über Lohnverhältnisse, Haushaltungsbudgets, Lebensmittel- und Marktpreise. e) Anhandnahme bezw. Weiterführung einer kräftigen, kommunalen Wohnungspolitik.

II. Lebensmittelzölle. Direkte Eingabe an den Bundesrat mit der Forderung, in Anwendung von Artikel 4 des Zollgesetzes vom 10. Oktober 1902 die Vieh- und Fleischzölle zu reduzieren, unter gleichzeitiger Ermächtigung an das Parteikomitee im Falle der Ablehnung dieser Forderung mit wirtschaftlichen Konsumentenorganisationen behufs Einleitung einer Volksinitiative auf Reduktion der Lebensmittelzölle in Verbindung zu treten.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Gewerkschaftliches.

Christliche Taktik.

Die „Gewerkschaftsstimme", das Organ des christlichen Verbandes der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstigen Industriearbeiter bringt in ihrer Nummer 41 den Bericht über die 6. Generalversammlung des Verbandes. Diese Generalversammlung befaßte sich auch mit einer Neuorganisation des Verbandes. Dazu wurde eine Resolution angenommen, welche sagt: „. . . daß neben anderen Hindernissen die vielseitige Zusammensetzung des Verbandes eine intensive Agitation erschwert. Deshalb ist eine Reform des Verbandes so durchzuführen, daß die Staats- und Gemeindearbeiter abgetrennt und in einem besonderen Verbande zusammengefaßt werden sollen". Eine neue christliche Organisation ist also zu erwarten. Diese Abtrennung der Staats- und Gemeindearbeiter — von den letzteren hat ja der Verband überhaupt nicht viel einfangen können —, hat tiefere Ursachen, die durch die „anderen Hindernisse" in der Resolution schon angedeutet sind. Eine Erklärung des bisherigen Verbandsvorsitzenden Oswald wird schon deutlicher. Oswald lehnte seine Wiederwahl ab mit der Erklärung, daß

„in Rücksicht auf seine Arbeiten im Interesse der bayerischen Staatsarbeiter als Abgeordneter zurücktrete, da die Wahrnehmung der Aufgaben eines Abgeordneten auf die Dauer mit den Aufgaben des Verbandsvorsitzenden nicht gut zu vereinbaren ist."

Oswald ist Zentrumsabgeordneter zum bayerischen Landtag. Nun ist ja bekannt, daß in letzter Zeit in Bayern dem Eisenbahnerverband das Streikrecht abgesprochen worden ist und daß man selbstverständlich auch den übrigen Staatsarbeitern kein Streikrecht zugestehen will. Zu allem Ueberfluß hat der Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Dresden zum Ausdruck gebracht, daß auch den Gemeindearbeitern kein Streikrecht zugestanden werden könne. Das sind also die „Hindernisse", derentwegen man die Staats- und Gemeindearbeiter abtrennen und in einer besonderen christlichen Organisation zusammenfassen will.

Die Staats- und Gemeindearbeiter werden das entsprechend zu würdigen wissen.

Berlin und Umgegend.

Die Hausschlosser der Firma A. Wertheim, Betrieb Leipziger Straße, haben ihre Stellungen gekündigt und werden in den Ausstand treten. Sie beklagen eine ganze Reihe von Mißständen. Den höchsten Stundenlohn von 70 Pf. erhält ein Schlosser, der schon 10 Jahre bei der Firma tätig ist. Die Stundenlöhne der übrigen gehen herab bis zu 54 Pf. Nur alle zwei Jahre findet eine Erhöhung der Löhne um 2 Pf. pro Stunde statt. Die Schlosser verlangen nun eine sofortige Zulage von 5 Pf. pro Stunde bei einem Einstellungslohn von 65 Pf. Auch das Ueberstundenwesen soll eine Regelung erfahren in der Weise, daß Ueberstunden einen Tag vorher angesagt werden. Bisher mußten die Leute oft Ueberstunden ohne jede vorherige Ansage machen, woraus ihnen vielfach Unkosten für den Einkauf von Nahrungsmitteln, Benachrichtigung an die Familie, Fahrgeldausgaben usw. entstanden, die in gar keinem Verhältnis zu der für die Ueberstunden gewährten Entschädigung standen. Die Hausschlosser versuchten nun, ihre Wünsche auf dem bei der Firma Wertheim vorgeschriebenen höchst gewundenen Instanzenweg vorzubringen. Sie erhielten aber nur einen ablehnenden Bescheid. Einem Vertreter des Metallarbeiterverbandes gelang es, die Instanzenleiter bis zu Herrn Hertzer vorzudringen, der ihm aber ebenso höflich wie ablehnend erklärte: Er könne nicht mit einem Vertreter des Metallarbeiterverbandes verhandeln. Wenn ihm die Stellung nicht passe, müsse er auch seiner Wege gehen. Als nun der Vertreter des Verbandes dem Herrn sagte, daß er doch unmöglich seine ganz anders geartete Tätigkeit und Stellung mit der der Arbeiter vergleichen könne, meinte der Herr, jetzt schon energischer: Er müsse bedauern, mit ihm nicht weiter unterhandeln zu können. Wenn es den Schlossern nicht passe, könnten sie gehen. „Meinethalben sofort!" — Das taten nun allerdings die Schlosser nicht, da sie eintägige Kündigung haben. Von dieser haben sie heute nun Gebrauch gemacht und der Betrieb ist für Metallarbeiter gesperrt. Die Behandlung der Leute ist um so bedauerlicher, als sie in ihren Wünschen recht bescheiden sind. Eine Reihe berechtigter Klagen haben sie um des lieben Friedens willen unterlassen. So lassen beispielsweise auch die Werkstattverhältnisse viel oder alles zu wünschen übrig. Wenn die Firma Wertheim also etwa hofft, daß sich andere Schlosser um die Arbeit in ihrem Betriebe reißen würden, dürfte sie sich schwer verrechnen.

Warnung!

In letzter Zeit ist uns mehrfach die Mitteilung geworden, daß zu unlauteren Zwecken Gelder von Geschäftsleuten besonders im Norden Berlins gesammelt werden, angeblich für Inserate, die in der „Metallarbeiterzeitung" oder in einer Broschüre des Metallarbeiterverbandes Aufnahme finden sollen.

Wir möchten alle in Frage kommenden Geschäftsleute darauf aufmerksam machen, daß bei uns weder die eine noch die andere Absicht besteht, und jeder, der versucht, auf die Weise Gelder einzuziehen, die Absicht hat, sich in unlauterer Weise Geld zu verschaffen. Wir lehnen für derartiges Tun und Treiben jede Verantwortung ab.

Deutscher Metallarbeiterverband.
Ortsverwaltung Berlin.

Brauereiarbeiter. Am Montag, den 11. November, finden die Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse für das Bierbrauergewerbe in Berlin statt.

Als Legitimation wird von den Brauereien eine Karte verabfolgt, die zur Vornahme der Wahl berechtigt.

Wir fordern unsere Kollegen-Vertrauensleute auf, diese Karten für die übrigen Arbeitnehmer aus den Bureaus der Brauereien zu holen und für eine gute Wahlbeteiligung zu sorgen. Auch der letzte Mann muß sein Wahlrecht ausüben.

Sollten bei Ausstellung der Karten Schwierigkeiten entstehen, so ist dies sofort an das Bureau, Mulackstr. 10 I, zu berichten.

Verband der Brauerei und Mühlenarbeiter.

Deutsches Reich.

Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Ein überraschendes Resultat ergab die Wahl in Königsberg. Es wurden insgesamt 3199 Stimmen abgegeben, davon entfielen allein auf die Liste des Kaufmännischen Vereins weiblicher Angestellten 1324 Stimmen, so daß dieser Verein nicht weniger als 3 Vertrauensleute und 4 Ersatzmänner stellt. Die Freie Vereinigung erhielt mit 379 Stimmen 1 Ersatzmann. Bei den Arbeitgeberwahlen erhielt sie auch einen Ersatzmann. In Tilsit brachte sie einen Vertrauensmann und zwei Ersatzmänner durch.

Zur Vertrauensmännerwahl für die Angestelltenversicherung sollte auch in Fürth i. B. das bekannte Plakat der Freien Vereinigung verwendet werden. Es stellt den personifizierten Hauptausschuß in gebückter Haltung dar, wie er aus der Hand eines mit einer Regierungslivree gezierten Armes das Angestelltenversicherungsgesetz annimmt. Um dieses Plakat anschlagen zu können, bedurfte es der Genehmigung des Bezirksamtes der untersten Verwaltungsinstanz der bayerischen Regierung. Das Fürther Bezirksamt muß in dem harmlosen Plakat etwas Staatsgefährliches gefunden haben, es versagte die Genehmigung zum Anschlagen. So war durch polizeiliche Herrlichkeit das Plakat für die Wahl unschädlich gemacht. Aber das Bezirksamt Fürth will den stolzen „Staatsbürgern" auch sonst noch beibringen, daß sie nichts als geduldete „Untertanen" sind. Um zu erfahren, was gerade für Fürth das Plakat so staatsgefährlich machte, für das wie im ganzen Reiche auch im benachbarten Nürnberg die Genehmigung zum Anschlagen gegeben wurde, sollte das Bezirksamt seine Verweigerung schriftlich begründen. Auf dieses Verlangen hat das Bezirksamt jedoch nach 10 Tagen noch keine Antwort gegeben. So respektiert es die Rechtsgarantien der Staatsbürger. Wenn das Plakat auch für die Wahl nicht mehr verwendet werden konnte, soll doch eine Entscheidung der Regierung über das Verhalten des Bezirksamtes herbeigeführt werden. Diese Beschwerde kann aber natürlich erst erfolgen, wenn der selbstherrliche Polizeigeist des Bezirksamtes geruht, seine Verweigerung auch zu begründen.

In den Opelwerken zu Rüsselsheim wurde mit den Arbeitern ein neuer Tarif abgeschlossen. Durch den Tarifabschluß wurde an Stelle der 57stündigen Arbeitswoche die 55½stündige erreicht. Der Lohn wird sofort um 3 Pf., und vom 1. April 1914 ab um weitere 2 Pf. erhöht. An Stelle der 14tägigen Entlohnung wurde vereinbart, daß jede Woche die Höhe des Stundenlohnes reguliert und die folgende Woche der rechnungsmäßige Rest ausgezahlt wird. Da auch die Akkordarbeit sowie die Anfangslöhne geregelt wurden, so ist ein nennenswerter Erfolg zu verzeichnen. Die Opelwerke beschäftigen über 4000 Arbeiter.

Die Lohnbewegung der Metallarbeiter im Bezirk Köln und Mülheim a. Rh. ist nunmehr für fünfzig Betriebe mit über 15 000 Arbeitern als erledigt zu betrachten. Es wurde erreicht hinsichtlich der Arbeitszeit: für 17 Betriebe mit 1226 Arbeitern 56 Stunden pro Woche, 10 Betriebe mit 4380 Arbeitern 56½ Stunden, 23 Betriebe mit 9847 Arbeitern 57 Stunden. Bei den letzteren wurde eine Waschzeit von je 3 Minuten mittags und abends vor Schluß zugestanden. Die Arbeitszeitverkürzung beträgt für 3749 Arbeiter 1½ Stunden wöchentlich, für 2254 Arbeiter 2 Stunden, für 7209 Arbeiter 2½ Stunden, für 1504 Arbeiter 3 Stunden, für 356 Arbeiter 3½ Stunden, für 143 Arbeiter 4 Stunden, für 44 Arbeiter 4½ Stunden, für 47 Arbeiter 6 Stunden. Bei allen Firmen wurde für die Verkürzung der Arbeitszeit ein entsprechender Lohnausgleich, bei einer Anzahl darüber hinaus eine Erhöhung erreicht. — Als Ueberstundenzuschläge wurden für die ersten drei Stunden pro Stunde 12 Pf., für weitere 15 Pf., für Sonntagsarbeit 20 Pf. erreicht. Die Mehrzahl der Betriebe hatte vor der Bewegung überhaupt keine Zuschläge; erhöhte Nacht- und Sonntagszuschläge hatte bisher kein Betrieb. In 34 Betrieben wurde die Freitagslöhnung erreicht, in allen ist nun wöchentliche Zahlung.

Von den 181 Kommissionsmitgliedern, die die Verhandlungen führten, gehörten 131 dem Deutschen Metallarbeiterverband an, 31 dem christlichen und 15 dem Hirsch-Dunckerschen Verbande an; in 21 Betrieben von den 50 führte der Deutsche Metallarbeiterverband die Verhandlungen allein. Der Metallarbeiterverband hatte in dem verflossenen Quartal die bis dahin nie dagewesene Mitgliederzunahme von 1420.

Zur Frage der Einführung der Erwerbslosenunterstützung im Deutschen Bauarbeiterverband nahm eine Konferenz der Bauarbeiter Nordbayerns, die in Nürnberg stattfand, Stellung. Die Angelegenheit rief eine ausgedehnte Debatte hervor, in der aber die meisten Redner, die sich gegen die Einführung erklärten, sich als keine grundsätzlichen Gegner erwiesen; sie halten nur den gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die Bauarbeiterschaft ihre ganze Kraft auf den bevorstehenden Kampf zu konzentrieren hat, für ungeeignet. Bei der Abstimmung erklärten sich von 85 Delegierten 32 grundsätzlich gegen die Einführung der Erwerbslosenunterstützung.

Der der Konferenz erstattete Bericht ergab ein sehr günstiges Bild von der Entwickelung des Verbandes in Nordbayern. Er hat seit der Verschmelzung seine Mitgliederzahl um über 4000 (auf 15 300) gesteigert. Geradezu kläglich nimmt sich demgegenüber die christliche Bauarbeiterorganisation aus, die im Gaubezirk 18 Vereine mit 996 Mitgliedern zählt, während von den Hirschen kaum ein paar Dutzend Männlein zusammengezählt werden können. Weiter wurde konstatiert, daß in Nordbayern allenthalben eine zunehmende Verschlechterung des Bauarbeiterschutzes zu bemerken ist, weil die oberpolizeilichen Vorschriften vollkommen wirkungslos sind. Die Delegierten wurden aufgefordert, in ihren Gemeinden entschieden für den Erlaß ortspolizeilicher Vorschriften und deren strenger Durchführung zu wirken.

Auch mit dem in Aussicht stehenden Kampfe befaßte sich die Konferenz; der Vertreter des Hauptvorstandes, August Winnig, hielt darüber ein treffliches Referat, das großen Eindruck machte.

Ausland.

Tarifkampf in den Buchdruckereien der russischen Ostseeprovinzen.

Sämtliche Arbeiter des Druckereigewerbes in Riga, Jurjew, Reval, Libau, Mitau, Pernau, Walk, Wenden, Wolmar, Goldingen und Schlock haben am 26. Oktober ihren Arbeitgebern ein Ultimatum unterbreitet, in dem sie ihren Arbeitsvertrag binnen zwei Wochen kündigen, wenn nicht paritätische Kommissionen der Arbeiter und Arbeitgeber zur Ausarbeitung eines allgemeinen Tarifs für die gesamten Ostseeprovinzen eingesetzt würden. Der Hauptpunkt der Forderungen der Druckereiarbeiter besteht in der Lohnerhöhung, die infolge der exorbitanten Lebensmittelteuerung und der niedrigen Lohnsätze, die durchweg niedriger sind als im Auslande, notwendig geworden ist. Dem musterhaft geschlossenen Vorgehen der baltischen Druckereiarbeiter ist eine vom Druckereiarbeiterverband veranstaltete Enquete über die Arbeitsbedingungen in den Druckereien vorausgegangen. Wegen Veranstaltung dieser Enquete ist der Verbandssekretär A. Pruwle vom Gouverneur zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Auch sonst sucht der livländische Gouverneur den Tarifkampf der Druckereiarbeiter mit allen Mitteln zu verhindern. So hat er dem Verbandsvorsitzenden am 18. Oktober erklärt, er würde sämtliche Streikenden nach dem Narimsker Bezirk (im Nordosten Sibiriens) verbannen! Die Verhaftungen haben bereits begonnen. Die Arbeiter sind aber ihres Sieges sicher, da sie zu 75 Proz. organisiert sind. An alle Druckereiarbeiter ergeht die Bitte, sich nicht für die russischen Ostseeprovinzen anwerben zu lassen!

Soziales.

Wie weit ist der Polizeipräsident für Automobilverordnungen zuständig?

Das Automobilgesetz vom 3. Mai 1909 beauftragt in § 6 den Bundesrat, die zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit auf den öffentlichen Wegen oder Plätzen erforderlichen Anordnungen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen zu erlassen. Solche Anordnungen sind durch die im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Bundesratsverordnung vom 3. Februar 1910 ergangen. Nach dem Gesetz können, soweit der Bundesrat Anordnungen nicht erlassen hat, die Zentralbehörden derartige Anordnungen erlassen. Die so geschaffene Einheitlichkeit würde durch Verordnungen der einzelnen Polizeibehörden durchbrochen werden. Ein krauses Wirrwarr an Lokalpolizeiverordnungen würde der Sicherheit des Verkehrs entgegenstehen. Richtig wäre es daher und dem Sinne des Automobilgesetzes entsprechend, wenn die Lokalpolizeibehörden nicht als berechtigt erachtet werden, neben der Bundesratsverordnung vorzugehen, soweit es sich nicht um **allgemeine** Verkehrsregeln handelt. Diesen Standpunkt hat jetzt auch das Oberverwaltungsgericht in einer Entscheidung vom 28. Oktober eingenommen.

Nach § 26 Absatz 2 der zur Ausführung des Automobilgesetzes ergangenen Bundesratsverordnung vom 3. Februar 1910 kann die Ausschließung eines Kraftfahrzeugs vom Befahren der öffentlichen Plätze und Wege durch die höhere Verwaltungsbehörde verfügt werden, wenn das Kraftfahrzeug den gesetzlichen Anforderungen nicht entspricht. Nun hatte der **Berliner Polizeipräsident** noch **besondere** Vorschriften darüber getroffen, **in welcher Weise die Kennzeichen an Kraftwagen anzubringen sind** und hatte diese Vorschriften, unter Hinweis auf die Vorschriften der Bundesratsverordnung, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht. Demnächst erließ er eine Verfügung an den Grafen von Frankenberg, seine beiden Kraftwagen den Vorschriften gemäß herzurichten und zu dem Zwecke je ein heraldisches Zeichen (Grafenkrone) aus der Nähe der gesetzmäßigen Kennzeichen der beiden Automobile zu entfernen, widrigenfalls er die Automobile vom Verkehr ausschließen werde.

Der **Oberpräsident verwarf** die vom Grafen erhobene Beschwerde.

Das Oberverwaltungsgericht hob jedoch auf die Klage des Grafen den Bescheid des Oberpräsidenten auf und setzte die Verfügung des Polizeipräsidenten mit folgender Begründung außer Kraft:

Auf die Frage, ob die Bekanntmachung des Polizeipräsidenten in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" genügte und die Verfügung an den Kläger materiell begründet sei, brauche der Senat nicht einzugehen. Denn bei der Verfügung, wie sie hier erlassen sei, handele es sich um eine **fehlerhafte** Anwendung des § 26 Absatz 2 der Bundesratsverordnung. Diese Bestimmung sage klipp und klar: Genügt ein Kraftfahrzeug den Anforderungen nicht, dann kann es durch die höhere Verwaltungsbehörde vom Befahren der öffentlichen Wege und Plätze ausgeschlossen werden. Diese Vorschrift sei erschöpfend, und zwar dergestalt, **daß der Landesverwaltungsbehörde nicht** die Möglichkeit gegeben sei, etwas anderes zu verfügen **als die Ausschließung.** Dem entspreche nicht die Verfügung. Sie verlange die Beseitigung der heraldischen Zeichen und die erneute Vorführung der Wagen zu erneuter Abstempelung durch die Polizei. Die Verfügung nehme sonst nur auf die Bestimmung der Bundesratsverordnung Bezug, indem sie für den Fall der Zuwiderhandlung die Ausschließung androhe. Nach der klaren und erschöpfenden Vorschrift des § 26 Absatz 2 der Bundesratsverordnung hätte nur die **Ausschließung selber** ausgesprochen werden können, wenn die Kraftwagen nicht den Anforderungen entsprachen. **Da die Verfügung somit dem Gesetz nicht entspreche, müsse sie außer Kraft gesetzt werden.**

Bleibt, wie anzunehmen ist, das Oberverwaltungsgericht auf diesem Rechtsstandpunkt bestehen, so werden eine Reihe Polizeiverordnungen als ungültig aufgehoben werden müssen. Das wäre kein Schaden. Denn dadurch würden lediglich eine Reihe von Verordnungen beseitigt werden, die zwar der Sicherheit des Verkehrs dienen wollen, tatsächlich aber das Gegenteil bewirken und kleinliche Polizeistrafen gegen Chauffeure zeitigen.

Eine Landesversicherungsanstalt für Wohnungsnot und gegen Kindersegen.

Wie die „Strehlener Zeitung" berichtet, suchte ein Maurer in Strehlen, der ein Haus besitzt, in welchem mehrere Familien mit insgesamt 23 Kindern wohnen, um ein Hypothekendarlehen bei einer **Landesversicherungsanstalt** nach. Die Antwort lautete, da sein Haus mit Kindern überlastet sei, könne ihm ein Darlehen erst gewährt werden, wenn er durch Aufnahme kinderärmerer Familien anstatt der kinderreichen die Kinderzahl in seinem Hause auf das zulässige Maß reduziere.

Daß die schlesische Landesversicherungsanstalt ihre soziale Aufgabe, gegen Wohnungsnot einzutreten, in das Gegenteil verkehrt, hätte man ihr nicht zutrauen sollen, wiewohl sie den bei weitem größten Beamtenapparat und so ziemlich die schlechtesten Leistungen unter allen Versicherungsanstalten aufzuweisen hat.

(Siehe auch erste Beilage.)

Letzte Nachrichten.

Panikartige Stimmung in Konstantinopel.

Konstantinopel, 6. November. (H. B.) Die Hauptstadt steht seit vorgestern unter dem bedenklichen Symptom der Panik. Von ihr sind nicht nur die durch den befürchteten Ausbruch des mohammedanischen Fanatismus sich bedroht glaubenden fremden Niederlassungen betroffen, sondern auch beim diplomatischen Korps und in der türkischen Regierung läßt sie sich feststellen. Trotzdem wäre die Annahme verfehlt, daß die Muselmanen eine den Europäern feindliche Haltung zur Schau tragen. Stambul und Pera sind scharf bewacht. Gegen 12 000 Mann frische Truppen befinden sich noch hier. Der Sultan und die Pforte treffen Vorbereitungen zur Uebersiedelung nach Brussa. Der mehrere 100 Millionen repräsentierende Schatz aus dem alten Serail soll heute nach dahin übergeführt werden. Die Kriegsschiffe „Barbarossa" und „Masudie" stehen zum Transport am Palais und an der Hohen Pforte unter Dampf. Falls Europa nicht interveniert, um den Einzug der Bulgaren in Konstantinopel zu verhindern, wird, wie den Botschaftern auf der Pforte amtlich verkündet wurde, die türkische Hauptstadt ihrem Schicksal überlassen werden. Einige Diplomaten erblicken in dieser Drohung nur ein Mittel, auf die europäischen Kabinette einen Druck auszuüben. Er dürfte kaum die gewünschte Wirkung zeitigen. Die Türken müßten selbst zusehen, wie sie fertig werden.

Kein Frauenstimmrecht im irischen Unterhaus.

London, 6. November. (P.-C.) Der Zusatzantrag des Abgeordneten Snowden zur Homerulebill, für das irische Unterhaus das Frauenstimmrecht einzuführen, wurde mit der ungewöhnlich großen Mehrheit von 314 gegen 141 Stimmen abgelehnt. Wahrscheinlich wäre die Majorität noch größer gewesen, wenn nicht etwa 70 Konservative sich der Stimme enthalten hätten, um nicht mit der Regierung zu gehen. Die Arbeiterpartei stimmte mit wenigen Ausnahmen gegen die Regierung.

Streik im Buchdruckgewerbe.

Karlsruhe, 6. November. (P.-C.) Die Druckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen sind in zehn hiesigen Druckereien, in denen am 24. Oktober die Kündigung eingereicht worden ist, heute in den Ausstand getreten, nachdem die Buchdruckereibesitzer es abgelehnt hatten, wegen einer Lohnerhöhung in Verhandlungen zu treten.

Festnahme eines gemeingefährlichen Verbrechers.

Düsseldorf, 6. November. (W. T. B.) Kriminalbeamte nahmen heute den Einbrecher Johann Wippich aus Allenstein fest. W. hatte am 3. August in Haspe in Westfalen mit mehreren Komplizen, von denen einer erschossen wurde, einen Geldschrank beraubt und auf der Flucht durch das Ennepetal einen Fabrikwächter und 4 Polizeibeamte schwer verletzt. Bei seiner Festnahme im Veit hatte er zwei geladene Revolver neben sich liegen. W. hat zahlreiche Einbruchsdiebstähle im Rheinland und in Westfalen verübt.

Ein Kumpan des Polizeileutnants Becker abgeurteilt

New York, 6. November. (W. T. B.) Davidson, der für schuldig befunden wurde, Zelig, einen wichtigen Zeugen gegen den Polizeileutnant Becker, ermordet zu haben, ist zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Teuerung.

Teuerungsbekämpfung der Scharfmacher.

Nicht nur die Agrarier sind mit den Teuerungsmaßnahmen der Regierung einverstanden, auch die großindustriellen Scharfmacher erklären ihre Zustimmung. Nur eins wünschten sie noch, daß nämlich auch die Industrie zur Teuerungsbekämpfung herangezogen würde. Und welcher Art sie sich ihre Mitwirkung vorstellen, geht aus einer Besprechung der Teuerungsdebatten des preußischen Landtages in der „Deutschen Industrie-Zeitung“, dem Organ des Zentralverbandes deutscher Industrieller, hervor. Es heißt da:

„Aber hätte nicht auch die Industrie herangezogen und in den Stand gesetzt werden sollen, an ihrem Teil zur Linderung der Teuerungsverhältnisse beizutragen? Dazu wäre sie durchaus in der Lage, wenn sie in sozialpolitischer Hinsicht weniger vorbelastet und auf wirtschaftlichem Gebiete gegen die Streik- und Boykottgefahr besser gewappnet wäre. Aber bisher hat die Industrie auf entsprechende Fürsorge und Schutzmaßnahmen vergeblich gewartet. So bleibt für die Industrie als das einzige greifbare und brauchbare, allerdings auch notwendige Ergebnis der Fleischteuerungsdebatte, daß, da bereits ein erheblicher Rückgang der Fleischpreise infolge der gewährten Einfuhrerleichterungen zu konstatieren war, neue Lohnforderungen mit dem Hinweis auf die Teuerungszustände nicht wohl begründet werden können.“

Selbst die Not des Volkes löst bei diesen scharfmacherischen Hetzern nur den Schrei nach ungehinderter Ausbeutung und Knebelung der Hungernden und nach Unterdrückung aller noch so begründeten Lohnforderungen aus. Diese Verhöhnung wirkt um so dreister, als einsichtige Unternehmer gegen die agrarischen Zölle und Sperren mit protestiert haben, weil die Industrie selbst durch die Verteuerung der Lebensmittel getroffen wird.

Der sächsische Landeskulturrat und die Teuerung.

In der Sitzung des sächsischen Landeskulturrats, einer rein agrarischen Körperschaft, beschäftigte sich der Vorsitzende, Geheimer Oekonomierat Dr. Hähnel, in seiner Eröffnungsrede mit der Fleischteuerung. Die Landwirtschaft hätte trotz der erhöhten Preise nichts profitiert. In letzter Zeit sei durch die reiche Futterernte die Lage der Landwirtschaft etwas besser geworden. Sie habe kein Interesse an den exorbitanten Preisen, denn diese würden nur benutzt, um die Konsumenten in Gegensatz zu den Produzenten zu bringen. Der Schutz des deutschen Viehbestandes vor Verseuchung müsse unbedingt hochgehalten werden, und es müsse von der deutschen Landwirtschaft keine strengere Befolgung der hygienischen Maßnahmen verlangt werden als von der ausländischen. — Im weiteren erklärte sich der Landeskulturrat gegen die Einführung australischen Hammelfleisches, da der Bedarf von der deutschen Landwirtschaft nicht nur voll gedeckt werden könne, sondern auch noch Schafe ins Ausland ausgeführt würden. Er wandte sich ferner gegen die Einführung von Fleisch aus Rußland, Serbien, Rumänien und Belgien, sowie aus den Niederlanden, da dort die Fleischbeschau nicht in gleicher Weise wie in Deutschland gehandhabt werde, und das Vieh nicht frei von Seuchen sei. Gegen eine weitere Belastung des Branntweins müsse entschieden Stellung genommen werden, da die Erträgnisse aus der Brennerei für die Landwirtschaft nicht so hoch seien, daß das Gewerbe von neuem herangezogen werden könne, wenn neue Rüstungen notwendig würden. Bezüglich der Arbeiterfrage beklagt der Landeskulturrat, daß sich der Kontraktbruch der ausländischen Arbeiter in bedenklicher Weise mehre. Schließlich wandte er sich noch gegen die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für Mädchen, der im neuen sächsischen Schulgesetz vorgesehen ist.

Noch ein abgelehntes Angebot.

Ein Großviehmäster aus der Gegend von Goslar hat der Stadt Rathenow ein Angebot auf Lieferung von schlachtreifen Schweinen gemacht. Der Lieferant will unter der Bedingung eines fünfjährigen Vertragsabschlusses jährlich 1500 Schweine liefern. Er verlangt jedoch pro Zentner Lebendgewicht 55 M., wobei Fracht und Versandrisiko zu Lasten des Abnehmers fallen sollen. Die Teuerungskommission hat dieses Angebot wegen des zu hohen Preises abgelehnt.

Die Steuerkommission an der Arbeit.

Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses hat am Dienstagabend die zweite Lesung der Steuergesetzentwürfe begonnen. Zu Beginn der Beratungen gab der Finanzminister folgende bemerkenswerte Erklärung ab: Wie allgemein bekannt, ist die Einbringung des Gesetzes nicht aus freier Initiative der Regierung erfolgt, sondern in Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung. Hieraus ist nun im Lande die Meinung entstanden, daß angesichts der verschiedenen Bedenken und Widerstände, die sich gegen den Erlaß des neuen Steuergesetzes geltend gemacht haben, seitens der Regierung kein wesentliches Interesse daran bestehe, daß die Steuergesetze zur Verabschiedung gelangen. Diese Annahme ist durchaus unrichtig und unzutreffend, und ich möchte deshalb unter allen Umständen betonen, daß es der Regierung sehr am Herzen liegt, daß dies Gesetz zur Verabschiedung kommt. Wenngleich sie nach dem bisherigen Gange der Verhandlungen davon überzeugt ist, daß es nicht möglich ist, die Steuerzuschläge in dieser Session in das Gesetz hineinzuarbeiten, so hält sie doch im übrigen die Bestimmungen des Gesetzes für so bedeutsam und für so wichtig, daß es im Interesse der Allgemeinheit zur Verabschiedung kommen muß. Die finanziellen Verhältnisse Preußens, vor allem die Verhältnisse zum Reich sind heute genau so wenig geklärt, wie vor drei Jahren, und infolgedessen ist auch die Regierung der Ueberzeugung, daß es zurzeit wohl besser ist, daß die Steuerzuschläge in Form der Zuschläge verbleiben und daß eine endgültige Ordnung der Zukunft vorbehalten bleiben soll. Abgesehen hiervon haben die bisherigen Bestimmungen des Gesetzes wiederholt zu lebhaften Beschwerden und Klagen Anlaß gegeben. Diese Klagen haben darin ihren Grund, daß das Gesetz erhebliche Lücken aufweist insofern als es nicht zuläßt, daß die gesamten Einkommen der einzelnen Steuerzahler bei jedem einzelnen in richtiger und voller Weise erfaßt werden. Durch die Vorlage sollen diese Lücken ausgefüllt werden. Es liege der Regierung sehr am Herzen, daß das Gesetz — abgesehen von den Zuschlägen — zur Verabschiedung gelangt, weil damit der Gerechtigkeit gedient wird und die Lücken des bisherigen Gesetzes hoffentlich endgültig beseitigt werden.

Nach dieser Erklärung trat die Kommission in die Einzelberatung ein und lehnte zunächst einen Antrag des Vertreters der Fortschrittlichen Volkspartei ab, der an die Regierung das Ersuchen richtet, der Kommission die Berichte über Revisionen der Tätigkeit der Veranlagungskommissionen und ihrer Vorsitzenden vorzulegen, und zwar unter Weglassung aller Namen und Ortsangaben. Ein ähnlicher Antrag war bereits zur ersten Lesung gestellt. Der Finanzminister erklärte, daß die damals von ihm geltend gemachten Bedenken auch heute noch in vollem Umfange bestehen und daß die Regierung dem Antrage nicht stattgeben könne. Diese Erklärung war für die konservativ-klerikale Mehrheit ausreichend, um den Antrag niederzustimmen.

Einstimmig angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag zu § 8, daß von dem Einkommen nicht nur abzugsfähig sind die von den Steuerpflichtigen, sondern auch die von seiner Ehefrau gesetz- oder vertragsmäßig zu entrichtenden Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, soweit sie zusammen den Betrag von 600 M. jährlich nicht übersteigen. Dagegen fand ein weiterer Antrag, der auch die Abzugsfähigkeit der Beiträge zu Berufsvereinen gestatten wollte, falls diese satzungsgemäß Arbeitslosenunterstützung, Kranken- und Sterbegeld gewähren, keine Gnade vor den Augen der Mehrheit und der Regierung, da ja die Gewerkschaften auch Streikunterstützung zahlen, und da ferner, wie man in Unkenntnis der Verhältnisse behauptete, ja auch die Arbeitgeber die Beiträge zu den Arbeitgeberverbänden nicht von ihrem Einkommen abziehen dürfen. Daß sie es nicht dürfen, wissen wir, aber ob sie es nicht doch tun, ist eine andere Frage.

Von Bedeutung ist ein neu geschaffener § 8a, durch den wenigstens einige Drückeberger getroffen werden können. Es soll nämlich in Zukunft das Einkommen nach dem Aufwand geschätzt werden, wenn der Aufwand eines Steuerpflichtigen in einem auffälligen Mißverhältnis zu dem angegebenen Einkommen steht, soweit der Steuerpflichtige nicht nachweist, daß er seinen Aufwand aus seinem Kapitalvermögen oder durch Aufnahme von Schulden oder durch Einkünfte bestreitet, welche nach den gesetzlichen Bestimmungen außer Ansatz zu lassen sind.

In der Sitzung am Mittwoch beschloß die Kommission zunächst einstimmig, die Regierung zu ersuchen, ihr eine Uebersicht über die Eisenbahnüberschüsse des Finanzjahres 1911 und der Eisenbahnbetriebsergebnisse in der Zeit bis zum 1. Oktober 1912 vorzulegen. Das Material soll als Unterlage für die Frage dienen, ob die Steuerzuschläge beizubehalten sind.

Den Rest der Sitzung füllte die Frage der Besteuerung der Konsumvereine aus. Bekanntlich hat die Kommission in erster Lesung, entsprechend der Regierungsvorlage, beschlossen, daß bei Konsumvereinen zu den steuerpflichtigen Ueberschüssen auch jede den Mitgliedern als Rabatt, Kundengewinn oder unter ähnlicher Bezeichnung gewährte Rückvergütung gehört. Gegen diese Ausnahmebestimmung protestieren natürlich die Konsumvereine, während sie den sogenannten Mittelstandsrettern noch lange nicht weit genug geht. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten und Fortschrittlern, die die Streichung der Bestimmung beantragten, trat in der Kommission besonders ein konservatives Mitglied für die Regierungsvorlage ein. Da dieser Herr sich weniger aufs sachliche, als aufs persönliche Gebiet begab, kam es zwischen ihm und einem Zentrumsvertreter, der es wagte, mit dem Sozialdemokraten sich der Interessen der Konsumvereine anzunehmen, zu recht unerquicklichen Auseinandersetzungen. In der Sache selbst ging von seiten des Zentrums noch ein Vermittelungsantrag ein, 4 Proz. der Rabatte steuerfrei zu lassen. Diesem Kompromißantrag stimmte die Kommission zu und wehrte so die den Konsumvereinen bevorstehende Schädigung wenigstens zum Teil ab. Ob das Plenum dem Kommissionsbeschluß beitreten wird, ist unsicher, denn die Konservativen sind einmütig gegen dies Kompromiß.

Aus dem Ausschuß des Berliner Gewerbegerichts.

Der Ausschuß des Berliner Gewerbegerichts für Gutachten und Anträge befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit zwei Angelegenheiten, die für die Arbeiterschaft von allgemeiner Bedeutung sind.

Gemäß § 229 der Reichsversicherungsordnung ersuchte das Versicherungsamt der Stadt Berlin den Ausschuß zu einer Aeußerung darüber, ob für die Errichtung einer Landkrankenkasse für Berlin ein Bedürfnis vorliege. Der Magistrat hält die Gründung einer solchen Kasse in Uebereinstimmung mit dem Versicherungsamt nicht für empfehlenswert, sondern für direkt unzweckmäßig. Eine Landkrankenkasse würde unter Zuweisung der im § 235 der Reichsversicherungsordnung am 1. Januar 1914 krankenversicherungspflichtig werdenden Berufsgruppen, die einen überwiegend ungünstigen Mitgliederbestand ergeben, hohe Beiträge erfordern und daher mit ihrer Existenz schwer zu kämpfen haben. Außerdem empfehle es sich nicht, eine größere Anzahl von Versicherungspflichtigen, die, wie die Berliner Hausgewerbetreibenden, durch Ortsstatut schon seit Jahren versichert und daher bereits Mitglieder von Ortskassen sind, ohne dringende Veranlassung durch Zuweisung zu einer Landkrankenkasse schlechter als die übrigen Ortskassenmitglieder zu stellen. Neben den schon genannten Hausgewerbetreibenden, wozu auch die Heimarbeiter gehören, werden vom 1. Januar 1914 ab noch krankenversicherungspflichtig: Landarbeiter, Dienstboten, die im Wandergewerbe und die sogenannten unstet Beschäftigten (Gelegenheitsarbeiter).

Die Reichsversicherungsordnung schreibt bezüglich der Aufbringung der Mittel insbesondere für die unstet Beschäftigten eine umständliche und komplizierte Beitragserhebung vor, die bei dem Vorhandensein einer Landkrankenkasse auch für die

Kleines Feuilleton.

Preußische Mäcene und Künstler. Der Schweizer Maler Karl Stauffer-Bern, dessen erlesenste Werke wunderbarer Menschenbeobachtung die Nationalgalerie beherbergt, kam als frischer, unverdorbener und aufrechter Gesell 1880 nach Berlin, wo er zehn Jahre blieb. Seine Eindrücke und Erlebnisse aus Berlin hat er frei und ungeniert in Briefen an seine Familie niedergelegt, die jetzt in den „Süddeutschen Monatsheften“ veröffentlicht werden. Sie geben charakteristische Einblicke in die preußischen Kunstzustände, die ja heute noch ganz ähnliche sind.

Die Protektions- und Nachäffungswirtschaft schildert der unverbildete Schweizer also: . . . „Hat man einmal das Interesse einer solchen Person wie des Kronprinzen oder der Kronprinzeß erweckt, so interessiert sich natürlich auch die ganze Gesellschaft von Schranzen, Herren Grafen und bloß Herren von und solchen, die es werden wollen, kurz all dieser Gesellschaft, die von den Brosamen der „von Gottes Gnaden“ Tafel abfallen, leben. Auf diese zwar traurige Weise macht der Künstler sein Glück.“

Was in Preußen Kunst heißt, schildert Stauffer sehr ergötzlich: „20 Orden zu malen und eine tadellose Uniform, ist wahrhaftig, um einen republikanischen Christenmenschen zum Troddel zu machen, und doch muß es gemacht sein. Seit ich wieder hier bin, male ich an dem Zeug und habe es noch nicht zur Hälfte fertig. Weiß der Kuckuck, was daraus wird. Vor drei Wochen ist an ein Ende gar nicht zu denken, denn es raubt wirklich eine unglaubliche Zeit, wenn man die Sache so machen will, daß sie eben was gleich sieht.“

In einem anderen Briefe werden die Künstler von damals (und heute) abkonterfeit: „Um mich herum sehe ich nur Vetternwirtschaft, Intrigen, blinden Ehrgeiz, Gesichter, die gegen die Mächtigen und Hochgebornen leuchten. Das ist eine knechtische Bande, diese preußischen Maler. Allen diesen Berühmtheiten ist nicht die Kunst das eigentliche Panier, es ist nicht ihr Ziel, sich zu wahren Künstlern heranzubilden und sich bis an das Ende ihres Lebens zu vervollkommnen, nein, nichts von dem. Jeder sucht Professor zu werden, dann Ritter mit hohen Orden und möchte Grafen, Prinzen, Minister bei sich sehen, um einen großen Einfluß zu erlangen und viel Geld zusammenzuscharren und es bei großen Tanzfesten zum Fenster hinauszuwerfen.

Es gibt hier keine Männer (Menzel und Begas, die außerhalb diesem Treiben sind, natürlich ausgenommen) wie Arnold Böcklin, den ich für den idealsten und tiefsten Maler unserer Zeit halte, und den vor einigen Jahren verstorbenen Anselm Feuerbach. Nein, man erwirbt viel Geld und bekümmert sich wenig wie. Kein hiesiger Maler hat das Ziel, das ich habe, nämlich die Feinheiten der Natur wiederzugeben, in die Geheimnisse der Erscheinung einzudringen und sich zum Herrn über das zu machen, was man sieht.“

Vom bürgerlichen Kulturförderer und typischen Berliner Bildungsfaktor bringt der scharfäugige Beobachter ein immerhin noch weit über dem Durchschnitt stehendes Exemplar auf die Platte.

„Die letzten Tage sind verstrichen mit Vorbereitungsarbeiten für das Porträt von Herrn A. L'Arronge, das ich im August malen werde. Er will mir nicht sitzen und ich muß Photographien nach ihm machen. Er ist natürlich Jude und hat mit seinen Operetten und Komödien viel Geld verdient, aber sonst kann ich nicht einen einzigen sympathischen Zug in seiner Natur finden. Ich schätze ihn nicht als Dichter. Er kannte Gottfried Keller und Meyer nicht. Ich habe sie ihm empfohlen. Er hat sie scheußlich und vorab langweilig gefunden. Und trotzdem muß ich ihn malen und gut malen, denn er ist in der Stadt sehr bekannt.“

Die Herren L'Arronge und Genossen machen bekanntlich die neupreußische Kultur heute in verstärktem und vervollkommneten Betriebe: mit allen kapitalistischen Methoden und sehr rationell (Kunstdünger). Nur schwärmen sie jetzt schon lange für Keller und Meyer, die bereits wieder durch fünf oder sieben andere literarische Moden abgelöst sind. Der Hof, der Adel und die Beamtenschaft dagegen entbält sich mit großer Hingabe und bemerkenswertem Erfolge aller künstlerischen Verweichlichung.

Das Grauen des Krieges. Die Verherrlicher des Krieges, die interessierten und die ideologischen, können sich gratulieren: der Ausschluß der Presse von den Kriegsschauplätzen beraubt die Oeffentlichkeit wahrheitsgetreuer Schilderungen von dem Entsetzen und der Furchtbarkeit des Krieges. Es ist, als ob den Völkern absichtlich verschwiegen werden sollte, wie der Krieg den Menschen zur Bestie macht, und wie alle Errungenschaften der Zivilisation im Nu hinweggewischt sind, wenn das Morden begonnen hat. Und der militärfreundlichen Presse aller Länder scheint das gar nicht unangenehm zu sein. Der Nimbus des Krieges, als des großen nationalen Läuterungsfeuer, der hohen Schule der Tüchtigkeit und der Aufopferung, des entscheidenden Kampfes ums Dasein, wird so erhalten.

Statt des Abscheus und der tatbereiten Proteste, die der Krieg in jedem Kulturlande erregen muß, bleibt für viele die umnebelnde Phrase von Heldenmut und Nationalstolz die Quintessenz dieser Schlachtorgien.

Aber in den begeisterten Hymnen, die bürgerliche Kriegsberichterstatter anstimmen, kann doch das Furchtbare und Grausige, die verwilderude Rohheit und die alle Humanität mordende Brutalität nicht ganz verschwiegen werden. Cipolla, der Korrespondent der italienischen „Stampa“ gibt einige Eindrücke wieder, die zeigen, was der Krieg wirklich ist.

„Bulgarien hat seine Erfolge erreicht“, schreibt er, „weil es in diesem Feldzuge der Schnelligkeit alles geopfert hat: weil man die eigenen Verwundeten zu Tausenden sich selbst überließ, da es unmöglich war, sie fortzuschaffen, weil man hinter sich die Tausende und Abertausende von Toten unbestattet auf der Walstatt weiter schlummern ließ. Von Anfang an war dieser Kampf ein Rennen, ein einziger Sturm, eine rastlose, atemlose Jagd nach vorn und ein einziger wilder Schrei nach Rache und nach dem Siege . . . In zwei Kriegswochen sind 40 000 Menschen geopfert worden. . . . In Sofia allein beherbergt man über 6000 Verwundete, und es gibt keine Stadt, kein Städtchen Bulgariens, das heute ihrer nicht Hunderte beherbergt. Auf allen öffentlichen Gebäuden dieses Landes weht heute die Flagge des Roten Kreuzes und doch erbleicht niemand angesichts der furchtbaren Zahl der Toten und der noch größeren der Verwundeten. Ja, die Zahl wird nicht erwähnt, denn das Verweilen bei diesem Gedanken wäre ein Verrat am Vaterlande. . . . Ungeheuerlich ist die Zahl der Opfer dieses Krieges. Aus Lüle-Burgas schrieb ein Militärarzt seiner Familie einen Brief. Und dieser Brief enthielt nur das eine Wort „furchtbar“ und darunter die Unterschrift. Und so sind alle Briefe vom Heere. Die Grausamkeit des Krieges geht ihren Weg ohne zu erzählen. Seine Einzelheiten, seine Gräßlichkeiten und seine Größe wird man erst am Tage nach dem Frieden erfahren. Dann vielleicht werden die Männer sprechen; heute können sie es nicht. Und vielleicht nie wird man erfahren, wie in den Bulgaren der Instinkt des Menschen sprach, der mit eigener Hand das Blut des Feindes vergießen muß, das Blut dieses Feindes, der seine Schuld nur mit dem Leben bezahlt. In Kirkkilisse mußte General Dimitrief ein Kavallerieregiment vorschicken, nur um ein Infanterieregiment aufzuhalten und zurückzuholen, das im wilden Hasse und in wilder Begeisterung zu einem sinnlosen Angriff vorstürmte und durch die Offiziere nicht mehr gehalten werden konnte. Zwischen Kirkkilisse und Adrianopel sind zwei ganze Infanterieregimenter, das erste und das sechste, durch derartige wilde Angriffe buchstäblich vernichtet worden: von diesen zwei ganzen Regimentern sind 8 Offiziere und 70 Mann übriggeblieben.

In einem Zeitalter der kompliziertesten und beispiellos vervollkommneten Kriegskunst — berichtet derselbe Cipolla —, in einem Zeitalter, da Europa von Luftkriegen träumt, haben die Bulgaren vor den Augen Europas einen Krieg mit dem Bajonett gewonnen. . . Während draußen die Soldaten kämpfen, ringt ein ganzes Land stumm mit der Not: die Familien der Einberufenen ernähren sich mit 40 Centimes am Tag, die Beamten verzichten auf ihr Gehalt. Blut, Tränen, Hunger, Entbehrungen, alles bringt dieses Land freudig dar. Von diesen Tausenden von Verstümmelten, Verkrüppelten, die heimkehren, öffnet keiner die Lippen, um von seinen Eindrücken und Erlebnissen zu erzählen.“

Wenn dieses keine Feuilletonphrase ist, so scheinen die verwundeten Sieger sich nur durch Schweigen ihrer grausigen Erlebnisse erwehren zu können.

Die Fahrtgeschwindigkeit im Freiballon. Nachdem die am Sonntag, den 27. Oktober, in Stuttgart aufgestiegenen 19 Freiballons der Leitung des Gordon Bennett-Rennens ihre Landung mitgeteilt haben, wird es möglich, die errungenen Erfolge genauer zu beurteilen. Die in diesem Jahre erreichten Entfernungen haben die der früheren Jahre bei weitem übertroffen; interessant aber bleibt die Frage, welche Geschwindigkeiten die Teilnehmer an dem Weit-

Stadt Berlin als Gemeinde mit großen Schwierigkeiten verbunden wäre.

Der Ausschuß des Gewerbegerichts beschloß einstimmig (Arbeitnehmer sowohl als auch Arbeitgeber), der Absicht des Magistrats und des Versicherungsamts, für Berlin eine Landkrankenkasse nicht zu errichten, seine Zustimmung zu geben. Fraglich bleibt immer noch, wie die Stadt Berlin das Versicherungsverhältnis der von ihr in der Landwirtschaft und auf Rieselgütern beschäftigten Arbeiter, von denen ein Teil der Versicherungspflicht bisher auch nicht unterliegt, bei Eintritt der neuen gesetzlichen Bestimmungen zu regeln gedenkt.

Bekanntlich ist das Selbstverwaltungsrecht, das man in der Reichsversicherungsordnung den gewerblichen Arbeitern sehr beschränkt hat, durch den Einfluß der Junker und der Zentrumspartei den Landarbeitern völlig vorenthalten worden. Wer Mitglied des Vorstandes und des Ausschusses (so heißt zukünftig die Generalversammlung) sein soll, bestimmt in den meisten Fällen der Landrat. Den Landarbeitern kann das Recht der Selbstverwaltung verliehen worden, es hängt die Gewährung desselben also von der Gnade des Landrats und den höheren Verwaltungsbehörden ab. Hoffentlich bleibt die Stellung, die der Magistrat zur Frage der Errichtung einer Landkrankenkasse für Berlin eingenommen hat, dieselbe, wenn es sich um die von ihm beschäftigten Arbeiter außerhalb Berlins handelt. Eine zweite Frage, die mit der Gründung oder Ablehnung der Errichtung einer Landkrankenkasse verbunden, ist die: Welche Kasse soll gemäß § 231 der Reichsversicherungsordnung als „allgemeine" Ortskasse gelten? Das Gesetz schreibt „allgemeine" und „besondere" Ortskassen vor, nach ihm können bereits bestehende als allgemeine Ortskassen ausgebaut werden. Der Magistrat hat nicht die Absicht, eine neue allgemeine Ortskasse für Berlin zu errichten, sondern will die bisherige „Allgemeine Ortskasse" zu einer solchen ausbauen.

Diese Kasse zählt zurzeit zirka 90 000 Mitglieder, so sagt der Magistrat, besitzt ein eigenes großes Verwaltungsgebäude und ist ausreichend organisiert, um die ihr künftig zufallenden Personen aufnehmen zu können. Sie ist auch mit ihrem bisherigen großen Stamm von Mitgliedern eher zur Aufnahme von teilweise ungünstigerem Mitgliedermaterial geeignet. Durch die Vermehrung der nach § 165 der Reichsversicherungsordnung krankenversicherungspflichtig werdenden Personen, sowie durch den Zutritt weiterer Versicherungspflichtiger und -Berechtigter mit einem Jahresarbeitsverdienst von 2000—2500 M. sei ihr außerdem eine wesentliche Besserung ihres Mitgliederbestandes gesichert. Als „allgemeine" Ortskasse zugelassen zu werden, käme vielleicht noch die Ortskasse der Kaufleute usw. ernstlich in Frage. Die jetzige „Allgemeine Ortskrankenkasse" hat indessen den Antrag, als „allgemeine" im Sinne des § 231 der Reichsversicherungsordnung zugelassen zu werden, bereits gestellt.

Auf der Tagesordnung der Ausschußsitzung stand außerdem noch ein Antrag, an den Reichstag das Ersuchen zu richten, dem § 4 Absatz 3 des Gewerbegerichtsgesetzes die Fassung zu geben, daß hinter dem Wort „übergeben" noch die Worte „oder eingebracht" eingeschaltet werden.

Einige Gewerbegerichte in Deutschland, darunter auch Kammern am Berliner Gewerbegericht, geben dem Worte „übergeben" die Auslegung, daß, wenn der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber Kleidungsstücke, Arbeitsgeräte usw. bei Eintritt in den Betrieb nicht ausdrücklich in Verwahrung gibt, diese nicht übergeben sind und weisen solche Schadenersatzklagen wegen angeblicher Unzuständigkeit des Gewerbegerichts ab. Diese Praxis der Rechtsprechung hat ergeben, daß das Wort „übergeben" von den Gewerbegerichten gekünstelt ausgelegt wird und nicht dem gewollten Sinn des Gesetzgebers entspricht. Denn so gut heut niemand daran zweifelt, daß beispielsweise Zeugnisse, Bücher, Legitimationspapiere übergeben sind und der Unternehmer für Verlust und Fahrlässigkeit haftet, ist dies auch bei Kleidungsstücken, Gerätschaften, Werkzeugen, Fahrrädern der Fall, allerdings mit dem Unterschied, daß die letztgenannten Sachen nicht ausdrücklich „übergeben" werden. Dem will der Antrag des Ausschusses durch Einschaltung der Worte „oder eingebracht" abhelfen. Der Antrag wurde von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ebenfalls einstimmig angenommen.

---

kampf zu erreichen vermochten. Man wird dabei zu berücksichtigen haben, daß die Stärke des Windes, die freilich oft auch stürmische Landungen verschuldete, viel zu den erreichten großen Schnelligkeiten beigetragen hat. Der Sieger „Picardie" brauchte genau 45 Stunden, um seine 2100 Kilometer zurückzulegen; er erreichte also eine durchschnittliche Geschwindigkeit von fast 50 Kilometern in der Stunde. „Andromeda" hat zu 1950 Kilometer etwa 35 Stunden gebraucht, also etwa 55 Kilometer in der Stunde. Die rasch tragenden Winde scheinen allerdings nicht von Anfang an geweht zu haben. „Clouth IV" z. B., der schon nach 16 Stunden landete, war bloß 400 Kilometer weit gekommen, also etwa 25 Kilometer in der Stunde, und die „Azurea" (Schweiz) hatte gar in einer Nacht nur 190 Kilometer zustande gebracht (Landung bei Königshofen in Unterfranken). Die Zeit der Fahrt scheint denn auch bei denen, die noch eine zweite Nacht durchfuhren, am Donnerstag durch Sturm abgekürzt worden zu sein. Denn besonders lange Fahrten wurden nicht geleistet, wenn man in Rücksicht zieht, daß in dieser Hinsicht die bisherige Höchstleistung, die nicht bei einer Bennettfahrt erreicht wurde, 71 Stunden ist.

Die Richtung des Ballons wechselt von annähernd nördlich (am pommerschen Haff) bis zu südöstlich („Busty" bei Pest, der Engländer „Honey-Moon" bei Kronstadt in Siebenbürgen). Die meisten kamen ostnordöstlich in die Gegend von Russisch-Polen und dem russischen Hinterland. Der Weg, den vor 100 Jahren Napoleons Armee in ein paar Monaten bis Moskau zurückgelegt, wurde in zwei Tagen erledigt.

Notizen.

— **Die Ausstellung vorbildlicher Arbeitermöbel** wird demnächst geschlossen; sie ist im Gewerkschaftshause nur noch Freitag und Sonnabend von 6—9 und in Britz bis Sonntag einschließlich täglich zu besichtigen (am Sonntag von 1—6).

— **Theaterchronik.** Im Theater am Nollendorfplatz wird Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr, zum erstenmal das Weihnachtsstück „Schneewittchen" von Robert Sachs gegeben. — Das Neue Volks-Theater bringt aus Anlaß des 50. Geburtstages von Gerhart Hauptmann dessen „Michael Kramer" am 14. Nov. zur Aufführung.

— Im Komödienhause wird mit Hilfe der „Generalsecke", die ein Erfolg zu werden verspricht, der Betrieb von dem Konsortium weiter geführt.

— Das russische Ballett gibt vom 16. November an ein mehrwöchiges Gastspiel bei Kroll, bei dem die Karsavina und Nijinsky mitwirken.

— **Vorträge.** In der Urania hält Freitag und Sonnabend Direktor Goerke seinen Vortrag: „Mit dem Zeppelin-Luftschiff von Sylt nach Hamburg", darauf findet der neue mit kinematographischen Vorführungen ausgestattete Vortrag „Die wichtigsten Kulturpflanzen der Weltwirtschaft" statt. — Die Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft tagt Freitag 8½ Uhr im Hörsaal Keithstr. 11.

Aus der Partei.

Marodeure der Internationale.

Paris, 4. November. (Eig. Ber.) In der gegenwärtigen, so furchtbar ernsten Situation, die wie keine zuvor die Geschlossenheit und das gegenseitige Vertrauen in der proletarischen Internationale fordert, gibt es Leute, die im Namen und im Interesse der Arbeiterschaft zu handeln beanspruchen und es dennoch für gut finden, Treibereien anzuzetteln, die, wenn sie Erfolg hätten, die Einheit des sozialistischen Proletariats erschüttern würden, aber immerhin auch so der bürgerlichen Presse Material für ihre perfiden Hetzartikel gegen die internationale Arbeiterschaft und die Idee der internationalen Solidarität liefern. So variiert das reaktionäre „Journal des Débats" heute das beliebte Motiv vom „Patriotismus" der deutschen Sozialdemokratie, der getreulich der Reichsregierung auf allen Wegen folge und es zitiert dafür einen Artikel der Berliner „Einigkeit" über einen Dresdener Vortrag des Genossen Noske und über ein angebliches Privatgespräch mit diesem. Diesen Artikel aber, der den Stempel der Entstellung an der Stirn trägt, hat die heutige „Bataille Syndicaliste" in Uebersetzung auf der ersten Seite veröffentlicht. Eine Hand wäscht die andere. — Offenbar halten sich die Leute der „Bataille" berechtigt, in der Internationale Unfrieden zu stiften, weil die Gewerkschaften der anderen Länder für die Taktik, die bei einer eminent politischen Angelegenheit die politische Organisation ausschalten möchte, nicht empfänglich sind. Und das sind dieselben Leute, die der sozialistischen Partei ein engherziges Sektentum vorwerfen!

Ein deutsches Arbeiterfest in Paris.

Aus Paris wird uns geschrieben: Am Sonnabend feierte der Deutsche sozialistische Leseklub, die bekannte Vereinigung der deutschsprechenden Arbeiter in Paris, die in der Geschichte der Sozialdemokratie — besonders in den Jahren des Sozialistengesetzes — eine bedeutende Rolle gespielt und auch seither am Werk der sozialistischen Erziehung ihrer Mitglieder, wie an der Stärkung des Einvernehmens zwischen den deutschen und den französischen Genossen erfolgreich gearbeitet hat, die 35. Wiederkehr ihres Gründungstages. Das Ansehen, das diese blühende Organisation in der französischen Partei besitzt und die brüderliche Sympathie, die sie mit dieser verbindet, äußerte sich darin, daß die geeinigte Partei ihren Sekretär Genossen Dubreuilh und Genossen Compère-Morel zum Fest delegierte. Auch der deutsche Parteivorstand sandte ein herzliches Glückwunschtelegramm. Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Genossen Hammel, der besonders den Senior des Vereins Genossen Schulz begrüßte, der diesem seit 30 Jahren angehört, sprachen unter großem Beifall die Genossen Dubreuilh und Compère-Morel, die die Organisationstreue der deutschen Arbeiterschaft rühmten und die besondere Bedeutung der internationalen Solidarität in der jetzigen internationalen Situation hervorhoben. Nach einer Festrede des Genossen Pohl folgte ein Konzert unter Mitwirkung ausgezeichneter Künstler sowie ein Ball, der die Festteilnehmer noch lange beisammenhielt.

Gemeindewahlerfolge in England.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten haben die Wahlen zu den Gemeindevertretungen den sozialistischen und Arbeiterkandidaten etwa vierzig Gewinne gebracht. Namentlich an Orten, wo schon Arbeitervertreter Gelegenheit hatten, sich praktisch zu bewähren, sind weitere Sitze erobert worden. „Sehr oft", sagt „The Daily Citizen", „sind die Wähler nicht ganz sicher, was eine genossenschaftliche Produktionsweise bedeutet. Aber sehr genau wissen sie, was eine Kinderklinik bedeutet, was eine Freiluftschule für kränkliche Kinder, Speisung hungriger Kinder, öffentliche Lieferung billiger Kohlen, ein Lebenslohn. Und die Arbeitergemeinderäte, die sich für die Verwirklichung dieser Dinge eingesetzt haben, finden gewöhnlich, wenn sie es richtig gemacht haben, daß sie das öffentliche Vertrauen und die Unterstützung der Wähler vermehrt und sich selbst zur Erreichung ihrer weiteren Ziele fähig gemacht haben."

Im Londoner Städtegebiet hat sich wenig geändert. Die sogenannten Unabhängigen haben 38 Sitze verloren, die Gemäßigten 24 gewonnen: ein stärkerer Rückgang der verdeckten, ein kleiner Fortschritt der offenen Reaktionäre. In Woolich stiegen die Arbeitervertreter von 9 auf 15, bei Rückgang der Gemäßigten; in Kensington wurden 4 Sitze erobert. Unter den Gewählten sind hier zwei Frauen aus der Leitung der Arbeiterinnenliga, Dr. Ethel Bentham und Dr. Marion Phillips. In Bradford kamen zu den 6 Gewinnen des vorigen Jahres 4 neue, so daß die Gruppe nun das Zünglein an der Wage im Stadtrat bildet. In Birmingham, dem Mittelpunkt der imperialistischen Bewegung, wurden zwar keine neuen Sitze gewonnen, aber die Stimmenzahl wuchs stark und stellt baldige neue Gewinne in Aussicht. In 7 Bezirken wurden 8138 Stimmen aufgebracht. Davon fehlten in einigen nur einige Stimmen zum Siege. Im Wahlkreise Josef Chamberlains stand der Arbeitervertreter, einer der 6 im vorigen Jahre Neugewählten, wieder zur Wahl. Die Unionisten setzten alle Hebel in Bewegung, den Kreis wieder „rein" zu machen, aber seine Mehrheit stieg von 12 im vorigen Jahre auf 599 Stimmen.

In Liverpool, wo die Konservativen regieren und die Arbeiter noch durch den antiirischen religiösen Fanatismus beeinflußt werden, gelang es nicht, zu den 6 Gewinnen von 1911, die damals gegen die verbündeten Konservativen und Liberalen erfochten wurden, neue hinzuzufügen. Dagegen wurden in der Hafenstadt Southampton 2 Sitze gewonnen. Die weiteren Nachrichten werden wohl noch von einigen weiteren Erfolgen melden. — Die British Socialist Party, die Organisation der radikalen Sozialisten, ging auch diesmal leer aus.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Versammlungsfreiheit mit Hindernissen.

Genosse Rosenfeld, der bei den letzten Reichstagswahlen im Kreise Schwarzburg-Sondershausen kandidierte, konnte in einem Teil seines Wahlkreises absolut keine Lokale und Plätze für Versammlungen erlangen. Der Terrorismus der Gegner wurde schon dem gefährlich, der Rosenfeld nur beherbergte. Die Parteigenossen halfen sich dann so, daß sie den Kandidaten im Auto durch die Ortschaften fuhren und bei dieser Gelegenheit nach Zusammenholung einiger Zuhörer Ansprachen halten ließen. Er wurde deswegen mit Strafmandaten wegen Abhaltung nicht angemeldeter Versammlungen bedacht. Die Strafkammer in Erfurt als Berufungsinstanz bestätigte kürzlich einige dieser Strafverfügungen und hob einige andere auf, weil in diesen Fällen eine Schuld des Genossen Rosenfeld nicht nachzuweisen war.

Drei Monate Gefängnis wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten erhielt der verantwortliche Redakteur Genosse Lusche von unserem Waldenburger Bruderblatt, der „Schlesischen Bergwacht". Das Verfahren ist typisch für die allerneueste Haltung der Justiz zur Sozialdemokratie. Die Anklage kam bekanntlich auf Grund eines Leitartikels zustande, in dem zum Schluß ausgesprochen wurde, daß durch die unglaublichen gesellschaftlichen Verhältnisse von heute das Volk mit Gewalt aufgerüttelt werde und das revolutionäre Bewußtsein des Proletariats stärken werde. Daraus folgerte der Staatsanwalt, daß revolutionärer Wille und verschärfter Klassenkampf das Volk nur zum Umsturz treiben könne und daß dieser Umsturz naturgemäß nur gewaltsam sein kann. Folglich würde durch den Artikel das Volk zum Klassenhaß und zu Gewalttätigkeiten gegen die herrschende Ordnung (§ 130 Str.-G.-B.) angereizt. Die Prozeßführung war insofern interessant, weil Staatsanwalt und Gericht, trotzdem Angeklagter und Verteidiger in längeren Ausführungen den Begriff Revolution im sozialistischen Sinne darlegten und aus unserer Literatur schlagende Beweise für den höheren Sinn des Wortes Revolution brachten, von vornherein erklärten, daß sie wohl auch überzeugt seien, daß der Artikelschreiber sowohl wie der Angeklagte nicht die dahinzielende Absicht gehabt haben, das Volk in die blutige Revolution zu treiben. Darauf aber kam es gar nicht an. Maßgebend für eine Verurteilung sei allein die Möglichkeit, daß durch solche Artikel das Volk in der heutigen ernsten Zeit zu revolutionären Gewaltakten getrieben werden könne. Die Masse verstehe nichts von den theoretischen Auslegungen des Begriffes „Revolutionär", sondern klammere sich an das Wort, und das genüge zur Herbeiführung von Katastrophen. Aus diesem Grunde hielt auch das Gericht das Vergehen noch für schwerer wie der Staatsanwalt; denn während der letztere nur 9 Monate beantragte, lautete das Urteil auf 3 Monate.

Man sieht, es geht auch ohne Verschärfung des Strafgesetzes sehr gut; wir können wahrhaftig nicht klagen. Aber — die „Revolution" marschiert deshalb doch!

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 23 des vierten Jahrganges heben wir hervor: Geburtstag. — Die soziale Revolution. Von G. Eckstein. — Jugenderinnerungen eines Arbeiters. Von A. Rudolph (Schluß). — Der heilige Pillendreher. Von Wilhelm Bölsche (Mit Abbildungen). — Kaiser, Bundesrat und Reichstag (Schluß). — Zwei jugendliche Raubmörder als Opfer der Schundliteratur. Von W. H. — Hüben und drüben in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. — Aus der Jugendbewegung (Dresden, Plauen). — Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Warum? Erzählung von Ilse Frapan. — Die Fabrikarbeiterin. Gedicht von Emma Döltz. — Ludwig Uhland. Von Otto Koenig. — Alte deutsche Städte. Von Adolf Bruno (Mit Abbildungen). — Ein Fuder Heu. Von Ernst Alunsloh. — Bücher für die Jugend. — Die Begegnung. Skizze von Hermann Thurow.

Soziales.

Eine aufregende Szene vor dem Kaufmannsgericht.

Aus dem Fenster springen wollte eine Kontoristin, während ihre Streitsache vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelt wurde. Das junge Mädchen war bei der Beklagten, der Weißwarenfirma Jacobson u. Holländer, in Stellung und behauptete, von dem Mitinhaber Holländer zu intimem Verkehr mit ihm verführt worden zu sein. Als die Klägerin an den Folgen des Verkehrs erkrankte, soll ihr der Chef nach ihrer Behauptung Schadloshaltung bis zu ihrer Wiedergenesung und Besorgung einer neuen Stellung versprochen haben. Das Gehalt bis zum 1. Oktober erhielt sie auch, eine andere Stellung wurde ihr aber nicht zugewiesen. Diesen Ausfall will sie jetzt mit der Klage ersetzt haben. — Die Verwandten des jungen Mädchens stellten gegen H. auch Strafantrag wegen Verführung, die Staatsanwaltschaft stellte aber das Verfahren mit folgender Begründung ein: Die Behauptung des Angeschuldigten, Fräulein W. habe sich ihm freiwillig hingegeben, sei nicht zu widerlegen, sie finde auch eine gewisse Stütze darin, daß Fräulein W. nicht sofort die Stellung verlassen hat und auch zuerst nichts ihren Angehörigen sagte. Der Staatsanwalt stellt anheim, eventuell wegen Beleidigung zu klagen, wenn sich die Antragsteller davon Erfolg versprechen.

Als der Prinzipal in der Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht wieder mit demselben Einwande kam und in Gegenwart der Mutter der Klägerin dem Gerichtshof intime Einzelheiten auftischte, deren sich angeblich die Klägerin schuldig gemacht haben soll, packte das junge Mädchen die Verzweiflung, sie riß sich von ihren Verwandten los und stürmte aus dem Saale, um sich auf den Hof des Gerichtsgebäudes hinabzustürzen. Nur mit vieler Mühe vermochte sie der Gerichtsdiener von ihrem Vorhaben zurückzuhalten. Dann verfiel sie in Wein- und Schreikrämpfe.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die Beklagte antragsgemäß zur Zahlung von 260 M.

Lohnabzüge für eine Pensionskasse.

Schon aus Anlaß eines Rechtsstreits einer Anzahl Kruppscher Arbeiter gegen die Kruppsche Pensionskasse hat das Reichsgericht am 24. Oktober 1911 ausgesprochen, daß ein Verstoß gegen die guten Sitten nicht vorliegt, wenn die Firma durch den Anstellungsvertrag ihre Arbeiter Lohnabzügen zugunsten einer Pensionskasse, falls diese eine Wohlfahrtseinrichtung sei, unterwirft und die Arbeiter durch den zwangsweisen oder freiwilligen Austritt aus der Firma der gezahlten Beiträge verlustig gehen. Durch einen am Dienstag zur Entscheidung gekommenen Rechtsstreit, den 17 Seeleute gegen den Norddeutschen Lloyd in Bremen gegen dessen Witwen- und Waisenpensionskasse und gegen die Seemanns-Pensionskasse führten, ist dieser irrige Grundsatz vom Reichsgericht leider aufs neue betätigt worden.

Der Norddeutsche Lloyd in Bremen verpflichtet jede Person, die für ein Schiff angemustert wird, zum Beitritt seiner Witwen- und Waisenpensionskasse und der Seemanns-Pensionskasse. Mit dem Austritt aus dem Dienst erlischt jeder Anspruch auf Unterstützung. Die Seeleute unterwerfen sich laut den Bedingungen der Kassen einem Lohnabzuge von 5 v. H. Siebzehn Seeleute, die nach verschieden langer Dienstzeit aus den Diensten des Norddeutschen Lloyd und somit auch aus den Kassen ausgetreten sind, begehrten nach ihrem Austritt Rückzahlung der von ihrer Heuer abgezogenen Beiträge. Sie haben deshalb gegen beide Pensionskassen und gegen die Firma Norddeutscher Lloyd Klage erhoben und ausgeführt, daß die Abzüge gegen die guten Sitten und gegen das Lohnbeschlagnahmegesetz verstoßen.

Das Landgericht Bremen hat die Klage gegen die drei Beklagten abgewiesen. Dagegen hat das Oberlandesgericht Hamburg der Klage soweit stattgegeben, als sie sich auf den Norddeutschen Lloyd selbst bezog. In dieser Beziehung hat das Oberlandesgericht ausgeführt, daß die Abzüge zu Unrecht erfolgt seien, weil sie gegen § 2 des Lohnbeschlagnahmegesetzes verstießen. In bezug auf die Pensionskassen hat das Oberlandesgericht die Abweisung der Klage bestätigt. In der Urteilsbegründung hierzu führt das Oberlandesgericht aus: Es kommt bei der Beurteilung auf den Gesamtcharakter des ganzen Geschäfts an. Der Abzug von 5 v. H. kann hier als so drückend nicht empfunden werden, daß ein Verstoß gegen die guten Sitten anzunehmen wäre. Um so weniger ist das deshalb der Fall, weil die Löhne trotz des Abzuges noch höher sind, als sie andere Schiffahrtsfirmen in Bremen gewähren. Ebensowenig ist eine Bereicherung der Kasse zu ersehen, da diese vielen Seemännern oder Witwen Unterstützung bietet und auch große Zuschüsse durch die Firma erhält. — Gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg hatten sowohl der Norddeutsche Lloyd als auch die Kläger Revision beim Reichsgericht eingelegt. Das Reichsgericht hat die Revision der Kläger zurückgewiesen und auf die Revision des Norddeutschen Lloyd das Urteil des Oberlandesgerichts aufgehoben und die Kläger vollständig abgewiesen. (Aktenzeichen: VII. 131/12.)

Aus Industrie und Handel.

Der Trust über das Petroleummonopol.

Die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft (Hamburg), die deutsche Tochtergesellschaft des amerikanischen Petroleumtrusts, nimmt erneut zu dem Plan eines Reichspetroleummonopols Stellung. Auf Grund der Produktionsziffern der verschiedenen Petroleumgebiete erklärt sie, daß in der Hauptsache nach wie vor Deutschland von der amerikanischen Produktion abhängig bleiben wird. Die Produktion Rumäniens, Rußlands und Galiziens ist so gering und in den Erträgnissen für so schwankend, daß sie die Versorgung Deutschlands im Höchstfalle und unter enormen Kosten doch nur bis zu 50 oder 60 Proz. in Frage kommt. Eine Anfrage, ob die führenden Petroleumraffinerien Oesterreich-Ungarns einen 5- bis 10jährigen Lieferungsvertrag von 100 000 Tonnen mit der künftigen Monopolverwaltung abschließen könnte, ist von ihm bereits verneinend beantwortet worden. Die russische Petroleumindustrie hat überhaupt kein Interesse, ihre bisherigen Geschäfte zugunsten des deutschen

Monopols aufzugeben. Die Interessenten, die gern die Lieferung für Deutschland übernehmen wollen, erwarten nach ihren eigenen Worten „eine brillante Situation" für sich durch das Monopol. Auch die amerikanischen, vom Trust unabhängigen Produzenten kommen für eine Versorgung Deutschlands nicht in Frage: Die Sulf Refining Co. liefert ihr Petroleum (14 500 Tonnen) bereits an die Deutsche Bank; die Union Petroleum Co. ist nur eine kleine Gesellschaft, die selbst wagenweise aufkauft; und die Pure Oil Co. hält nur ihre Produktion unabhängig vom Trust, ihr Export ist durch Verträge mit dem Trust geregelt. Eine Preiserniedrigung durch das Monopol sei nicht zu erwirken. Allein die Transportkosten von Baku (Rußland), Compina (Rumänien) und Galizien nach Deutschland stellen sich wesentlich teurer als von New York. Die Beförderung von 1000 Kilogramm Petroleum würde gegen den Transport ab Raffinerie New York mehr kosten: nach Hamburg ab Galizien 20,66 M.; ab Compina 7,65 M.; ab Baku 22,07; nach Berlin ab Galizien 10,84 M., ab Compina 7,65 M., ab Baku 22,07 M. Billiger als der Trust könnte die Monopolgesellschaft nicht einkaufen, denn der Trust ist selbst Produzent. Eine Ermäßigung der Unkosten würde der Monopolgesellschaft nur in ganz geringem Umfange möglich sein. Die höheren Einkaufspreise würden diese Differenz auch sofort ausgleichen.

Weiter sucht die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft nachzuweisen, daß die Monopolgesellschaft mindestens mit einem Verkaufspreis von 18,9 Pf. rechnen müsse, während der bisherige Verkaufspreis nur 15,9 bezw. 16,2 Pf. betragen habe. Das Monopol würde also preisverteuernd wirken. Das sei um so sicherer zu erwarten, als die Deutsche Bank, die ja die Kontrolle über die Vertriebsgesellschaft ausüben soll, durch ihre finanzielle Beteiligung an Petroleumgesellschaften zugleich Liferantin ist. Wenn die Regierung durch Einschränkung der Dividende hohe Verkaufspreise finden will, so ist noch immer nicht die Situation ausgeschlossen, daß die Deutsche Bank als Produzentin an hohen Lieferungspreisen mehr interessiert ist als die Deutsche Bank in ihrer Eigenschaft als Monopolgesellschaft an hohen Dividenden. Uebrigens hat die Deutsche Bank ihre Petroleuminteressen zu erweitern gesucht. Sie wollte zu hohem Kurse die Aktien der Pure Oil Co. (Philadelphia) und der Sulf Refining Co. erwerben und wurde nur durch die Geldknappheit infolge des Balkankrieges daran gehindert.

Schließlich weist die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft darauf hin, daß sie etwa 1100 Angestellte beschäftigt. Wo sollen diese Angestellten bleiben? Werden sie von der Monopolgesellschaft sofort übernommen oder sonst irgendwie entschädigt werden?

Folgen des Wagenmangels im Ruhrrevier.

Ueber den Wagenmangel teilt die Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft mit: Der durch den Wagenmangel hervorgerufene Gesamtförderungsausfall betrug 14 000 Tonnen. Dies entspricht 15 Proz der ganzen Oktoberlieferung. Der Lohnausfall wird auf 79 000 M. geschätzt, durch welchen die Kohlenhauer einen Lohnverlust von 22 bis 23 M., die übrigen Arbeiter einen solchen von 15 bis 25 M. im Monat erleiden.

Thyssen als Händler.

Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß die Firma Thyssen u. Co. die Absicht habe, in Köln eine Eisengroßhandlung zu errichten. Dazu wird der „Frankfurter Zeitung" jetzt aus Interessentenkreisen mitgeteilt, daß sich die Firma vor Monatsfrist unter der Bezeichnung Thyssensche Handelsgesellschaft m. b. H. Köln etabliert und es trotz der widerstrebenden Händlerorganisation inzwischen auch durchgesetzt habe, sowohl in die Rheinisch-Westfälische Trägerhändler-Vereinigung als auch in die Rheinisch-Westfälische Gasrohrhändlervereinigung als Werkshändler aufgenommen zu werden.

Die Händler sind schon durch die Syndikatsbildung in der Schwerindustrie wesentlich zurückgedrängt worden. Wenn jetzt die großen Firmen, wie es Thyssen getan, noch ihre eigenen Händler spielen, dürfte es mit der Selbständigkeit und der Bedeutung der Händler noch mehr zurückgehen.

Gerichts-Zeitung.

Revolverschießerei.

Wegen einer überaus leichtfertigen Revolverschießerei, durch die mehrere Menschenleben gefährdet wurden und ein Mann verletzt worden ist, stand gestern der Arbeiter Robert Grünberger, ein noch nicht 20 Jahre alter Mann, vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte erschien mit zwei anderen jungen Männern am Abend des 26. Mai in dem Meyerschen Schanklokal, Stralsunderstraße 50. Die drei fingen mit anderen Gästen Neckereien an. Grünberger betrug sich so unnütz, daß die Wirtsleute sich genötigt sahen, ihn gewaltsam zu entfernen. Draußen auf der Straße zog er einen Revolver aus der Tasche, öffnete die Tür zum Schanklokal und rief, indem er den Revolver in der ausgestreckten Hand vorhielt: „So, jetzt müßt Ihr alle daran glauben!" Unmittelbar darauf krachte ein Schuß, der im Lokal große Erregung hervorrief, so daß die Gäste schleunigst hinter den Ladentisch krochen. Dem ersten Schuß folgten kurz hintereinander noch vier andere. Vier Kugeln drangen in die Wand bezw. in den Schanktisch, eine aber traf den Kutscher Tamm in den Rücken. Als ein schleunigst herbeigeholter Schutzmann den Revolverhelden festnahm und ihn nach der Wache transportierte, schrie G.: „Es sitzt noch eine Kugel im Revolver! Schießen Sie mir das Ding doch in den Kopf, dann ist alles vorbei!" Der verwundete Tamm mußte nach dem Lazarus-Krankenhaus transportiert werden, wo sich die Verletzung glücklicherweise als nicht lebensgefährlich erwies. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten, der bei dem ganzen Vorfall angetrunken war, 9 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof glaubte trotz der durch Zeugen bekundeten Angetrunkenheit doch über den Antrag des Staatsanwalts hinausgehen zu müssen, da dem Unfug des Revolverschießens durch strenge Strafen gesteuert werden müsse. Der Angeklagte wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Das Messerattentat eines jugendlichen Liebhabers

lag einer Anklage wegen versuchten Mordes zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Bienutta die 4. Strafkammer des Landgerichts II beschäftigte. Aus der Untersuchungshaft wurde der 18jährige Arbeiter Paul Lehmann vorgeführt, der sich wegen Diebstahls, versuchter Nötigung und Mordversuchs verantworten mußte.

Der Angeklagte unterhielt mit einer in Köpnick wohnhaften 17jährigen Arbeiterin ein Liebesverhältnis, welches schließlich in die Brüche ging. Der Angeklagte wollte jedoch trotzdem auf den Verkehr nicht verzichten. Sein jugendlich-romantisch angehauchtes Gemüt verleitete ihn schließlich zu einer etwas tragikomisch wirkenden Tat, die zum Glück ohne jedes Blutvergießen ablief. Er bewaffnete sich zuerst mit einem Revolver, den er seinem Meister stahl, dann mit einem stumpfen und verrosteten Dolchmesser und schließlich mit einer Flasche giftiger Bleizuckerlösung. Mit diesen Mord- und Selbstmordrequisiten ausgerüstet, suchte er seine 17jährige Geliebte auf. Die freundliche Einladung, mit Hilfe der Bleizuckerlösung gemeinsam aus dem Leben zu scheiden, wurde von ihr abgelehnt. Da der Angeklagte inzwischen gemerkt hatte, daß der Revolver infolge Altersschwäche nicht mehr funktionierte, blieb ihm nur noch das abgebrochene, rostige Messer übrig. Als sich das Mädchen weigerte, mit ihm weiter zu „gehen", zog er plötzlich das Messer hervor und versetzte ihm mit diesem von hinten einen Schlag in die Halsgegend, der nicht einmal bis auf die Haut kam, da das Messer von dem Jackett abprallte. Nach Verübung dieser Tat lief er schleunigst davon, nachdem er der Arbeiterin noch die Worte „fürchterliche Rache" zugerufen hatte. Er wurde dann nach einem fingierten Selbstmordversuch der Polizei zugeführt, die ihn in Haft behielt. — Der Staatsanwalt beantragte 2½ Jahre Gefängnis, während der dem Angeklagten als Offizialverteidiger gestellte Referendar Dr. Peltasohn im schlimmsten Falle nur eine Körperverletzung für vorliegend erachtete, wegen welcher der Angeklagte, der doch offenbar nur eine Jugendeselei begangen habe, milde zu bestrafen sei. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat der Untersuchungshaft bei sofortiger Haftentlassung.

Der falsche Kriminalbeamte.

Zu dem gestern unter dieser Ueberschrift gegebenen Bericht über die Gerichtsverhandlung gegen den Kaufmann Erich Radde, teilt uns der Schriftsetzer P. mit, daß die Angaben des Angeklagten erfunden sind, nach denen er, der Schriftsetzer P., mit ihm befreundet sei, den abenteuerlichen Plan zur Beschwindelung der Ehefrau P. mitausgeheckt habe, krank gewesen sei und den Brief in den Kasten gesteckt habe. P. ist mit dem Verurteilten keineswegs befreundet, noch hat er ihn bei der Schwindelei Vorschub geleistet; zur Zeit der Tat befand er sich in Schlesien.

Wer haftet für den Unfall eines Schulknaben beim Turnunterricht?

Durch das Gesetz vom 1. August 1909 ist in Preußen die Haftpflicht des Staates für Amtspflichtverletzung der unmittelbaren Staatsbeamten eingeführt worden. § 1 des Gesetzes bestimmt: Verletzt ein unmittelbarer Staatsbeamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die in § 839 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmte Verantwortlichkeit an Stelle des Beamten den Staat. Die nur mittelbaren Staatsbeamten, wie es z. B. die Volksschullehrer sind, fallen nicht unter diese gesetzliche Bestimmung in § 1; für sie haftet der Staat nicht. Nun bestimmt § 4 des erwähnten Gesetzes, daß die Vorschriften des § 1 auch auf die für den Dienst eines Kommunalverbandes angestellten Beamten mit der Maßgabe Anwendung finden, daß an die Stelle des Staates der Kommunalverband tritt. Es fragt sich, ob ein Schulverband als Kommunalverband im Sinne des Gesetzes zu betrachten ist, und weiter, ob ein im Dienste des Schulverbandes stehender Volksschullehrer als Kommunalbeamter anzusehen ist. Das Reichsgericht hat in einer am Dienstag ergangenen Entscheidung beide Rechtsfragen verneint. Damit ist die Schadenshaftung der Gemeinde für Unfälle, die im Schulunterricht durch ein Verschulden des Lehrers verursacht sind, abgelehnt. Die Entscheidung ist von großer Bedeutung, weil Unfälle in der Schule, namentlich beim Turnunterricht, ja nicht selten sind. Für diese haftet also nur der betreffende Lehrer, vorausgesetzt, daß ihm ein Verschulden trifft. Die Gemeinde ist von jeder Ersatzpflicht befreit. Die Einzelheiten des interessanten Rechtsstreits sind folgende:

Der damals 10 Jahre alte Schüler K. ist am 23. August 1910 beim Turnunterricht in der Gemeindevolksschule der Gemeinde Sandhorst (Kreis Aurich) dadurch verunglückt, daß er vom Reck gefallen und dabei das linke Ellbogengelenk gebrochen hat. Der Vater des Schülers, ein Postschaffner a. D., verlangt im Prozeßwege von der Gemeinde Sandhorst Ersatz für Kurkosten und klagt zugleich für seinen Sohn auf Feststellung, daß die Gemeinde dem Knaben allen durch den Unfall entstandenen Schaden zu ersetzen habe. Zur Begründung der Klage ist geltend gemacht: Der Unfall sei durch Verschulden des den Unterricht leitenden Lehrers B. verursacht, dieser hätte dafür sorgen müssen, daß bei den Uebungen am Reck eine Hilfsstellung zum Abfangen der Kinder vorhanden war; für das Verschulden des Lehrers müsse die Gemeinde nach § 4 des Beamtenhaftpflichtgesetzes einstehen.

Vom Landgericht Aurich ist die Klage abgewiesen worden. Dagegen hat das Oberlandesgericht Celle die Beklagte zur Tragung des Schadens verurteilt. Das Oberlandesgericht nimmt an, daß der Lehrer als Kommunalbeamter anzusehen und daß der Unfall tatsächlich auf ein Verschulden des Lehrers zurückzuführen ist.

Auf die von der Beklagten eingelegten Revision hat das Reichsgericht das Berufungsurteil aufgehoben und in Uebereinstimmung mit dem Landgericht die Klage abgewiesen. Der höchste Gerichtshof führt zur

Begründung

seiner Entscheidung aus: Die erste Frage ist die, ob der Schulverband, in dessen Diensten der Volksschullehrer von der Aufsichtsbehörde angestellt ist, identisch ist mit dem Kommunalverband im Sinne des § 4 des Gesetzes. Das Oberlandesgericht hat das bejaht. Das ist aber unrichtig. Aus der Entstehungsgeschichte und den Motiven des Gesetzes ergibt sich, daß als Kommunalverbände nur Amtsverbände und zur Wahrnehmung einzelner kommunaler Angelegenheiten gebildete Zweckverbände anzusehen sind, aber niemals Schulverbände. In zweiter Linie fragt es sich, ob ein Volksschullehrer als Kommunalbeamter anzusehen ist. Das ist zu verneinen. Nach der ganzen Entwicklung des Volksschulwesens in Preußen muß angenommen werden, daß die preußischen Volkslehrer auf keinen Fall als Kommunalbeamte zu betrachten sind. (Aktenzeichen: III. 186/12.)

Von Kurpfuscherei und ähnlichem.

Der Medizinal- und Regierungsrat Dr. Dutschke in Erfurt hatte vor einem von der Saniogesellschaft hergestellten Mittel, das angeblich Zuckerkrankheit heilt, gewarnt, weil es keine spezifische Wirkung habe und die Herstellungskosten der Dosis, die für 6 M. verkauft wird, ganze 30 Pf. betragen. Die Gesellschaft — klagte darauf auf Schadenersatz. Der Minister des Innern erhob Konflikt, da der Beklagte zu der Warnung berechtigt und verpflichtet war. Das Oberverwaltungsgericht gab dieser Tage dem Konflikt aus den von dem Minister angeführten Gründen statt.

Ein Urteil darüber, ob das angebliche Mittel völlig wertlos ist, wollen wir nicht fällen. Der Medizinalrat war aber zweifellos zu seiner Warnung durchaus berechtigt, nachdem das städtische Nahrungsmittelamt Feststellungen in dem in der Warnung enthaltenen Sinne getroffen hatte. Es wäre zu wünschen, daß vor angeblichen Heilmitteln, gleichviel, ob sie von approbierten Aerzten oder anderen Personen ausgehen, zum mindesten dann stets amtlich gewarnt wird, wenn die Kosten unverhältnismäßig hohe sind. In dem Prozeß suchte die Gesellschaft den hohen Preis damit zu rechtfertigen, daß sie hohe Aufwendungen habe machen müssen, um das Mittel zu erkunden. Selbst wenn diese Behauptung der Gesellschaft zutreffend wäre, läge in all den Fällen strafbarer Sachwucher vor, in denen Minderbemittelten oder Personen, die in ihrer Unkenntnis oder aus Verzweiflung über ihren Gesundheitszustand ein Mittel, das 30 Pf. Herstellungswert hat, für 6 M. verkauft wird. In der Reichstagskommission über das Kurpfuschereigesetz und von uns ist wiederholt darauf hingewiesen, daß der Beutelschneiderei mit angeblichen Medikamenten auf diesem strafrechtlichen Wege beizukommen ist. Freilich dürfte der Kampf nicht auf vermeintliche Schwindelpräparate beschränkt bleiben, sondern auch auf den Sachwucher auszudehnen sein, der insbesondere mit von großen Farbwerken hergestellten Präparaten getrieben wird. Hier liegt ein der Volksgesundheit dienendes reiches Feld für die Staatsanwaltschaft vor. Weshalb beschreitet sie dieses nicht und konstruiert allerlei Aufsehen erregende, mit dem Rechtsbewußtsein der Allgemeinheit unvereinbare Anklagen gegen Arbeiter und Arbeitervertreter, die von ihrem gewerkschaftlichen und politischen Recht Gebrauch machen? Ein Hundertstel der Arbeit, die heute zur Jagd gegen Aufklärung der Jugend vergeudet wird, auf das Gebiet der Kurpfusch- und Medizinwucherei übertragen, würde der Allgemeinheit reichen Gewinn bringen.

Aus aller Welt.

Massenerkrankungen.

Massenerkrankungen infolge Genusses trichinösen Fleisches sind in den schlesischen Ortschaften Groß-Radisch, Collm und Diehsa vorgekommen. Vor zirka vierzehn Tagen zeigten sich die ersten Anzeichen und bis jetzt sind über sechzig Fälle zu verzeichnen. Die Ursache ist der Genuß von Schweinefleisch und Wurst von dem Fleischer Hänsch in Collm und dem Fleischer aus Groß-Radisch. In welcher Weise das mit den Trichinen behaftete Fleisch in den Handel gekommen ist, ist wohl noch nicht recht aufgeklärt; nur sollen die beiden Fleischer öfter zusammen schlachten. Vom Dominium Groß-Radisch liegen allein 14 Personen und von dem Fleischer und Gastwirt Hänsch in Collm die Frau und eine Tochter schwer krank danieder. Der Briefträger Grehl aus Niesky hat auf seiner Tour beim Gastwirt H. in Collm gefrühstückt und ist jetzt ebenfalls schwer krank. Eine Untersuchung, welche in Collm vom Kreisarzt und drei Görlitzer Aerzten vorgenommen wurde, stellte Trichinen in einem Stück Fleisch fest, welches sich der ebenfalls erkrankte Oberförster von Collm aus seinem Arm schneiden ließ.

Der Lohn für treue Dienste.

Gutsherrschaft und Gesinde bilden eine große Familie! So kann man es in den agrarischen Blättern lesen. Wie harmonisch dieses Familienverhältnis aussieht, hat ein Oberschweizer des der Familie v. Stülpnagel gehörigen Rittergutes Grünberg in der Uckermark erleben müssen. Der Betreffende stand seit dem 1. Oktober 1887 als Schweizer im Dienste derer v. Stülpnagel. Seine Hoffnung, anläßlich seines 25jährigen Dienstjubiläums eine Auszeichnung zu erfahren, hat sich auf recht eigenartige Weise bewahrheitet. Statt der erhofften Geldspende erhielt er zum 1. Oktober d. J. seine Entlassung durch den Oberinspektor Behm. Der Oberschweizer, der seine Obliegenheiten stets pflichteifrig erfüllt hat, führt seine Entlassung darauf zurück, daß er sein sauer verdientes Geld nicht bei einem Gastwirte verzehren wollte, der als angehender Schwiegervater des Oberinspektors gilt. Aber das wird wohl ein Irrtum des Schweizers sein, sonst würde der jetzige Besitzer des Gutes, Leutnant v. Stülpnagel, wohl ein ernstes Wort mit seinem Oberinspektor reden. Denn Gutsherrschaft und Gesinde bilden doch eine große Familie!

Tödlicher Fliegerabsturz.

Ein schweres Fliegerunglück, das den Tod von zwei Fliegern im Gefolge hatte, hat sich gestern nachmittag auf dem Flugplatze bei Halberstadt ereignet. Wie ein Telegramm meldet, stieg der Leutnant Altrichter vom Infanterieregiment Nr. 20 auf einem Doppeldecker mit dem Ingenieur Meyer als Fluggast auf. In 20 Meter Höhe versagte plötzlich der Motor und das Flugzeug stürzte senkrecht zur Erde. Beim Aufprall auf den Boden explodierte der Benzinbehälter und setzte den Doppeldecker in Brand. Ingenieur Meyer, der im letzten Augenblick noch abzuspringen versuchte, erlitt dabei einen Genickbruch und war auf der Stelle tot. Leutnant Altrichter erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde in bewußtlosem Zustande in ein Krankenhaus gebracht, wo er jedoch bald nach der Einlieferung verstarb.

Die siebente Großmacht.

Eine recht sonderbare Einschätzung der Presse betätigte dieser Tage der Gemeindesekretär der in der Nähe von Frankfurt a. M. gelegenen Ortschaft Schwanheim. Wie unser Frankfurter Parteiblatt mitteilt, finden die Gemeindevertretersitzungen von Schwanheim von jetzt ab in dem Saale der neuen Schule statt. Wie dieser neue Saal im ganzen mehr Annehmlichkeiten bietet, so hatten die Berichterstatter gehofft, daß endlich auch für sie einmal gesorgt werde. Das war eine gründliche Täuschung. Den anwesenden Berichterstatern der „Schwanheimer Zeitung" plazierte man auf den Flur, hier war er gezwungen, sich seine Notizen auf den Knien zu machen. Als er sich über diesen wenig idealen Zustand beim Gemeindesekretär beschwerte, meinte dieser, wenn der sozialdemokratische Berichterstatter, der in der „Volksstimme" immer seine Glossen über uns macht, nicht da ist, dann können Sie sich ja in das Zimmer setzen. Ist er aber anwesend, dann müssen Sie beide auf dem Flur sitzen. Was sich der Herr Gemeindesekretär hier anmaßt, das geht doch über die Hutschnur. Wer hat diese Anordnung getroffen, der Herr Bürgermeister oder der Herr Gemeindesekretär? Mit solchen Geniestreichen glaubt man der Sozialdemokratie Abbruch zu tun und erreicht doch nur, daß mancher glaubt, es sei etwas faul im Staate Dänemark.

Aus Neu-Byzanz.

Das „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" bringt folgende Ankündigung einer literarischen Neuheit:

A. M. Witte.
„Der letzte Schwarze Ritter von Wilhelmshöhe."
Gewidmet
Ihrer Exzellenz Frau Gräfin v. d. Groeben,
erscheint Mitte November.
Ihre Majestät die Kaiserin geruhen, Sich auf das Erscheinen dieses Buches zu freuen.
Verlagsbuchhandlung Gust. v. Dobbeler,
Berlin W.

Hoffentlich hält die Freude auch nach dem Lesen des Werkes an. Der Titel ist ja recht vielversprechend.

Hinrichtung eines geistig Minderwertigen.

In Köln ist am Dienstag der 41jährige Tagelöhner Knopp durch Fallbeil hingerichtet worden. In seinen Abschiedsbriefen hat Knopp, der im Säuferwahn sein vierjähriges Söhnchen ermordet hatte, zum Ausdruck gebracht, daß er ein Opfer des Fuselgenusses sei. Knopp war geistig minderwertig. Infolge eines Schädelbruches konnte er beim Militär den Helm nicht tragen, und er litt dauernd bei Regenwetter an Schwindelanfällen; dazu kam jahrelanger Schnapsgenuß bei einem durch elende Ernährung geschwächten Körper. In den Wochen vor seiner scheußlichen Tat hat Knopp meist von Brot und Kartoffeln gelebt; und in dieser Verfassung trank er einen halben Liter Schnaps. Dann beging er die Tat. Den Antrag, neben dem Gerichtsarzt den in Köln wohnenden Psychiater Prof. Dr. Aschaffenburg als Gutachter zu hören, hat das Gericht abgelehnt, obwohl es sich in diesem Falle um ein Menschenleben gehandelt hat. Wider alles Erwarten hat der König das Todesurteil der Geschworenen bestätigt. Man mag zur Todesstrafe stehen, wie man will: auch ein Anhänger der Todesstrafe kann niemals die Hinrichtung eines geistesschwachen Deliranten gutheißen.

Kleine Notizen.

Liebestragödie. Wie aus Rombach in Lothringen gemeldet wird, ereignete sich dort am Dienstagabend ein furchtbares Liebesdrama. Ein Maschinist erschoß dort in einem Anfall von Eifersucht seine Frau, seine Geliebte und sich selbst.

Vier Arbeiter schwer verbrüht. In dem städtischen Elektrizitätswerk zu Kassel ereignete sich gestern ein schwerer Unglücksfall. In

den Mittagsstunden brach ein Heißdampfrohr. Der ausströmende Dampf verbrühte vier Arbeiter sehr schwer. Die Verletzten wurden sofort in ein Krankenhaus geschafft. Zwei von ihnen dürften kaum mit dem Leben davon kommen.

Blutrache. Vor ungefähr einem Monat wurde ein Erdarbeiter von einem Kroaten erschossen. Der Mörder hatte nach dem Verbrechen das Weite gesucht. Ein Verwandter des Ermordeten war ihm jedoch gefolgt und hatte ihn in einem Dorfe bei Kassel aufgespürt. Hier traf er den Mörder in einer Kantine und gab fünf Revolverschüsse auf ihn ab, die dessen sofortigen Tod zur Folge hatten. Die Aufregung, die unter den Gästen entstand, benutzte der Angreifer, um zu entfliehen.

Mord aus Eifersucht. Dienstagnachmittag zwischen 5 und 6 Uhr wurde in Heckenheim (Großherzogtum Baden) die Ehefrau des Werkmeisters Bernhard Zeiher, eine Frau von 34 Jahren, von ihrem Schwager, einem 42 Jahre alten Fabrikarbeiter, der sie schon seit einiger Zeit mit unsittlichen Anträgen verfolgte, erschossen. Die Frau war auf der Stelle tot, der Mörder stellte sich selbst der Polizei. Die Ermordete hinterläßt zwei unmündige Kinder. Ihr Mann liegt zurzeit schwerkrank danieder.

Ein tobsüchtiger Schiffspassagier. Nach einer Blättermeldung aus Madrid verwundete ein Passagier des in Cadix eingetroffenen transatlantischen Dampfers „Catalina" namens Lescoule in einem Tobsuchtsanfall zehn Mitreisende und drei Matrosen durch Messerstiche lebensgefährlich.

Eingegangene Druckschriften.

Personalnachweisung der Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin-Schöneberg 1912. 223 S. Magistrat der Stadt Schöneberg.

Liebe. Roman von Grazia Deledda. 4,50 M., geb. 6 M. — **Der Nigger vom „Narzissus".** Roman von J. Conrad. 3 M., geb. 4,50 M. — **Maruschka.** Roman von Lydia Danöfen. 2,50 M., geb. 3,50 M. Verlag von Albert Langen in München.

Einer von den Vielen. Ein Priesterroman von E. Smigelski-Atmer. 3 M., geb. 4,50 M. — **Der Herrscher** von Rolf Hiorth-Schoyen. 3,50 M., geb. 5 M. E. Rowohlt, Leipzig.

Geschichte unserer Haustiere von Dr. M. Hilzheimer. 1 M. Th. Thomas, Leipzig.

Pierrot im Schnee von Henriette Riemann. Erich Reiß, Verlag, Berlin. 5 M., geb. 6 M.

La Russie moderne (Das moderne Rußland) von Grégoire Alexinsky. Verlag Ernest Flammarion. Paris, Rue Racine 26. (Bibliothèque de philosophie scientifique). Preis 3,50 Fr.

Der Ewige und die Stunde. Gedichte von A. Petzold. 3 M., geb. 4 M. Erdgeist-Verlag Leipzig.

Lola Montez. Roman von J. A. Lux. 4 M., geb. 5 M. R. Bong, Berlin W. 57.

Mußestunden. Monatshefte für junge Naturfreunde. Herausgegeben von Prof. Dr. K. Smalian. Heft 1. Halbjährlich 1,50 M. für 6 Hefte. — **Zeiten und Völker.** Monatshefte für Kulturgeschichte, Länder- und Völkerkunde. Heft 9, 10. Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart. Jährl. 12 Hefte nebst 2 Buchbeilagen, 4,80 M.

Ein Kartenhaus. Alltagskomödie von M. E. André. 132 S. Dr. R. Douglas, München.

Wirtschaftsbuch für den Haushalts- und Geschäftsbetrieb. Für 12 Monate eingerichtet. 50 Pf. O. Schwendy, Berlin-Steglitz, Schloßstraße 91.

Unserem Spediteur Herrn
Johann Hönisch
zum 50. Geburtstage
die herzlichsten Glückwünsche
Die Botenfrauen der Spedition Nazarethkirchstraße

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am Montag, den 4. November, verstarb unser Mitglied

August Voelz.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. November, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am Montag verstarb unser Genosse, der frühere Bäckermeister

Ernst Pfeiffer

(Stargarder Str. 12, Bezirk 536).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Freireligiösen Friedhofs in der Pappelallee aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
238/19 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Büchsenmacher

Emil Oehring

am 2. d. Mts. an Herzleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Ferner starb unser Mitglied, die Arbeiterin

Elise Gotthardt

(Hollmannstr. 36) am 3. d. Mts. an Lungenleiden.

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 7. November, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Simeons-Kirchhofes in Britz aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Rohrleger

Friedrich Kuske

(Schönhauser Allee Nr. 174) am 5. d. Mts. an Herzleiden.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet
132/11 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.

Am Montag, den 4. November, verstarb unser Mitglied 58/11

Wilhelm Schulz.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 8. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Ahrensfelde aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben, guten Mannes, unseres Schwagers und Bruders sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, sowie den Mietern unseres Hauses unseren herzlichsten Dank. 19a

Weißensee.
Frau Marie Appelt
geb. Albrecht
und Schwiegereltern.

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verwandten Berufe
(Deutscher Senefelder-Bund).

Am Montag, den 4. November, verstarb unser Kollege und Mitglied, der Photograph

Otto Preuß

im Alter von 32 Jahren an einem Blutsturz.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. November, vormittags 11 Uhr, von der Halle des Lichtenberger Friedhofes, Lückstraße, aus statt. 109/20

Die Verwaltung der Filiale VI.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen unseren tiefgefühltesten Dank. 3M

Berlin den 3. November 1912.
Im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Gutge und Kinder.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres herzensguten Vaters, des Bureauangestellten

Alois Lauf

sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen und Vorstand der Ortskrankenkasse der Schneider, dem Wahlverein und „Freien Turnerschaft" Bohnsdorf, der Redaktion des „Vorwärts", dem Grünauer Gesangverein und für die trostreichen Worte des Herrn Dorner unseren herzlichsten Dank. 46806

Witwe Lauf nebst Kindern.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter und Schwiegermutter sagen wir allen Verwandten, Bekannten, insbesondere dem Gesangverein Friedrichsfelde-Karlshorst, dem Wahlverein, dem Radfahrerverein, dem Sparverein „Selbsthilfe", der Freien Vereinigung der Gastwirte, dem Holzarbeiter-Verband und dem Personal der Firma Sabolka unseren tiefgefühltesten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen
Hermann Brunk
nebst Tochter und Schwiegersohn
Otto Schlebner.

Orts-Krankenkasse der Gelb- und Zinngießer zu Berlin.

Am **Donnerstag, den 14. November,** abends 5½—7 Uhr, findet im **Gewerkschaftshaus,** Engelufer 15, Saal 11, die

Wahl von 57 Delegierten
der Arbeitnehmer

für das Jahr 1913 statt, wozu alle großjährigen Mitglieder hiermit eingeladen sind. (Quittungsbuch oder Bescheinigung vom Arbeitgeber legitimiert.) Von 7—7½ Uhr **Feststellung des Wahlresultats.**

Desgleichen dort abends 7½ bis 8 Uhr im Saal 10 die

Wahl von 27 Delegierten
der Arbeitgeber,

hiermit sind alle Herren Arbeitgeber, welche ein Drittel der Beiträge aus eigenen Mitteln zahlen, eingeladen. (Letzte Quittung legitimiert.) Nach 8 Uhr **Feststellung des Wahlresultats.** 11545

Berlin, den 6. November 1912.
Der Vorstand.
J. A.: W. Schütt, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Zigarrenmacher, Zigarettenmacher, Zigarrensortierer u. deren gewerbliche Hilfsarbeiter zu Berlin.

Donnerstag, den 14. November, abends 8½ Uhr, im Restaurant **„Rosenthaler Hof",** Rosenthaler Straße 11/12:

Wahlversammlung der Arbeitgeber.

Tagesordnung:
Wahl von 69 Delegierten für die Zeit bis 31. Dezember 1913.

Freitag, den 15. November, abends 8½ Uhr, in demselben Lokal:

Wahlversammlung der Arbeitnehmer.

Tagesordnung:
Wahl von 163 Delegierten für die Zeit bis 31. Dezember 1913.

Bei den Arbeitnehmern ist die Mitgliedskarte als Legitimation mitzubringen. 11535

Der Vorstand.

Josetti
JUNO
QUALITÄTS- 2 PFG. CIGARETTE

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**
Berlin (20 Pf.): **Salomon-Apotheke,** Charlottenstraße 54. — **Greif-Apotheke,** Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: **Rosen-Apotheke, Würzburg.**

Warnung vor Nachahmung
des **echten gesetzl. gesch.**
Kapitän-Kautabaks
dringend geboten.
Jedes einzelne Stück wird **nur verpackt** und mit Aufschrift: **„Kapitän-Kautabak"** geliefert.
Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 119. Amt Königstadt 3861

Spezialarzt
f. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, **Beinkranke** jeder Art, **Ehrlich Hata-Kuren** in **Dr. Homeyer** u. Co. konz. Laborat. f. Blutuntersuchung., **Fäden** i. Harn usw. **Friedrichstr. 81,** gegenüber Panoptikum. Spr. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2. **Honorar mäßig,** auch Teilzahl. **Separates Damenzimmer.**

Pollmanns Bandagen-
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummiwaren etc.
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Den **„Vorwärts"-Lesern gewähre Rabatt.**
Riesenlager echter Perser Teppiche
Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Abgepaßte Fenster,
weiß und crême
p. Fenster 2.35, 3, 4–60 M.
Imit. Point-lace-Künstler-Gardinen, p. Fenster M. 6.75
Elegante Sezessions-Tüll-Stores . . . . . M. 1.85
Gestickte echte Spachtel-Stores . . . . . M. 7.75
Goldfarbige reichgestickte Band-Stores . . . M. 3.85
Tüllbettdecken, Größe 160/220 cm . . . M. 2.50
Reichgest. Erbstüll-Bettdecken . . . . . M. 6.75
Elegante Tüll-Bettrückwände . . . . . M. 6.75
Brise-Bise (Scheibenschleier) 25, 35, 40, 50 Pfennig.
Nach auswärts p. Nachnahme.
Der neue Katalog
mit bunten Teppichmustern
750 Abbildungen gratis u. fr.

Concordia-Festsäle.
Inh.: M. Wendt u. A. Schütze.
64 Andreasstr. 64.
Jeden Donnerstag:
Große Soiree
der allgemein beliebten und bekannten
Hoffmanns Sänger.
Direktion Fr. Fanther
mit vollständig neuem Programm
Anfang 8 Uhr.
Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Servus
mit Dosenöffner
bester Schuhputz
Ueberall zu haben in großen Dosen à 20 Pf.
Fabrikanten: **Lubszynski & Co.,** G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Pichelswerder,** an der neuen Heerstraße beim **Alten Freund.**

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

5. Kreis, 3. Abteilung. Am Freitag, den 8. November, abends 8½ Uhr, findet eine außerordentliche Abteilungsversammlung bei Sengelpeik, Keibelstr. 39, statt.

Steglitz-Friedenau. Am Freitag, den 8. November, abends 8½ Uhr, findet bei Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a, der letzte Vortragsabend des Genossen Max Grunwald über den Kursus: „Die Entwickelung der Wirtschaftsformen" statt. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Lichtenberg. Morgen Freitag, findet von den bekannten Stellen aus eine wichtige Flugblattverbreitung statt.

Adlershof. Die Mitglieder treffen sich zum Besuch der öffentlichen Versammlung in Rudow am Sonntag, den 10. November, nachmittags 1¼ Uhr, im Lokal von Lehmgrübner, Bismarckstr. 60. Abmarsch pünktlich 1½ Uhr.

Pankow-Schönhausen. Morgen abend findet im Türkischen Zelt der zweite Vortragsabend des Genossen Borchardt mit dem Thema: „Die historischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus" statt. Die Genossen wollen für regere Beteiligung Sorge tragen.

Rudow. Am Sonntag, den 10. November, nachmittags 2½ Uhr, findet im Lokal von Wedler eine Volksversammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil das Referat übernommen hat. Die Genossen wollen für diese Versammlung rege Propaganda entfalten.

Die Flugblattverbreitung zu dieser Versammlung findet heute abend statt, die Flugblätter sind vom Genossen Otto Schulze abzuholen.

Tegel. Am Sonnabend, den 9. November, abends 8 Uhr, veranstaltet der Bildungsausschuß im Saale des Herrn Gamm (Tropps Festsäle), Bahnhofstr. 1, eine Theatervorstellung. Zur Aufführung gelangt Max Halbes „Jugend". Billetts a 60 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben.

Hennigsdorf. Sonnabend, den 9. November, abends 8½ Uhr: Wahlvereinsversammlung im Restaurant zum „Roten Schloß", Inh. R. Schmidt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitage, Geschäftliches und Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Aufgaben der „Gesellschaft" gegenüber den aufsichtslosen Kindern.

Die Unzulänglichkeit des Kinderhortwesens wird allmählich auch in bürgerlichen Kreisen erkannt. Die Frage, was zur Ausgestaltung dieses Gebietes der Jugendfürsorge zu geschehen habe, wurde in einer Konferenz erörtert, die auf Einladung der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge" am Sonnabend stattfand. Es beteiligten sich daran zahlreiche Mitglieder von Vereinen, die im Kinderhortwesen tätig sind, und auch Vertreter von Staats- und Stadtbehörden.

Ein Referat von Frl. Dr. Duensing wollte zeigen, welche Aufgaben die „Gesellschaft" gegenüber den aufsichtslosen Kindern habe. Frl. Duensing schilderte die Not der unbeaufsichtigten Kinder, deren Zahl nach vorgenommenen Stichproben für Berlin allein auf 14 000, für Groß-Berlin auf 25—30 000 angenommen werde, aber wahrscheinlich noch weit darüber hinausgeht. An typischen Fällen aus der Arbeit der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge" suchte sie ein Bild davon zu geben, wie die Aufsichtslosigkeit der Kinder entstehe und welche Folgen sie habe. Da gehe zum Beispiel ein Junge hinter die Schule und treibe sich umher, weil die Mutter, von ihrem Mann verlassen, außerhalb des Hauses erwerbstätig sein müsse und sich um die Kinder nicht kümmern könne. Alle Einwirkungen der inneren Mission seien vergeblich, darum müsse der Junge schließlich in Fürsorgeerziehung getan werden. In anderen Fällen seien Kinder, selbst solche im zartesten Alter, den ganzen Tag über in die Wohnung eingeschlossen worden, hilflos sich selber überlassen geblieben und nicht selten zu Schaden gekommen, weil die verwitwete Mutter oder der von seiner Frau getrennt lebende Vater auf Arbeit gehen mußte. Pflege und Erziehung der Kinder fehle da, Krankheit und Verwahrlosung ergebe sich als Folge, die 25—30 000 aufsichtslosen Kinder in Groß-Berlin seien ebensoviele Rekruten der Armee der Arbeitsscheuen und Gewohnheitsverbrecher. Die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen, mit der die Aufsichtslosigkeit so vieler Kinder zusammenhänge, habe sich stark vermehrt und werde noch weiter zunehmen. Sie sei sehr oft nötig, um den Lebensunterhalt heranzuschaffen oder zu verbessern. Dazu komme die Gewöhnung der Frau an Erwerbsarbeit und die Ueberzeugung, dadurch ihren Wert zu steigern. Einen Vorwurf könne man einer Arbeiterin nicht daraus machen, daß sie nach der Verheiratung ihren Beruf nicht aufgeben wolle und lieber ihren Säugling in Kostpflege gebe. Weiter komme dazu „der Glaube, den die größte Arbeiterpartei hegt, daß die Auflösung der Familie nur zu wünschen sei." Schließlich wirke noch als Ursache für die Zunahme der Erwerbstätigkeit der Frau die jetzige Teuerung mit. Unter der Arbeit der verheirateten Frau leide aber das Kind, solange nicht die häusliche Erziehung durch die öffentliche ersetzt werde. Pflicht des Staates sei es, die aufsichtslosen Kinder zu versorgen. Das müsse eine Aufgabe staatlicher Sozialpolitik sein ebenso, wie zum Beispiel die Arbeiterversicherung. Gegen die zur Massenerscheinung gewordene Aufsichtslosigkeit könne man nicht ankämpfen mit den schwachen Waffen der freien Liebestätigkeit. Bis jetzt sei freilich der Staat noch sehr weit davon entfernt, hier für sich eine Aufgabe oder gar eine Pflicht zu erkennen. Aber ebensowenig werde von den Kommunen, auf die man immer neben der freien Liebestätigkeit hinweise, die Aufgabe begriffen. In ganz Deutschland fließe aus Kommunalmitteln den Kinderhorten jährlich etwa ½ Million Mark zu. Referentin erwähnte, daß für Berlin in der Stadtverordnetenversammlung ein sozialdemokratischer Antrag vom Jahre 1908 die Einrichtung von Krippen und Kindergärten forderte, aber abgelehnt wurde. Der Staat solle die Initiative ergreifen, zunächst über den Umfang der Aufsichtslosigkeit der Kinder Ermittelungen anstellen und dann Abhilfe herbeiführen. Frl. Duensing hob hervor, sie denke sich das nicht so, daß der Staat selber Mittel hergebe. Er solle nur die Frage der Mittelbeschaffung lösen, sagte sie, doch machte sie keine Vorschläge über das Wie. Hauptsache sei, in der Kinderhortsache eine öffentliche Meinung zu schaffen und durch sie auf den Staat zu wirken.

Was der Staat nun eigentlich tun soll, wurde aus dem Vortrag nicht recht klar. Erst die Diskussion veranlaßte Frl. Duensing, sich in ihrem Schlußwort ein wenig deutlicher zu äußern. Sie ließ sich zunächst darüber aus, was er nicht tun soll. Er soll nicht etwa die Kinderhorte in eigene Regie nehmen, sagte sie. Hier müsse es für den Staat heißen: Hände weg! Sie wolle nicht die freie Liebestätigkeit missen, deren Vertreterin sie sei und die sie nicht verleugnen könne. Was sie in ihrem Referat über die Schwäche dieser Waffe gegenüber der zur Massenerscheinung gewordenen Aufsichtslosigkeit der Kinder gesagt hatte, galt also wohl nur der Unzulänglichkeit der Geldbeschaffung. Der Staat solle, erklärte sie jetzt, die Geldbeschaffung „garantieren". Doch erfuhr man auch jetzt nichts Näheres über das Wie. Durch ihr Referat hatte Frl. Duensing besondere Erwartungen geweckt. Sie hatte gesprochen von einem — „Staatssozialismus", der sie nicht schrecke.

Aus der Diskussion wollen wir nur die Ausführungen des Fabrikanten Heumann (Barmen) hervorheben. Herr Heumann, der zum Vorsitzenden des soeben gegründeten „Deutschen Kinderhortverbandes" gewählt worden ist, sprach über das Interesse der Arbeitgeber an der Beaufsichtigung der Jugend. Er wandte sich dagegen, daß allein die Industrie, wie ihr „von den sozialdemokratischen Gewerkschaften vorgeworfen" werde, die Schuld an der Aufsichtslosigkeit der Kinder trage. In der Landwirtschaft komme das auch vor, nur seien da die Kinder nicht so der Verwahrlosung ausgesetzt. Es fehle heute ein Erziehungsmittel, das früher wirksam gewesen sei, die Erziehung im Hause des Lehrmeisters. Einer langen Lehrzeit werde heute ein möglichst hoher Wochenlohn vorgezogen. Diese Entwickelung müsse dem Fortschritt und der Existenz breiter Schichten des Volkes gefährlich werden. „Wir Fabrikanten haben," sagte er, „die heilige Pflicht, vor Gott und Menschen unsere Schuldigkeit zu tun." Er meinte offenbar nur die „Pflicht", die Kinder der Arbeiter durch Kinderhorte vor Verwahrlosung zu schützen.

Das städtische Krematorium.

In der letzten Sitzung des Kuratoriums für das Bestattungswesen unter Vorsitz des Stadtrats Rast wurde der Krematoriumsinspektor Reimann in Leipzig für den gleichen Posten an dem neuen Berliner Krematorium gewählt. Dieser Wahl hat der Magistrat bereits zugestimmt. Nachdem die Gebrauchsordnung für das Krematorium die Genehmigung durch den Oberpräsidenten erhalten hat, wird die Eröffnung des Krematoriums alsbald erfolgen können. Der Bau ist fertiggestellt, die Oefen sind bereits zwecks völliger Austrocknung angeheizt, sodaß voraussichtlich am 1. Dezember mit den Einäscherungen begonnen werden kann. Bis dahin wird in zahlreichen Probebränden das fehlerlose Arbeiten der Anlage geprüft werden. Die Uebergabe des Krematoriums seitens des Vereins für Feuerbestattung, der bekanntlich der Erbauer des Krematoriums ist, an die Stadt Berlin wird am Totensonntag in einer besonderen Feier stattfinden. Auskunft über alle Feuerbestattungsangelegenheiten wird im städtischen Friedhofsbureau, Rathaus III, Zimmer 104, vom 1. Dezember ab auch im Krematorium, Gerichtstr. 37/38, erteilt. Die Gebrauchsordnung für das Krematorium stützt sich im allgemeinen auf die Bestimmungen des Feuerbestattungsgesetzes vom 14. September 1911. Hervorzuheben ist, daß zur Vornahme der Feuerbestattung in jedem Falle mindestens 24 Stunden vorher die Genehmigung der Polizeibehörde einzuholen ist. Antragsberechtigt ist jeder Bestattungspflichtige. Die Genehmigung wird schriftlich erteilt und muß versagt werden, wenn nicht beigebracht sind: die amtliche Sterbeurkunde, die amtsärztliche Bescheinigung über die Todesursache, der Nachweis, daß der Verstorbene die Feuerbestattung seiner Leiche angeordnet hat, und die Bescheinigung der Polizeibehörde des Sterbeorts oder des letzten Wohnortes des Verstorbenen, daß keine Bedenken gegen die Feuerbestattung bestehen, und daß insbesondere ein Verdacht, der Tod sei durch eine strafbare Handlung herbeigeführt worden, nicht vorliegt.

Konferenz Groß-Berliner Armenverwaltungen.

Gestern fand im Berliner Stadthause auf Einladung und unter dem Vorsitz des Stadtrats Kalisch eine Konferenz von Vertretern von etwa 30 Groß-Berliner Armenverbänden statt. Die Zusammenkunft hatte zum Zweck die Besprechung von Fragen des Armenrechts und der Armenpflege, welche alle Groß-Berliner Armenverwaltungen gleichmäßig interessieren. Die Zusammenkünfte sollen in angemessenen Zwischenräumen wiederholt werden. Die Teilnehmer gaben der Hoffnung Ausdruck, daß sich dadurch eine gleichmäßigere Bearbeitung allgemein wichtiger Fragen und die Aufstellung übereinstimmender Verwaltungsgrundsätze erreichen lassen werde. Ferner wird von der regelmäßigen Fortsetzung dieser Zusammenkünfte eine wesentliche Vereinfachung und Verbilligung des Geschäftsverkehrs bestimmt erwartet. In der gestrigen Konferenz stand das Gesetz vom 29. Juli 1912, betreffend Verletzung der Nährpflicht, die Unterbringung von Kindern in Heil- und Erholungsstätten, die Einrichtung des städtischen Rettungswesens und einige andere Fragen von untergeordneter Bedeutung zur Beratung. Die in der Besprechung gegebenen Anregungen werden den einzelnen Armenverwaltungen Gelegenheit zu eingehender Beratung geben. Mit dem Ergebnis derselben werden sich die späteren Konferenzen zu beschäftigen haben.

Gegen die neuen Steuern. Der Verein der Kinematographentheaterbesitzer von Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg faßte in seiner außerordentlichen Versammlung vom 5. d. M. folgende gegen die Kinosteuer gerichtete Resolution:

„Angesichts der bevorstehenden Entscheidung betreffs der von der Stadt Berlin beabsichtigten Einführung einer Besteuerung der Kinematographentheater erhebt der Verein der Kinematographentheaterbesitzer von Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg einmütig und lebhaften Einspruch. Zumeist sind gerade die Nichtbesucher der Kinotheater diejenigen, die Urteile über Kinos und deren Besucher fällen und dabei alle erdenklichen Gerüchte in die Welt setzen, die meist unwahr sind und nun endlich volle Aufklärung finden sollen und müssen. Es sieht — vom fachmännischen wie vom vernünftigen Standpunkte betrachtet — fast so aus, als sollte gerade dem kleinen Bürger jedes Vergnügen verteuert, insbesondere auch der Besuch des Kinos, das mindestens so bildet wie jedes andere Theater — unmöglich gemacht werden! Für die Besitzer der Kinematographentheater sollen insbesondere die billigen Plätze — die ungefähr 90 Prozent der Frequenz ausmachen — dazu dienen, hohe Steuern aufzubringen. Die Folge hiervon wäre, daß in Berlin die Mehrzahl der 350 Kinotheaterbesitzer schließen müßten und ungefähr 4000 Angestellte brotlos gemacht würden; demnach hätte die Einführung einer Steuer bei den kleineren und mittleren Theatern absolut kein Ergebnis.

Es wird daher einstimmig beschlossen: den Magistrat und die Stadtverordneten zu ersuchen, eine Deputation des Vereins der Kinematographenbesitzer Groß-Berlins zur Beratung über die beabsichtigte Einführung einer Besteuerung der Kinematographentheater zu empfangen, um eine ehrliche, einwandsfreie und sachliche Aufklärung über dieses Gewerbe zu erhalten.

Ferner wird der Vorstand des Vereins Groß-Berlin mit denjenigen Verbänden in Verbindung treten, die in gleichartiger Weise von einer derartigen Bewucherung und Erdrosselungssteuer betroffen werden."

Der geborstene Spreetunnel aufgedeckt! Unsere „Spreeinsel" im Stralauer Viertel hatte gestern zahlreichen Besuch. Die kleinen Boote gondelten hinüber und herüber, um die erschienenen Ingenieure der Hochbahngesellschaft, der Siemens-Schuckertwerke und der Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen überzusetzen. Man hatte die Baugrube entleert und stand nun vor einem Abgrunde, in dem es fürchterlich aussah. Ein Dutzend mit Schaufeln bewaffneter Arbeiter schaufelte in dem schier unergründlichen Morast, um die Steinschicht von der oberen Tunneldecke an dem Punkte zu entfernen, welche der Taucher seinerzeit als die Einbruchsstelle bezeichnet hat; dieser Punkt liegt rund 16 Meter von der Spreemitte ab (nach dem Neukölln er Ufer zu gerechnet). In der Tat wurde hier der Bruch aufgedeckt und die Bauleiter dann verständigt, um so früh als möglich über die weiteren Maßnahmen beraten zu können. Auf den äußeren Fangedämmen, die einen Rundgang um die mit Baumaterial aller Art überhäufte „Insel" gewähren, begab man sich auf Bohlen nach der Baustelle, in welche eine schmale Leiter hinabführte. Ringsherum hatte man schon Sand aufgeschüttet, um die mit Werg gedichteten Spundwände völlig trockenzulegen. So konnte man bis auf etwa zehn Meter an die Bruchstelle heran, ohne im Morast zu versinken. Die Bruchstelle ist, wie man seinerzeit nach dem Zu- und Abfluß des Spreewassers und nach der Leistungsfähigkeit der Pumpen ganz richtig berechnet hatte, verhältnismäßig nicht groß, sie stellt einen rechtwinklig zur Längsrichtung des Tunnels gradlinig verlaufenden Riß von etwa sechs Meter Länge dar, der an seiner breitesten Stelle etwa 20 Zentimeter mißt. Nach dem Inneren zu ist der Riß durch die beinahe meterdicke Betondecke unregelmäßig, doch kann man an der breitesten Stelle in den Tunnel hinabsehen, der natürlich noch ganz voll Wasser steht. Wahrscheinlich setzt sich der Riß auf der der Flußrichtung zugekehrten Seitenwand des Tunnels fort; denn von hier aus ist der Angriff der Strömung gegen den in das Spreebett eingebrachten Fremdkörper erfolgt. Der Hergang bei dem Wassereinbruch hat sich demnach wie folgt abgespielt: in der Mitte des Flusses ist das Wasser nach und nach bis zu der Steinschicht, die den Tunnel bedeckt, hindurchgesickert und hat, an der Seitenwand fortgesetzt weiterwirbelnd, schließlich das vordere Tunnelstück ganz unterspült, so daß der schwere Betonkörper, seiner Stütze beraubt, sich, wenn auch nur um ein Kleines, senkte; dadurch mußte der Tunnel an der Stelle, an welcher er noch fest auflag, bersten und natürlich drang nun das Spreewasser begierig in den Hohlraum ein und überflutete den anschließenden Bahntunnel, bis das Wasser hier das Niveau der Spree erreicht hatte. Soweit er gestern aufgedeckt werden konnte, sieht der Riß so harmlos aus, daß man eine Reparatur des Tunnels für ausreichend halten möchte, ein abschließendes Urteil wird sich indes erst fällen lassen, nachdem die schadhafte Stelle völlig bloßgelegt und der Tunnel wieder begehbar ist.

Fleischerinnung und Berliner Magistrat über das russische Fleisch.

Aus dem Rathause wird geschrieben: „Nach einem Bericht der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung" hat die Berliner Fleischerinnung in einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung eine Erklärung abgegeben, in der ausgeführt wird, daß das russische Fleisch, wie einwandfrei festgestellt sei, von sehr verschiedener Qualität, von dritter Qualität bis abwärts zur allergeringsten Qualität sei. Nach den vorliegenden Erfahrungen sei das russische Fleisch überwiegend als geringwertig zu bezeichnen. Der nur um ein geringes niedrigere Preis des russischen Fleisches werde durch die vorgeschriebene Verkaufsart, nach der die verschiedenen Qualitäten zu einem einheitlich vorgeschriebenen Preis verkauft werden müßten, reichlich aufgewogen. Es ist bedauerlich, daß die Fleischer die Angelegenheit in der Weise jetzt wieder aufnehmen, daß sie die Qualität und die Verkaufspreise des von der Stadt im Interesse der Bevölkerung aus Rußland bezogenen Fleisches bemängeln und sogar soweit gehen, das Fleisch als geringwertig, von dritter und noch geringerer Qualität zu bezeichnen. Die große Nachfrage und der starke Absatz in den zwei Wochen, in denen das russische Fleisch hier zum Verkauf gelangt ist, sind der beste Gegenbeweis für die Behauptungen der Fleischer. Es ist seit Beginn des Verkaufs allgemein anerkannt worden, daß das russische Fleisch guter zweiter, das heißt guter Mittelqualität sei. Bei der vorgestrigen Besichtigung des eingegangenen Fleischtransportes durch die Abnahmekommission, der auch Metzger mit jahrelanger Tätigkeit und reicher Erfahrung angehören, wurde das gleiche Urteil von allen Seiten abgegeben und von den anwesenden Tierärzten bestätigt. Es wurden sogar einige Ochsen als „Renommierochsen" bezeichnet. Daß die festgesetzten Preise nicht zu hoch sind und vom Publikum als billig angesehen werden, beweist die ständig wachsende Nachfrage nach dem Fleisch. Die Einrichtung des russischen Fleischbezuges durch die Stadt wird allgemein als eine Wohltat für die städtische Bevölkerung angesehen. Das zeigen besonders die zahlreichen Zuschriften, welche dem Magistrat ständig zugehen, und in denen ihm der Dank dafür ausgesprochen wird, daß er durch seine Unternehmung dem Publikum es ermöglicht, sich mit gutem und billigem Fleisch zu versorgen."

Eine einstündige Störung im Straßenbahnbetriebe trat am gestrigen Mittwochmorgen in Charlottenburg ein. An der Ecke des Kurfürstendamms und der Meineckestraße entgleiste ein Motorwagen der Linie A in der Auflageweiche und sperrte so das Gleis in der Richtung nach Halensee. Erst nach einer Stunde konnte das Verkehrshindernis mit Hilfe des Rettungswagens der Straßenbahn behoben werden. Während der Dauer der Störung von 6.25 bis 7.25 Uhr wurden die Wagen der Linien A, 54 und 76 durch die Joachimsthaler- und Kantstraße, die der Linie G durch die Ranke- und Schaperstraße abgelenkt.

Vor dem Krankenhaus Bethanien beobachtete man am Mittwoch etwa um ½1 Uhr mittags einen sonderbaren Auftritt. Aus dem Hauptportal wurde von zwei Personen ein Mann hinausgebracht und dann sich selber überlassen. Er setzte sich an der Bordschwelle nieder und zeigte den Vorübergehenden, daß das eine Bein einen Verband trug. In dem sich ansammelnden Publikum entstand die Meinung, er habe im Krankenhause Aufnahme gesucht, sei aber abgewiesen worden. Wir nehmen an, daß das ein Irrtum ist. Ein hinzukommender Schutzmann fragte den Mann aus und ließ dann eine Droschke holen, um ihn wegzubringen. Man glaubt, bemerkt zu haben, daß der Mann einen Krankenschein bei sich hatte, der von einer Armenkommission ausgestellt war. Auf ihm soll der Name Sommerfeld gestanden haben, doch ist das vielleicht nicht der Name des Mannes, sondern seines Geburtsortes. Er bezeichnete sich als Händler, der allein dastehe. Kennt jemand den Mann? Kann uns der Droschkenkutscher sagen, wo er ihn abgeliefert hat?

Ein Kleiderdiebespaar, das seit einiger Zeit die Flure der Gemeindeschulen unsicher machte und besonders arme Leute schädigte, wurde von der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht. Zu solchen gemeinsamen Streifzügen hatte sich der 34 Jahre alte frühere Eisendreher Paul Lütke mit einer Frau, deren Mann im Gefängnis sitzt, zusammengetan. Die beiden stahlen von den Fluren der Schulen, was sie nur bekommen konnten. Auch die kleinsten Mäntelchen, Umschlagetücher und Kopfbedeckungen. Viele arme Kinder gerieten dadurch in die traurige Lage, bei der kalten und nassen Witterung ohne Ueberkleider gehen zu müssen, weil die Eltern ihnen nicht gleich Ersatz für die gestohlenen Sachen kaufen konnten. Klagen aus verschiedenen Schulen und Stadtvierteln veranlaßten die Kriminalpolizei zu besonderen Beobachtungen und Nachforschungen bei den Pfandleihern. So ermittelte sie, daß alle Sachen bald bei diesem, bald bei jenem Pfandleiher auf den Namen Lehmann versetzt wurden. Stets brachte sie ein kleiner Knabe, der sich mit einem Mietvertrag auswies und bitter klagte, daß die Mutter in der größten Not ihn mit den Sachen schicke. Es ergab sich,

daß der Ueberbringer ein Sohn jener Frau war, dessen Mann eine Strafe verbüßte. In ihrer Behausung fand man nun den Lütke und eine Anzahl Kleidungsstücke, über deren Herkunft die Frau keine Auskunft geben konnte. Sie und ihr Mieter wurden nun in die Schulen geführt und es ergab sich, daß sie dort wiederholt gesehen worden waren. Lütke wurde in Haft behalten und dem Untersuchungsrichter vorgeführt, die Frau einstweilen wieder auf freien Fuß gesetzt, weil sie für mehrere Kinder zu sorgen hat. Die beschlagnahmten Sachen, deren Eigentümer noch nicht bekannt sind, können von diesen im Zimmer 98 des Polizeipräsidiums abgeholt werden.

Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl im 5. Gemeindewahlbezirk der 2. Abteilung (Potsdamer Viertel) wurde an Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Barth der Handelsrichter Kaufmann D. Bry (liberal) gegen den Lehrer A. Siebert unter großer Mehrheit gewählt. Siebert, der anfänglich sich als „Liberaler" geriert hatte, war ins konservativer Lage übergegangen.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall hat sich am Dienstagabend in der Seestraße ereignet. Dort fuhr an der Endhaltestelle ein Straßenbahnwagen der Linie 68 in eine falsche Weiche und stieß gegen den Motorwagen 596 der Linie 42. Dieser Wagen wiederum geriet bei dem Anprall in Bewegung und rollte gegen einen auf demselben Gleis haltenden Motorwagen der Linie 61. Kurz vor dem Zusammenstoß versuchte die 15jährige Elise Hermann zwischen den Wagen der Linien 68 und 42 hindurchzugehen, geriet jedoch zwischen die zusammenfahrenden Waggons und wurde eingequetscht. Frl. H. wurde in besinnungslosem Zustande in das nahe Rudolf-Virchow-Krankenhaus geschafft, wo sie bald an den Folgen der erlittenen schweren inneren und äußeren Verletzungen verstarb.

Mordversuch und Selbstmord.

Nach einem Revolveranschlag auf seine Braut, Selbstmord verübt hat gestern nachmittag der 27 Jahre alte Kürschner Georg Ider aus der Kirchbachstr. 6. Ider unterhielt seit einiger Zeit ein Liebesverhältnis mit einer 22 Jahre alten ehevorlassenen Frau Anna Kaiser, geborene Eger, die in einem Pensionat in dem Hause Kaiser Wilhelmplatz 2 wohnte. Seine Geliebte wollte ihre Beziehungen zu ihm lösen. Davon wollte er aber nichts wissen. Er äußerte vielmehr zu Bekannten, daß er, wenn sich seine Braut von ihm abwenden werde, diese und sich selbst erschießen werde. Gestern nachmittag gegen 2 Uhr erschien er bei seiner Geliebten, um mit ihr eine Aussprache herbeizuführen. Bei dieser Gelegenheit zog er plötzlich einen Revolver und feuerte drei Schüsse auf sie ab. Während einer sie in die Brust traf, streiften sie die beiden anderen an der rechten Hand und im Gesicht. Trotz dieser Verletzungen konnte die Frau davonlaufen. Auf der Straße sprang sie in ein vorbeifahrendes Auto und fuhr damit zur Wohnung ihrer Mutter in der Fritz-Reuter-Straße. Von hier wurde sie nach dem Krankenhaus gebracht. Die benachrichtigte Schöneberger Polizei nahm sofort eine Verfolgung des Täters, der nach dem mißglückten Anschlag die Flucht ergriffen hatte, auf. Sie besetzte seine Wohnung und andere Orte, an denen er sich aufzuhalten pflegte. Diese Vorsichtsmaßregeln waren jedoch nicht nötig. Ider suchte bald nach der Tat ein Lokal in der Ebersstraße auf, wo er sich auf der Toilette erschoß. Als man ihn auffand, gab er noch Lebenszeichen von sich. Man brachte ihn deshalb noch nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus, wo er jedoch kurz nach der Einlieferung starb.

Todessprung aus dem Fenster. Die 43 Jahre alte Arbeiterwitwe Berta Ulrich sprang gestern früh aus einem Fenster ihrer im vierten Stockwerk des Hauses Stolpische Str. 2 gelegenen Wohnung in den Hof hinab und war, wie die herbeigerufenen Aerzte feststellten, auf der Stelle tot. Kummer über ihre beiden in Fürsorgeerziehung beziehungsweise Untersuchungshaft befindlichen 16 und 19 Jahre alten Söhne hatten die Unglückliche zu dem Schritt getrieben. Zwei Töchter im Alter von 15 und 6 Jahren wurden von Verwandten aufgenommen.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern abend in der städtischen Gasanstalt in der Danziger Straße. Dort waren gegen 7 Uhr mehrere Arbeiter mit dem Entladen von Kipploren beschäftigt. Diese werden unten mit Koks gefüllt, mit einem Fahrstuhl hochbefördert und dann auf Schienen weiter gefahren. Als der Arbeiter Julius Rauchbar aus der Treskowstr. 21 eine solche Lore entlud, stürzte er aus 8 Meter Höhe in die Tiefe und blieb mit schweren inneren Verletzungen bewußtlos liegen. Ein Arzt von der Rettungswache in der Gaudystraße leistete dem Verunglückten die erste Hilfe und ließ ihn dann mit einem Künzelschen Wagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen. Hier liegt er sehr schwer danieder. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Mit einem Bücherrevisor Karl Middeke in Wilmersdorf mußten wir uns kürzlich beschäftigen, weil der Mann in verschiedenen hiesigen Zeitungen als Vermittler von Buchhalterstellen auftrat und wobei er besonderen Wert auf die Einsendung von Gebühren in Höhe von 1,50 bis 3 Mark legte. Jetzt lesen wir in der Bielefelder „Volkswacht" folgenden Gerichtsbericht: „Der Kontorist W. Tiemann in Salzuflen fühlte seinerzeit den Drang in sich, Kaufmann zu werden, und er ließ sich die Anfangsgründe der Wissenschaft auf einer Handelsschule beibringen, auf der er am Ende seiner Studien ein verlockendes Stellenangebot vorgelegt bekam. Gegen ein vorläufiges Monatsgeld von 90 Mark sollte er bei Karl Middeke in Schöneberg bei Berlin eine Vertrauensstellung bekleiden, die jedoch eine Einzahlung von 600 Mark Kaution erforderte. Der junge Mann hatte auch nichts Eiligeres zu tun, als bei der Sparkasse seine Ersparnisse von 600 M abzuheben und sie seinem neuen Chef bei seiner Ankunft in Berlin in die Hand zu drücken. Die neue Stellung war aber so, daß Tiemann es nur zwei Wochen lang aushielt, und als er Berlin verließ, versuchte er von Middeke das Geld wieder zu bekommen. Als Abschlagszahlung drückte dieser ihm aber nur 7 M. in die Hand; den Rest hatte der Mann momentan nicht zur Verfügung. Auf die erhobene Anzeige wurde der Kautionsschwindler dann zu sechs Wochen Gefängnis vom Schöffengericht Salzuflen verurteilt. Die Strafkammer lud ihn dann zum persönlichen Erscheinen nach Detmold ein, aber obgleich inzwischen schon drei oder vier Termine angesetzt worden sind: Herr Middeke ließ sich nicht blicken. Seine Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts wurde daher verworfen.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Der Schein trügt! Kaum ist die zweite evangelische Kirche fertig geworden, da trägt man sich in kirchlichen Kreisen schon mit dem Plan, auf dem Friedrichsruher Platz eine dritte zu erbauen, wozu das Grundstück schon erworben ist. Daraus könnte man schließen, daß in Steglitz die Frömmigkeit zuhause ist, daß eine wahre Kirchennot bestehe. Das ist aber nur scheinbar der Fall, wie aus unverdächtiger Quelle nachgewiesen werden kann, nämlich aus dem Bericht der evangelischen Kirchengemeinde, der vor kurzem im Druck erschienen ist. Dieser Bericht erstreckt sich auf die Jahre 1909 bis 1912. Sein Inhalt ist sicher für die „Ungläubigen" erfreulicher als für unsere Frommen, denn er zeigt eine „Entwickelung nach rückwärts", der gegenüber der sieghafte Aufstieg der Arbeiterorganisationen um so deutlicher und erfreulicher hervortritt. Die Notwendigkeit von Kirchenbauten wird trefflich „begründet" durch die Feststellung des Berichtes, daß der Kirchenbesuch eine Tendenz zur Abnahme zeigt; erklärt wird diese Erscheinung dadurch, „daß die nach Steglitz zuziehende evangelische Bevölkerung leider überwiegend den unkirchlichen Kreisen angehört". Da hat unsere politische Gemeindeverwaltung nun seit Jahren kein anderes Ziel gekannt als das, steuerkräftige, honette Bürger nach hier zu ziehen, und nun kommt die Kirchenverwaltung und konstatiert, daß gerade diese so sehr begehrten und umworbenen netten Leute allzumal Sünder sind, mit denen man keinen Staat machen kann. Trotzdem wurde von kirchlicher Seite der Versuch gemacht, sie wieder der Kirche zurückzugewinnen. Aber alle Mittel versagten, denn der Bericht klagt, daß z. B. die Bibelstunden keine Werbekraft auf weitere, selbst kirchlich gesinnte Kreise entwickeln. Der Besuch ist daher auch sehr gering. Recht bezeichnend heißt es weiter: „daß die allermeisten auch unserer treuen Gottesdienstbesucher kein Interesse an einem zusammenhängenden Verständnis der Bücher der Heiligen Schrift haben." Auch der Versuch, durch Vorträge „anziehend" zu wirken, schlug fehl. Der Bericht sagt hierüber: „Das Interesse der Gemeinde versagte. Die Geistlichen, die Vorträge gehalten hatten, standen unter dem Eindruck: das ist eine Arbeit, die nicht mehr begehrt wird, also aufgegeben werden kann." Durch diese Fehlschläge kam man im Kirchenrat wohl auf den Gedanken, daß die Agitation moderner betrieben werden müsse. Was lag da näher als der Kinematograph, die neueste Errungenschaft auf dem Gebiete der Reklame? Da der Besuch der Wochengottesdienste in der Passionszeit sehr schwach war, wurden sie also durch Lichtbilder aus der Passionsgeschichte bereichert. „Der Versuch hatte durchaus den erwarteten Erfolg", sagt der Bericht. Aber, oh Pech, das königliche Konsistorium untersagte diese amerikanische Reklame. Es wäre wunderbar gewesen, wenn der Kirchenvorstand sich das modernste Schlagwort unseres satten Bürgertums hätte entgehen lassen. Es beruhigt das eigene Gewissen und liest sich so schön, so angenehm gruselig, wenn es im Bericht heißt: „Die kirchliche Beerdigung wird selten verschmäht. Wo es geschieht, darf man wohl auf sozialdemokratischen Terrorismus als Grund schließen". Bei dem rapiden Rückgang der kirchlichen Trauungen suchte man nach einem anderen Grund. Die Tatsache, daß nur noch 58 Prozent der rein evangelischen und gar nur 28 Prozent der gemischten Ehen kirchlich geschlossen wurden, „trotzdem nichts unterbleibt, die Brautpaare zur Erfüllung ihrer kirchlichen Pflichten anzuhalten", wird einfach erklärt, daß in bestimmten Kreisen die kirchliche Trauung aufhört, Sitte zu sein". Und nun gar die Abendmahlsfeier! Sie scheint dem Aussterben nahe zu sein. Die Beteiligung sank in den Jahren 1908–1911 von 8 auf 7,1, 6,9, und 6,8 Proz. Um den Jammer voll zu machen, muß der Bericht melden, daß auch die Kirchenaustritte wieder eine Neigung zur Steigerung aufweisen. Wenn der Bericht darauf hinweist, daß auf jeden Geistlichen 11 000 Seelen entfallen und damit wohl die Arbeitslast der Herren beweisen will, so werden sich wohl die Leser eines Lächelns nicht erwehren können, noch dazu, wenn sie von diesen 11 000 diejenigen „Seelen" in Abrechnung bringen, die nach den angeführten Tatsachen auf die Tätigkeit der Kirche und ihrer Diener verzichten.

Wilmersdorf-Halensee.

Hausagrarier gegen die Staatsautorität. Wenn zwei sich streiten, erfährt ein Dritter manchmal allerhand interessante Dinge. So ging es auch bei der letzten Stadtverordnetenwahl, in der sich aller übrigen bürgerlichen Einigung zum Trotz im Südbezirk zwei feindliche Richtungen gegenüberstanden. Der von Hausbesitzern geleitete Bezirksverein Kaiserplatz hat zu den Wahlen noch am 1. November eine Nummer seiner „Bezirksnachrichten" herausgegeben, die mit Angriffen gegen den Verein Wilmersdorf-Süd angefüllt ist. Dieser setzt sich zum wesentlichen aus königlich preußischen Staatsbeamten zusammen. Es verdient nun weiteren Kreisen bekannt zu werden, wie die staatsstützenden Hausbesitzer mit ihrem Anhang die ebenfalls staatsstützenden Beamten einschätzen. Natürlich ist die Würdigung dieser Gegner nicht ganz von Voreingenommenheit frei. Zugunsten der Wiederwahl des am Montag bei den Wahlen der zweiten Abteilung glänzend durchgefallenen Stadtverordneten Fischer wird nicht mehr und nicht weniger behauptet, daß dieser jedem Bürger, sei er Mieter, Hausbesitzer oder Gewerbetreibender, nur Vorteil und dem Bezirk wie der Stadt Glück und Segen bringe. Nachdem so die Stütze des Vereins in das rechte Licht gerückt worden ist, heißt es von den Wahlversammlungen der Beamten, daß sie nur auf Effekthascherei zugeschnitten seien und zur Verdummung der Wähler beitrügen. Im Hinblick auf die stramm organisierte Wahlarbeit der zumeist im Staatsdienst stehenden Wähler aus dem großen Beamten-Genossenschaftshause in Wilmersdorf wird über den „geschulten militärischen Anmarsch der Wähler aus dem Kasernement in der Hildegardstraße" gespottet. An den in diesem Hause wohnenden Stadtverordnetenkandidaten Röhr ergeht die Anfrage, ob er nach seiner Wahl das Rückgrat ganz verlieren werde. Vielleicht werde er, so heißt es im Hinblick auf das Steuerprivilegium, dahin streben, daß die Steuern, die die Beamtenhausbewohner zu wenig bezahlten, auf die Wähler der ersten Klasse abgewälzt werden. Herr Röhr kandidierte nämlich in der ersten Klasse. „Das sind", so wird an einer anderen Stelle gesagt, „die Herren Beamten und würdigen Stadtväter, die mit ihren begrenzten Anschauungen für die Interessen unseres Bezirkes tätig zu sein sich anmaßen." In einem besonderen Wahlaufruf, den das Blatt veröffentlicht, heißt es über die Beamten, daß nicht die Bureaukratie und persönlicher Ehrgeiz in der Bürgervertretung dominieren solle. Es müsse verhindert werden, daß die Stadtverordnetenversammlung „durch die organisierten Beamten aus den Beamtenhäusern in der Hildegardstraße zum Tummelplatz des abhängigen, nicht selbstdenkenden Beamtentums gemacht" werde. Weiter besagt der Aufruf: „Wer nicht will, daß unser schöner Stadtbezirk weiter von diesem Beamtentum in der Hildegardstraße heimgesucht wird, die nur bevorzugte Steuerzahler sind, die kein Interesse an der Entwicklung unseres Stadtbezirks haben, da sie organisierte Wohnungsverhältnisse besitzen, derentwegen der Nachbarladeninhaber nicht zu existieren braucht, der kann keine Kandidaten der Beamtenvereine wählen".

Recht erbauliche Dinge werden in dem Bezirksorgan auch dem am Sonntag zum Stadtverordneten gewählten Herrn Heenemann nachgesagt. Er sei der Syndikus der Beamtenvereine und befinde sich als Verleger der (vom Magistrat als amtliches Organ benutzten) „Wilmersdorfer Zeitung" der Stadt gegenüber gewiß nicht in freier Position. Auch habe er dieser Abhängigkeit bereits durch allerhand Vorbehalte in seinen öffentlichen Erklärungen Rechnung getragen.

Man sieht, es lohnt sich, in dem Kampfe, den die staatserhaltenden Hausbesitzer gegen die Beamten führen, Zuschauer zu sein. Ein Sozialdemokrat denkt auch von den Staatsangestellten ein gutes Teil besser als diese Herren. Mehr noch. Trotzdem die Beamten wenigstens bei öffentlichen Wahlen gegen die Arbeitervertreter stimmen müssen, haben diese doch bei jeder Gelegenheit deren Interessen wahrgenommen.

Charlottenburg.

Elternverein für freie Erziehung. Sonntag, den 10. d. M., vormittags 10½ Uhr, findet unter Leitung des Herrn Professor Dr. Schaefer eine Besichtigung des Neuen Museums statt. Treffpunkt 9¾ Uhr pünktlich Straßenbahnhaltestelle Wilhelmplatz. Für Nachzügler bis 10¼ Uhr im Vestibül des Neuen Museums, gegenüber der Nationalgalerie. Kinder unter 10 Jahren sind von der Besichtigung ausgeschlossen. Jedes Kind hat 20 Pf. Fahrgeld mitzubringen. Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können an der Besichtigung teilnehmen.

Sonnabend, den 16. d. M., abends 8 Uhr, findet im großen Saal des „Volkshauses" unter Mitwirkung des Mundharmonikavereins „Namenlos" unser diesjähriges Herbstvergnügen statt. Für Belustigungen während der Kaffeepause ist bestens gesorgt. Einlaßkarten à 50 Pf. inkl. Tanz sind zu haben in der Vorwärtsspedition Sesenheimer Straße 1, Konsumniederlage Wallstraße 23, Grötz, Spreestraße 56, Friese, Neue-Christstraße 7 und im „Volkshaus", Rosinenstraße 3 (Stehbierhalle). Abendkasse findet nicht statt.

Ober-Schöneweide.

Der Verkauf frischen Fleisches durch die Gemeinde, der am Montag begonnen hat, findet an jedem Montag, Mittwoch und Freitag von 8 Uhr nachm. ab im Hause Rathaus- und Antoniuskirchstraßen-Ecke statt. Am ersten Verkaufstage war bis zum Schluß ein ganz kolossaler Andrang zu verzeichnen. Die von der Gemeinde festgesetzten Preise sind durch Plakataushang überall bekanntgemacht.

Köpenick.

Die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung, die am Montag, Dienstag und Mittwoch stattfanden, endeten mit einem Siege der sozialdemokratischen Kandidaten. Es wurden gewählt die Genossen Gabriel, Nieke, Jungklaus, Zobian, Herbst, Galle und Witzler. Von den 3947 Wahlberechtigten gaben 1678 bis 1680 ihre Stimme ab, die auf die sozialdemokratischen Kandidaten entfielen. Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt.

Bernau.

Am Sonnabend, den 9. d. M., abends 8½ Uhr, gibt die Berliner Theatergesellschaft, Direktor Schulz, im Saale des Herrn Salzmann eine einmalige Vorstellung. Zur Aufführung gelangt: „Gespenster" von Ibsen. Billets hierzu sind für die Arbeiterschaft zum Vorzugspreise von 40 Pf. bei Franz Salzmann, Rich. Wünsche, Adolf Sasse, Max Rosenow und Br. Schneider zu haben.

Nowawes.

Ein Falschmünzernest hat die hiesige Polizei am Dienstagvormittag in einem Hause der Priesterstraße aufgehoben. Durch Vermittlung der Berliner Kriminalpolizei gelang es ihr, den wegen einer im Laufe des Sommers in der Potsdamer christlichen Vereinsdruckerei begangenen Unterschlagung steckbrieflich verfolgten Faktor Meier-Petersen festzunehmen, der sich in einem gemieteten Zimmer des betreffenden Hauses eine komplette Falschmünzerwerkstatt eingerichtet hatte und mit einem Komplizen Zweimarkstücke fabrizierte. Die Falsifikate wurden hauptsächlich in Berlin in Verkehr gebracht.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Mariendorf. Donnerstag, den 7. November, nachmittag 5 Uhr, im Saale des Rathauses, öffentliche Gemeindevertretersitzung.

Friedrichshagen. Freitag, den 8. November, nachmittags 5 Uhr, im Rathaussaale, Friedrichstr. 87.

Steglitz. Freitag, den 8. November, abends 6 Uhr, im Rathaussaal.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend von Nowawes. Am Sonntag, den 10. November, Kartoffel- und Heringstour nach Saarmund (Hildebrand). Treffpunkt um 8½ Uhr im Jugendheim. Abmarsch pünktlich 9 Uhr. Liederbücher nicht vergessen. Die Eltern wollen die Jugend auf diese Tour sowie auf unsere Spielabende Montags und Donnerstags aufmerksam machen.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde". Wanderfahrten am 10. November: I. Gr. Besten–Schmöldesee–Gussow (Nachtquartier Betten), Stahlberge–Teltner, 2 Tage. Abf. Sonntag Schles. Bahnh. 6.48, Görlitzer Bahnh. 6.55. II. Rund um Berlin I, Bernau–Blumberg–Hoppegarten. Abf. Stett. Vorortbhf. 7.31 vorm. III. Historische Exkursion nach Brandenburg a. H. Abf. Potsd. Fernbhf. 8.58 vorm. IV. Königswusterhausen–Cablow–Zeuthen. Abf. Görl. Bhf. 7.49 vorm. V. Zehlendorf, Behrenstraße–Havelberge–Bhf. Grunewald. Abf. Wannseebahnbhf. 1.00 nachm. VI. Kindertour Schmöckwitz–Eichwalde. Treffpunkt Schles. Bhf. (Ecke Fruchtstr. u. Madaistraße) 8 Uhr vorm., Bhf. Wedding (Eing. Nettelbeckplatz) 7.30 vorm.

Marktbericht von Berlin am 5. November 1912. nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 36,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,50. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,40—2,80. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 2,00—30,00.

Witterungsübersicht vom 6. November 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Bewölkung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C = 0° R.	Stationen	Barometerstand mm	Bewölkung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C = 0° R.
Swinemünde	764	NNO	2	wolkig	2	Haparanda	766	Still		bedeckt	—8
Hamburg	767	N	2	wolkenl	0	Petersburg	762	NW	1	bedeckt	—4
Berlin	763	N	2	wolkig	0	Scilly	767	Still		wolkig	11
Frankf. a. M.	764	NO	1	wolkig	4	Aberdeen	762	SW	1	halb bd.	7
München	763	WSW	2	Regen	6	Paris	765	Still		bedeckt	5
Wien	758	WNW	2	Schnee	3						

Wetterprognose für Donnerstag, den 7. November 1912.

Zeitweise heiter, aber kühl und veränderlich mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 5. 11. cm	seit 4. 11. cm[1])	Wasserstand	am 5. 11. cm	seit 4. 11. cm[1])
Memel, Tilsit	231	+1	Saale, Grochlitz	142	—2
Pregel, Insterburg	—2	—4	Havel, Spandau[2])	56	+8
Weichsel, Thorn	186	+16	„ Rathenow[2])	20	—16
Oder, Ratibor	202	—8	Spree, Spremberg[2])	84	+4
„ Krossen	213	—5	„ Beeskow	83	0
„ Frankfurt	211	+1	Weser, Münden	289	—15
Warthe, Schrimm	36	+2	„ Minden	366	—22
„ Landsberg	3	—1	Rhein, Maximiliansau	448	—62
Netze, Vordamm	—2	0	„ Kaub	314	+4
Elbe, Leitmeritz	26	0	„ Köln	395	—15
„ Dresden	—97	+3	Neckar, Heilbronn	106	—16
„ Barby	151	0	Main, Hanau	208	+5
„ Magdeburg	124	+3	Mosel, Trier	171	—54

[1]) + bedeutet Wachs. — Fall. — [2]) Unterpegel.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Badstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

A. S. 97. 1. Zwei Jahre. 2. Es empfiehlt sich eine Beschwerde beim Polizeipräsidenten. — **A. Z. 12.** 1. Ja, sofern Ihre Schwester zur Lösung des Verlöbnisses keinen ausreichenden Grund hatte. 2. Verlag Rudolf Mosse, Jerusalemer Straße. — **H. M. 83.** 1. Unterliegt der Beurteilung seitens des Militärarztes. Ein Antrag ist an das Bezirkskommando zu richten. 2. Ja. — **A. 1.** Der Erzeuger ist zahlungspflichtig, verschaffen Sie sich vom Vormundschaftsgericht ein Armutszeugnis für das Kind und klagen Sie bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Erzeuger seinen Wohnsitz hat. — **103. W. 2.** 1. Auskunft über Gesellschaften erteilen wir grundsätzlich nicht. 2. Unverständlich. — **G. 17.** An die Wasserverwaltungen in Berlin, Alte Jakobstr. 34/35, in Charlottenburg, Kirchhofstr. 9. — **L. L. 8561.** 1. und 2. Nein. — **K. 100.** 1. Ja. 2. In vier Jahren, beginnend mit dem Ende des Kalenderjahres, in dem die Forderung fällig geworden ist. — **N. St. 77.** Ja. — **23. M. K. S.** 1. u. 3. In einem solchen Falle wird das Eheschließungszeugnis seitens der österreichischen Behörde nicht erteilt. Es empfiehlt sich, daß die Braut vorher ihren Austritt aus der Kirche bewirkt. 2. Falls Ihre Braut naturalisiert wird, ist die Zugehörigkeit zur katholischen Kirchengemeinschaft für die Eheschließung ohne rechtliche Bedeutung. 4. Ja. — **L. 77.** Es besteht keine Gefahr. — **R. J. 600.** 1. und 2. Nur mit Zustimmung des Vormundschaftsgerichts. — **S. 149.** 1. Klage erscheint aussichtslos. 2. Rathaus. — **E. H. 7.** Sie sind verpflichtet, dem Verlangen des Hauswirts nachzukommen. — **M. W. Z.** Nein. — **W. K. 30.** 1. Der Austritt aus der evangelischen Landeskirche ist erforderlich. 2. Taufschein des Vaters und, falls vorhanden, Bescheinigung

über den Austritt des Vaters. — **1868.** 1. Die Berufsgenossenschaft kann, falls erhebliche Besserung eingetreten ist, die Rente mindern. Sie haben das Recht der Berufung. 2. Erinnern Sie an Erledigung der Sache. Falls Sie später Anfragen an den „Vorwärts" richten, wollen Sie die Abonnementsquittung des „Vorwärts", nicht diejenige der „Berliner Morgenpost" beifügen. — **A. B. C. 12.** Innerhalb Jahresfrist nach Aufhebung des Verlöbnisses. Einer späteren Geltendmachung steht der Einwand der Verjährung gegenüber. — **M. S. 13. 81.** 1. Erscheint nicht ausreichend. 2. Ja, soweit die Sachen entbehrlich sind. — **R. K. 55.** Richten Sie ein Gesuch auf Namensänderung an den Regierungspräsidenten zu Potsdam. — **L. 99. A. K.** Nein. — **E. H. 100.** Ja. — **W. 100.** Ja. — **J. 00. 1.** 1. Es wäre möglich. 2. z. B. Lothmar Arbeitsvertrag und Entscheidung des Gewerbegerichts Hannover vom 23. September 1908. Allerdings stehen dieser auch andere Entscheidungen gegenüber. 3. Handbuch für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte von Georg Baum.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 6. November 1912.
Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Prophet.
Königl. Schauspielhaus. Freund Fritz.
Deutsches. König Heinrich IV. 2. Teil.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Königgrätzer Straße. Herodes und Mariamne.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Aufs Matterhorn. Hörsaal 8 Uhr: Konstruktions-Ing. A. Keßner: Walzwerke.
Lessing. Gabriel Schillings Flucht.
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Schiller O. Des Pfarrers Tochter von Streladorf.
Schiller-Theater Charlottenburg. Die Kinder der Exzellenz.
Berliner. Filmzauber.
Kleines. Magdalena.
Residenz. Gemütsmenschen.
Komödienhaus. Die Generalsecke.
Deutsches Schauspielhaus. Der gutsitzende Frack.
Thalia. Autoliebchen.
Theater am Nollendorfplatz. Orpheus in der Unterwelt.
Kurfürsten-Oper. Der Kuhreigen.
Kroll. Prinz Rahl.
Montis Operetten. Der Frauenfresser.
Luisen. Des andern Ehre.
Rose. Wilhelm Tell.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Trianon. Liebesbarometer.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Endlich allein.
Casino. Der Großfürst.
Reichshallen. Die Macht der Töne.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.

Anfang 8¼ Uhr.

Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Grigri.
Lustspielhaus. Mein alter Herr.
Folies Caprice. Der keusche Joseph. Der Rehbock.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Müller Landstraße.

Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Yvonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Wagner-Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Des Pfarrers Tochter von Streladorf.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Kinder der Exzellenz.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Kinder der Exzellenz.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Zopf und Schwert.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Im weißen Rößl.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Kinder der Exzellenz.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Im weißen Rößl.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Des Pfarrers Tochter von Streladorf.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Die Jüdin von Toledo.**
Sonntag, abends 8 Uhr: Zur Feier von Schillers Geburtstag: **Wilhelm Tell.**

Berliner Theater.
8 Uhr:
Filmzauber.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 7½ Uhr:
Herodes und Mariamne.

Deutsches Schauspielhaus
Abends 8 Uhr: Der gutsitzende Frack.

Theater am Nollendorfplatz.
Gastspiel des Münchener Künstlertheaters. Anfang 8 Uhr.
Orpheus in der Unterwelt.
Sonnabend, 3½ Uhr nachmittags: Schneewittchen.

Montis Operetten-Theater
(früher Neues Theater)
Abends 8 Uhr:
Der Frauenfresser.

Residenz-Theater.
8 Uhr: 8 Uhr:
Gemütsmenschen.
Schwank in 3 Akten von Fritz Friedmann-Frederich.
Morgen und folgende Tage: **Gemütsmenschen.**

Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag, Freitag, Sonnabend:
Des andern Ehre.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung: König Drosselbart.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Das Käthchen von Heilbronn.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Zu der heutigen Vorstellung „Wilhelm Tell" sind sämtl. Billetts bereits vergeben.
Freitag 8 Uhr zum ersten Male:
Die größte Sünde.
Drama in 5 Akten von Otto Ernst.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von J. Freund. Musik v. Rud. Nelson. Tänze arrang. von Will Bishop. In Szene gesetzt vom Direktor R. Schultz.

Herrnfeld Theater
8 Uhr:
Die mit beispiellosem Lacherfolge aufgenommene Novität
Die Alpenbrüder.
10 Uhr:
Endlich allein!
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11—2 (Theaterkasse).

Theater Königstadt-Casino.
Holzmarktstraße 72,
1 Min. v. Bahnh. Hannoverbrücke.
Tägl. abends 8, Sonnt 5½ Uhr:
8 erstklassige Spezialitäten
und **Kalt gestellt** oder: **Fehlgeschossen.**

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Das sensation. November-Programm
Robert Neesemann,
Berlins Lieblingshumorist mit neuen Schlagern. Riesen-Lacherfolg des lustigen Stückes **Der Großfürst.**
Sonntag 4 Uhr: **O diese Männer!**

Voigt-Theater.
Donnerstag, den 7. November 1912:
Gastspiel im Puhlmanns Theater, Schönhauser Allee 148:
Gebildete Menschen.
Volksstück in 3 Akten v. Viktor Leon.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8½ Uhr.

Freie Volksbühne

Sonnabend, den 16. November, abends 8½ Uhr, in den Konkordia-Festsälen:

Herbst-Fest.
Heiterer Konzert-Abend.

Mitwirkende:
Die Brettlkünstlerin Frl. **Claire Waldoff** vom Passage-Theater.
Das **Neue Tonkünstlerinnen-Orchester.**
Kapellmeister **Ivan Fröbe.**
Klassische und moderne Tänze.
Nach dem Konzert: **BALL.**
Festmarken in allen Zahlstellen à 60 Pf. inkl. Programm und Zettel. 243/20

Lessing-Theater
Vom 15. Dezember ab:
Glaube u. Heimat.
Die Tragödie eines Volkes.

Deutsches Schauspielhaus
2½ Uhr:
Goethe:
Egmont.

Thalia-Theater
Dreyer:
Des Pfarrers Tochter von Streladorf.
Schauspiel in 3 Aufzügen.

Residenz-Theater
Dumas:
Francillon.
Schauspiel in 3 Aufzügen.

Abendabteilungen
Deutsches Schauspielhaus.
8 Uhr: Drégely:
Der gutsitzende Frack.

Herrnfeld-Theater
Strindberg:
Der Vater.
Trauerspiel in 3 Aufzügen.

Die Vorstellungen, die bisher im Neuen Schauspielhause gegeben wurden, finden bis auf weiteres im **Deutschen Schauspielhause,** Friedrichstraße 104 (an der Weidendammer Brücke) statt. Anfang der Vorstellung im Deutschen Schauspielhause 2½ Uhr

---

Morgen Freitag, den 8. November
II. Gewerkschaftshaus-Konzert
Kammermusikwerke u. Lieder von Johannes Brahms (Kestenberg-Trio u. Frau Lolo Barnay). Billetts à 30 Pf. im Gewerkschaftshaus, Horsch, u. an der Abendkasse.

Orchideen-Ausstellung
Vom 8. bis 10. November im Herrenhause,
Leipziger Str. 3
Eintritt 1 Mark. Am Eröffnungstage 3 Mark.

Urania
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Aufs Matterhorn!
Hörsaal 8 Uhr:
Konstruktions-Ingen. A. Keßner:
Walzwerke.

Nißles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
11555 C. Nißle.

Neu eröffnet
Café Leitmeyer
Petersburger Straße, Ecke der Frankfurter Allee.
Auf das modernste ausgebaut und vergrößert. Parterre, I. Etage.
Gesellschaftszimmer für 100 Personen • Erstklassiges Künstler-Konzert • Tag und Nacht geöffnet.

TYPOGRAPHIA
Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
Gegr. 1879 Chormeister Alexander Wandaum M.G.V.

Sonntag, den 24. November 1912 (Totenfest), im großen Festsaale der „Neuen Welt", Hasenheide
KONZERT
Mitwirkende:
Herren **Veit, Höber, Reitz, Perduss, Holbein, Schweinitz** und **Schumann** vom **Philharmonischen Orchester.**
Zum Vortrag gelangt u. a.:
Großes Septett in Es-dur, op. 20, von **Beethoven.**

Eintritt 75 Pf. × Anfang 6 Uhr. × Kinder 20 Pf.
Kinder unter sechs Jahren haben keinen Zutritt.

Eintrittskarten à 60 Pf. sind zu haben in den Zigarrengeschäften von **P. Horsch,** Engelufer 15; **G. Schulz,** Kottbuser Tor; **M. Kämmerer,** Elisabethufer 37; **E. Schulz,** Mittenwalder Str. 2; **W. Seidel,** Bergmannstr. 59; **M. Gölfert,** Yorckstr. 40; **B. Böttger,** Zossener Str. 30 und Skalitzer Str. 107; **H. Köppe,** Tilsiter Str. 45; **H. Parske,** Büschingstr. 2; **G. Voigt,** Elbinger Str. 77; **A. Rensky Nchfl.,** Choriner Str. 28; **K. Bielefeld,** Graefestr. 35; **G. Kuhring,** Jahnstr. 1; in Neukölln: **A. Abraham,** Donaustr. 25; **W. Chaské,** Schillerpromenade 26; **P. Opitz,** Pflügerstr. 74; **A. Rietdorf,** Pannierstr. 40; in Schöneberg: **K. Schönebeck,** Brunhildstr. 7; in Charlottenburg: **F. Meyer,** Hardenbergstr. 15, Ecke Fasanenstr.; in Rummelsburg: **E. Holberg,** Gärtnerstr. 11, sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen.

„Clou" :: Berliner :: Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Heute: **Doppel-Konzert!**
Berliner Konzerthausorchester, Dir. Fr. v. Blon, Komponist Musikc. **Kaiser-Alexander-Reg.,** Dirig. Kgl. Musikdir. Brase.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Großer Wohltätigkeits-Monster-Konzert-Abend
zum Besten der Reichsfliegerstiftung.
6 Kapellen! Mitwirk. erster Bühnenkünstler. Vorverkaufs-Gedenkmünzen im Clou zu haben. Abonn. u. Vorzugsk. haben keine Gültigk.

Zirkus Albert Schumann.
Heute Donnerstag, 7. Nov., abends 7½ Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Auftreten sämtlicher neu engagierten Attraktionen.
Um 9½ Uhr:
Die Hauptattraktion Berlins!
Der unsichtbare Mensch.
Vier Bilder aus Indien.

Zirkus Busch.
Heute Donnerstag, 7. Nov., abends 7½ Uhr:
Neu! Kapt. Spaulding.
Die Experimente geschehen dicht vor den Augen des Publikums und ist jede Täuschung ausgeschlossen.
Albas sensationelle Kopffahrt durch den Zirkusraum.
Die unvergleichlichen **Tourbillons.**
3 Blackburns, Luftleiter-Akrobat. auf dem Schiffsmast.
Zum Schluß: **Unter Gorillas.**

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Abends 8 Uhr: **Die Macht der Töne.**
Sonntagnachm. 3 U. Der Kompagnieball

Apollo Theater
Ab 8 Uhr.
Nie dagewesener Erfolg des neuen Programms!
12 große Attraktionen!
Ganz Berlin spricht von
M. Bendix und **E. Schnabel**
als Droschkenkutscher u. Flaker.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die
HEILIGE WEISSE NEGERIN
und ihre schwarze Priester-Schwester.
Beide lebend ohne Extra-Entree zu sehen.

Folies Caprice.
Zum **68.** Male
Die drei Schlager:
Der keusche Joseph.
Der Rehbock.
Der Einbrecher.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Liebesbarometer.

Kreuzstern
MAGGI's Suppen
sind die besten!
Allein echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke Kreuzstern.
„MAGGI's gute, sparsame Küche".

Bezirk Moabit
des Verbandes der Hausarzt-Vereine.

Freitag, den 8. November, 8½ Uhr, Stadt-Theater, Alt-Moabit 47:

Frauen-Vortrag!

Thema: **Bau, Aufgabe und Hygiene der weiblichen Organe.** 298/8*

Fruchtbarkeit — — — Unfruchtbarkeit!

Referent: Herr **Dr. Magnus Hirschfeld.** — Diskussion. — Fragebeantwortung.

Eintritt 30 Pf. **Mitglieder frei.** **Eintritt 30 Pf.**

Die Unkenntnis über dieses so überaus wichtige Gebiet trägt Schuld an vielen körperlichen und seelischen Leiden innerhalb und außerhalb der Ehe. Hier kann nur vernünftige Aufklärung, nicht falsche Scham Wandel schaffen! Der Hausarzt-Verein stellt es sich zum obersten Prinzip, die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiterfamilien zu heben. Durch Wort und Schrift bringt er stete Aufklärung. Im Erkrankungsfalle eines der Familienmitglieder stellt er freie ärztliche Behandlung und gewährt freie Medizin. Sämtliche Familienangehörige, ausschließlich des Mannes, bezahlen insgesamt einen Monatsbeitrag von 1,10 M. Keine Volksversicherung! Volle Selbstverwaltung der Mitglieder. Beim Austritt keine Kündigung. Dieselbe erfolgt einfach durch Zurückgabe des Mitgliedsbuches! Familien, welche ihren Beitritt für den Bezirk Moabit in obiger Versammlung erklären, denen ist die Aufnahmegebühr erlassen! Aufgenommen werden nur Familien, deren Ernährer krankenversicherungspflichtig ist! Anmeldungen können auch erfolgen beim 1. Vorsitzenden **Otto Hagen,** Rostocker Str. 21, v. III.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Donnerstag, den 14. November,
abends 8 Uhr,
in dem Lokale „Neue Welt", Hasenheide 108/114:

Fortsetzung der

Generalversammlung

vom 30. Oktober 1912.

Tagesordnung:

Fortsetzung der Diskussion über den Jahresbericht.

1. Jahresbericht: a) des Vorstandes; b) des Aufsichtsrates; c) der Revisionskommission.
2. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinns.
4. a) Wahl von 6 Aufsichtsratsmitgliedern, b) Wahl von 5 Ersatzpersonen für den Aufsichtsrat.
5. Anträge.

Der Eintritt kann nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Legitimationskarte gestattet werden. 107/18

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Der Vorstand. **Der Aufsichtsrat.**
M. Junger. D. Schulze. Fr. Schulze, Vorsitzender.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Sonntag, den 10. November 1912, vormittags 10 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Beuthstraße 19:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Der erste Verbandstag des Bauarbeiterverbandes. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl. 3. Verschiedenes.
Vollzähliges Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Gipsbaubranche:
Putzer, Träger und Rabitzspanner.

Freitag, den 8. November 1912, abends 8 Uhr, bei Jannaschk, Inselstraße 10:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Konferenz der Stukkateure. 2. Bericht der Kommission für die Ausarbeitung einer Vorlage von Akkordpreisen. 3. Verschiedenes. 147/4

Getragene Monatsgarderobe.

Heute und folgende Tage: Verkauf von gebrauchten Maßanzügen, Maßpaletots, Ulster etc., welche teils von ersten Schneidern sind, auch einzelne auf Seide gearbeitet. Ferner elegante neue Herrenkleidung in prima Ausführung:

Jackett-Anzüge	M. 12.—	16.—	22.— etc.
Herren-Paletots	„ 10.—	14.—	18.— „
Ulster	„ 12.—	18.—	24.— „
Rock-Anzüge	„ 12.—	18.—	24.— „
Gehrock-Anzüge	„ 18.—	23.—	29.— „
Frack- u. Smoking-Anzüge	„ 24.—	28.—	33.— „
Herren-Beinkleider	„ 5.—	7.—	„

Frack-Gesellschaftsanzüge werden verliehen.

Herren-Garderobenhaus nur Friedrichstr. 127

Sonntags nur v. 12—2 Uhr geöffnet.

Orts-Krankenkasse der Vergolder und Berufsgenossen

Donnerstag, 14. November 1912, abends 7½—8½ Uhr, im Saal 5 des **Gewerkschaftshauses,** Engelufer 15:

1. Wahlversammlung der Arbeitnehmer

wozu sämtliche Kassenmitglieder über 21 Jahre eingeladen sind.

Tagesordnung:

Wahl von 88 Vertretern für das Jahr 1913.

Mitgliedskarte legitimiert.

In demselben Lokal und am selben Tage, von 8½—9 Uhr:

2. Wahlversammlung der Arbeitgeber

wozu sämtliche Arbeitgeber, welche Beiträge aus eigenen Mitteln leisten, eingeladen werden.

Tagesordnung:

Wahl von 41 Vertretern für das Jahr 1913.

3.

Montag, 18. November 1912, abends 8 Uhr, im Saal 5 des **Gewerkschaftshauses,** Engelufer 15:

Generalversammlung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Antrag auf Zulassung als besondere Orts-Krankenkasse nach der Reichsversicherungsordnung. 3. Neuwahl des Vorstandes (drei Arbeitgeber, sechs Arbeitnehmer). 4. Wahl von drei Ausschußmitgliedern zur Prüfung der Jahresrechnung. 5. Verschiedenes. 281/10

Der Vorstand.
Heinrich Küpper, Vorsitzender.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß der Bezirksausschuß zu Potsdam den von der Generalversammlung der Kassendelegierten unterm 10. Oktober cr. beschlossenen Statutennachtrag genehmigt hat. Demnach erhöhen sich die Beiträge

in Lohnklasse A	v. 1,02 M.	auf	1,23 M.
„ „ I	„ 0,81	„	0,96 „
„ „ II	„ 0,69	„	0,81 „
„ „ III	„ 0,57	„	0,69 „
„ „ IV	„ 0,45	„	0,54 „
„ „ V	„ 0,30	„	0,36 „

In gleicher Weise erhöhen sich auch die Beiträge für die zu versichernden Hausgewerbetreibenden wie folgt:
für männliche Hausgewerbetreibende von 0,84 M. auf 0,99 M.,
für weibliche Hausgewerbetreibende von 0,51 M. auf 0,60 M.

Der Statutennachtrag tritt mit dem 4. November 1912 in Kraft.

Charlottenburg, den 5. Nov. 1912.
281/9 **Der Kassenvorstand.**

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

Staakschalen, trockene Wasserware, 0,70, 0,80 u. 1,60 m lang, billigst frei Waggon Berlin abzugeben. Anfragen erbeten unter **F. 1** an die Expedition des „Vorwärts".

Dr. Leo Herz
Frauenarzt
verzogen nach 186/4
Martin-Luther-Straße 9.
Tel. Amt Lützow 9859.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgen. Deutschlands

Verwaltung Groß-Berlin.

Freitag, den 8. November, abends 8 Uhr:

Betriebsversammlung aller Werke der B. E.-W.

in den **Arminhallen.**

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Schlichting. 2. Betriebsangelegenheiten.

Sonnabend, den 9. November, morgens 8½ Uhr und abends 8 Uhr:

Betriebsversammlung der Brauereimaschinisten und Heizer

in den **Arminhallen.**

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Schlichting über: **Tarifwesen.** 2. Betriebsangelegenheiten.

Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird dringend ersucht

146/14 **Die Ortsverwaltung.**

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

Der beste Ersatz für Oper, Theater, Varieté Konzert. – Nur erste Künstler!

Sie brauchen kein Geld dazu
Wir senden denselben kostenlos

8 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 doppelseitigen 29 cm großen Pathé-Platten. Haben Sie schon einen Pathé-Plattenspieler? **Pathé-Platten will man immer wieder hören,** da sie im Gegensatz zu den veralteten Nadelplatten **noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen,** als beim ersten Spiel. — — — Unser trichterloser Apparat ist

das Neueste vom Neuen

und nicht zu vergleichen mit den allgemein auf den Markt kommenden Typen. — Jeder Apparat ist mit der neuen **großen Pathé Konzert-Schalldose** versehen, die allein überall mit 20 Mark verkauft wird. Behalten Sie den Apparat, so haben Sie an uns **monatlich nur 3 Mk.,** also täglich **nur 10 Pfg.** zu zahlen.

Die Lieferung erfolgt sofort!

Spielt ohne Nadelwechsel mit einem fast unzerstörbaren Saphirstift. **Keine Plattenabnutzung mehr!**

Wir kaufen Ihren alten Sprech-Apparat zurück, auch wenn er nicht von uns bezogen ist, falls Sie unseren trichterlos. Apparat behalten u. vergüten Ihnen auf Ihrem Konto **20 Mark** laut nebenstehendem Schein. Auf Verlangen liefern wir Ihnen noch eine zweite Schalldose, mit der Sie auch Ihre alten Platten auf unserem Apparat weiter spielen können.

Unser Apparat ohne Trichter hat ein hochfein poliertes Eichengehäuse, geräuschlos arbeitenden Motor, seitlichen Aufzug, wie Regulervorrichtung, Plattenteller 25 cm Dm.

Bial & Freund
Breslau II, Postf. 120/324

Senden Sie uns diesen Schein noch heute ein!

An die Firma Bial & Freund in Breslau II, Postfach 120/324

Senden Sie mir einen allerneuesten Luxus-Sprechapparat ohne Trichter mit echter Pathé-Konzert-Schalldose sowie 20 ausgewählte Stücke auf 10 doppelseitig bespielten, 29 cm großen Pathé-Platten, **5 Tage zur Probe.** *Wenn ich die Sendung nicht innerhalb 5 Tagen nach Empfang an Sie franko zurückschicke, behalte ich sie und zahle unter Anerkennung Ihres Eigentumsrechtes bis zum Ausgleich für den Apparat mit der Pathé-Konzert-Schalldose Mark 60.— und für die 10 Pathé-Doppelplatten à Mark 3.30 in monatlichen Raten von* **Mark 3.—** *vom Ablauf der Probezeit beginnend. Erfüllungsort ist Breslau.*

Bei Nichtzutreffen ist der nebenstehende Absatz zu streichen.

Für meinen alten Sprechapparat vergüten Sie mir auf meinem Konto, falls ich ihn innerhalb 5 Tagen nach Erhalt Ihrer Sendung franko abschicke, nach Empfang Mark 20.—. Dieser Betrag wird erst am Schlusse meiner Zahlungen verrechnet.

Vor- und Zuname: _____

Beruf: _____ *Ort u. Datum:* _____

_____ *Straße · Platz · Nr.* _____

Garbáty
Cigaretten

Königin von SABA

Garantiert Handarbeit

Heute

verkaufen wir

Seefische

zu nachfolgenden Preisen:

Schellfisch . . . pro Pfd.	**22** Pf.	**Seelachs** ohne Kopf pro Pfd.	**26** Pf.
Kabliau (ohne Kopf) . . .	**22** „	**Goldbarsch**	**26** „
Schollen	**28** „	**Knurrhahn**	**24** „

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.
E. G. m. b. H. — Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 22/26.
Der Vorstand.

107/17

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Vertrauensmännerwahlen zur Angestellten-Versicherung.

In Berlin finden die Wahlen zur Angestellten-Versicherung für die

Arbeitgeber am **Freitag, den 8. November,** in der Zeit von **3 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends;**

Arbeitnehmer am **Sonntag, den 10. November,** in der Zeit **von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends** statt.

Die **Arbeitgeber** geben Stimmzettel der freien Arbeitgeber mit **Liste A** ab.

Für die **Arbeitnehmer** kommt die

Liste L

der Freien Vereinigung in Frage.

Ueber die **Versicherungspflicht** der **Angestellten** heißt es im § 1 des Gesetzes:

Der Versicherung unterliegen:

„1. Angestellte in leitender Stellung, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet,

2. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung, Bureauangestellte, soweit sie nicht mit niederen oder lediglich mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden, sämtlich wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet,

3. Handlungsgehilfen und Gehilfen in Apotheken.

4. Bühnen- und Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen,

5. Lehrer und Erzieher,

6. aus der Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge und aus der Besatzung von Fahrzeugen der Binnenschiffahrt Kapitäne, Offiziere des Decks- und Maschinendienstes, Verwalter und Verwaltungsassistenten sowie die in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung befindlichen Angestellten ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung, sämtlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet."

Zu diesen sechs Klassen von Versicherungspflichtigen ist im einzelnen folgendes zu bemerken:

Zu 1. Angestellte in leitender Stellung sind z. B. Güteradministratoren, Direktoren von Aktiengesellschaften, Genossenschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Versicherungsvereinen sowie Leiter kaufmännischer Betriebe. Sie sind aber nur versicherungspflichtig, wenn die Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet.

Zu 2. Unter Betriebsbeamten sind Personen zu verstehen, die zwar nicht, wie die zu 1. Genannten, einen Betrieb in seiner Gesamtheit leiten, die aber im Betriebe nicht zu ausführender Tätigkeit berufen sind, sondern eine gewisse, wenn auch mehr untergeordnete Beteiligung an der Leitung haben und eine Aufsicht gegenüber Arbeitern und Gehilfen ausüben. Es kommen hier besonders die Betriebschemiker und Betriebstechniker in Fabriken sowie die Gutsinspektoren in Betracht, ebenso nach allerdings bestrittener Auffassung die Werkmeister.

Zu den anderen Angestellten in gehobener oder höherer Stellung sind z. B. Oberkellner, Küchenchefs, Stadtmissionare, Privatsekretäre, Hausdamen, Gesellschafterinnen, Justitiare, die nicht Rechtsanwälte sind, Bibliothekare, Redakteure, in Zeitungen angestellte Schriftsteller usw. zu verstehen. Von den Bureauangestellten sind die Bureauvorsteher, die Expedienten, Rechnungsbeamten und Stenotypisten versicherungspflichtig, nicht dagegen Kanzlisten, Aktenhefter, Diener und sonstiges niederes Bureaupersonal.

Zu 3. Unter Handlungsgehilfen sind Personen zu verstehen, die kaufmännische Dienste leisten, wie Ein- und Verkäufer, Buchhalter, Kassierer, Reisende, Korrespondenten, nicht aber sonstige Gewerbegehilfen wie Hausdiener, Packer, Kontorboten. Ausgeschlossen von der Versicherungspflicht sind ferner die Handlungslehrlinge, auch wenn sie Gehalt beziehen.

Zu 4. Bei den Bühnen- und Orchestermitgliedern kommen Schauspieler, Sänger, Musiker, Tänzer, Artisten, Souffleure, Dramaturgen und Regisseure, nicht dagegen Bühnenarbeiter, Logenschließer und Theaterpförtner in Betracht.

Zu 5. Von den Lehrern und Erziehern kommen nur solche in abhängiger Stellung in Frage, wie Lehrer an Privatschulen, in Waisenhäusern und Anstalten, Hauslehrer, Gouvernanten, Klavier-, Zeichen-, Gesang-, Sprachlehrer und -Lehrerinnen. Dabei ist es gleichgültig, ob der Unterricht in der Wohnung des Arbeitgebers oder in der des Lehrers stattfindet. Wer dagegen eine eigene Lehranstalt besitzt, wie die Inhaber von Privat- oder Handelsschulen, ist als Arbeitgeber nicht versicherungspflichtig.

Dies ist im wesentlichen der Kreis der versicherungspflichtigen Angestellten, über den aber noch sehr viel Unklarheiten herrschen. Diese Unklarheiten sind auf Ablehnung der von der Sozialdemokratie zur Versicherungsgesetzgebung gestellten Anträge zurückzuführen.

Für die Versicherten erwachsen in den nächsten Tagen folgende Verpflichtungen:

Du sollst

Dir schleunigst eine Aufnahmekarte für die Angestelltenversicherung ausstellen lassen, wenn Du es bisher versäumt hast;

wählen, wenn Du das 21. Lebensjahr vollendet hast, gleichviel ob Du männlichen oder weiblichen Geschlechts bist;

alle Deine Kolleginnen und Kollegen auf den Wahltag aufmerksam machen;

die Liste L. wählen, die die Freie Vereinigung aufgestellt hat;

auf dem Wahlzettel nichts ändern oder hinzusetzen, auch nicht Deinen Namen darauf schreiben, denn dann würde der Wahlzettel ungültig werden;

Dich am Wahltag in Deiner freien Zeit dem Wahlausschuß zur Verfügung stellen.

Die neue Manoli Kardash das Beste für 3 ₰

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Geschlechts-
Hautleiden, Nervenschwäche Frauen- und Beinkranke schmerzlose „Ehrlich 606"-Injektionen ohne Berufstörung. Chirurg. Operationen jed. Art
Ambulatorium
Dorotheenstr. 63. Spr. 11-2, 6-8, Sonnt. 11—2.
Konsultation 2 M.

Vorjährige
feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge, Smokings auf Seide 30—70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Telephon: Norden 1239 und 9714.

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83—85. Telephon Hauptkasse: Norden 185.

Verwaltung: Telephon: Norden 1987.

Achtung! Von **Montag, den 11. November 1912** ab befinden sich unsere gesamten Bureaus **Achtung!**

Linienstraße 83–85.

132/12

Die Ortsverwaltung.

Phänomen-Gold Feinste Cigarette

Specialmarke Phänomen-Club 3 Pf.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maxstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. *

Teppiche, Prachtstücke (Farbenfehler), für halben Preis. Vorwärtsleser 10 Prozent! Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden! 1896R*

Gardinen, Fabrikreste, Große Frankfurterstraße 9 parterre.

Steppdecken, billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 9 parterre. 1897R*

Hermannplatz 6 Pfandleihhaus, Jedermanns Kaufgelegenheit. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Winterpaletots. Herrenulster. Herrenhosen. Riesenauswahl Pelzstolas. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltiges Portierenlager. Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Blütschtischdecken. Steppdeckenlager. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Barenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Littauer-Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, Turmstraße 39, Beusselstraße 45. *

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Teppiche, unbedeutende Farbenfehler, für die Hälfte des Wertes. Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken zu Schleuderpreisen. Teppichhaus Adler, Königstraße 50, gegenüber Rathaus. 1967R*

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Littauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte, spottbillig. Stalitzerstraße 99, Warschauerstr. 65. *

Teilzahlungen 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Kinderbettstellen, Herrengarderobe. Sende Vertreter. Meisels Nachfolger, Warschauerstraße 80. 2494R*

Ausnahmewoche. Flauschulster, Maßanfertigung, moderne Ausführung. 45, 55, 65 Mark. Besichtigung lohnend. Riesenauswahl, bis 15. November. Klemmer, Brangelstraße 4. *

Gebrauchte Nähmaschinen billig Bellmann, Gollnowstraße 26. 2058R*

Trauringe, Gold 3,—. Werner, Uhrmacher, Pappelallee 3. 2126R*

Vorwärtsleser fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen Teppich-Thomas. 2173R*

Teppiche, farbfehlerhaft, spottbillig.

Portieren, Plüsch, Leinen, Restbestände spottbillig

Teppich-Thomas, Prachtbau Oranienstraße 128, Rosenthalerstraße 54.

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Zu Freien Stunden. Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts" entgegen. Probehefte gratis.

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtsleser.

Abfall, fehlerhafte Teppiche 4,25, 5,75, 7,85, 9,50, 11,85, 15, 19, 23, 27, 31 usw. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1,65, 2,35, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75, 8,25 usw.

Angeschmutzte Gardinen. Stores, Tülldecken, Rouleaus, fabelhaft billig. Große Frankfurterstraße 125.

Künstlergardinen 3,85, 4,75, 5,95, 6,65, 7,85, 9,50, 11,75, 13,50 usw.

Leinen- und Tischportieren 3,25, 3,65, 6,75, 7,85, 8,50 usw.

Plüschportieren 5,85, 6,75, 7,65, 8,50, 9,85, 10,50, 11,65, 14,25 usw. Fabriklager Große Frankfurterstr. 125.

Plüschdecken mit kleinen Fehlern 4,25, 5,75, 6,50, 7,95, 8,35, 21,50 usw.

Tisch-, Leinendecken 1,65, 2,25, 2,95, 4,35, 5,50, 6,85, 7,50 usw.

Steppdecken, Simili-Seide 3,75, 4,50, 5,65, 7,50, 8,35, 9,75, 11,25, 13,50 usw.

Diwandecken 3,95, 4,50, 5,65, 7,50 bis 30 usw.

Schlaf- und Reisedecken 95, 1,35, 1,95, 2,85, 3,45 bis 45 Mark.

Möbelstoff, Läufer und Linoleumreste zu Spottpreisen. E. Weitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 2505R*

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor", Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße kaufen. Anzüge von 9,00 Mark an; Ulster, Paletots von 5,00 an; Damengarderobe, Pelzstolas, Betten, Wäsche, Gardinen, Portieren, Freischwinger, Bilder, Uhren, Gold-, Silberwaren, Fahrräder. Alles spottbillig. Anzüge werden verliehen. Sonntags geöffnet. 2467R*

Gaszugampel, Gaszwellochkocher Grünerweg 3. 1459b

Papageienauswahl, Harzer Kanarienhähne. Restaurant, Kommandantenstraße 52. 2526R*

Brillantring, feuriger Stein, 40,—, verkauft. „Melba", Postamt 40.

Monatsgarderobe spottbillig. Große Geldersparnis. Winterulster 6,50 an, Winterpaletots 8,25 an, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Hosen, Joppen, für jede Figur passend. Ferner Pelzstolas, Damenulster, Blusen, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Goldsachen, Uhren 3,15. Goldene Ringe, gestempelt 1,50. Keiten, Opergläser. Nur Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34, eine Treppe. Neben Barzahn Wertheim, kleiner Eingang. Fahrgeld vergütet. 2419R*

4,25 prachtvolles Bett. Daunenes Bett 8,50, rotrosa gestreift. Aussteuerbetten, ganzer Stand 26,50. Nur Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34, eine Treppe. 2420R*

Leihhaus Moritzplatz 58a! kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüsch-Mänteln, Kostümen, Kleidern (hochelegant). Große Posten Pelzstolas, Pelzgarnituren, früher bis 150, jetzt 15—40 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a I. 2296R

Wensickendorf an der Reinickendorf-Liebenwalder Bahn, welche in kurzer Zeit Staatsbahn mit Vorortverkehr wird, 100 Parzellen dicht am Bahnhof, verpachte mit Vorkaufsrecht oder verkaufe mit kleiner Anzahlung. Näheres 4—7, Langestraße 48 parterre oder Sonntag Bahnhof Wensickendorf. 1146b*

Geschäftsverkäufe.

Gangbares Kolonialwarengeschäft, vier Jahre bestehend, krankheitshalber, Großmiete. Neukölln, Weichselstr. 48 II.

Eckrestauration billig zu verkaufen, wegen Uebernahme größeren Geschäfts. Zu erfragen Wilhelm Giesbholt, Berlin N, Triftstraße 46, Groß-Destillation. †77

Material-, Obst-, Gemüsegeschäft, anschließende Wohnung, billige Miete, andauernder Krankheit wegen billig verkäuflich. Tageskasse zirka 40 Mark. Auskunft Neukölln, Hermannstr. 110, Walter. †60

Seifengeschäft, Drogen, Zentrum, schöne Wohnung, wegen außerhalb zu verkaufen. „November" Postamt 12. 1157b

Möbel.

Teilzahlung. Reelles Möbelgeschäft liefert Möbel für Stube und Küche mit 20 M. Anzahlung, kleinste Raten. Auch einzelne Möbel. Aeltere Möbel werden in Zahlung genommen und gegen moderne umgetauscht. Zum Weihnachtsfest Teppiche, Portieren, Läufer usw. ohne Anzahlung. Offerten Postlagerkarte 12, Postamt 22. 2399R*

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Läger. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Ankamerstraße.

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Ofen kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Bettstelle, Matratze 18,00, Küchenspind 10,00, Tisch 4,00, Stühle 1,50, Sofa 20,00, Kleiderspind 26,00, mehreres sofort verkäuflich Naunynstraße 16, vorn I. Mehrkorn. 186/5

Spottbillig! Fast neu, 2 Bettstellen, Kleiderschrank, Vertiko, Trumeau, Sofa, Tisch, Stühle, komplette Küche. Böhmstraße 30 I, Hammer. 236/3

Kinderbettstelle, Puppenwagen, Joachim, Frankfurter Allee 128, III.

Brautleuten verkaufe spottbillig bildschöne Stuben- und Kücheneinrichtung (Händler zwecklos), Plüschsofa, Wandbilder, Sofaumbau. Bauer, Große Frankfurterstraße 85, eine Treppe. 186/6

Brautleuten passend Nußbaumwirtschaft, noch neu, mit bildschönen Küchenmöbeln, Gaskrone, Teppich Küchengeschirr, 195,—, Säulentrumeau 33,—, Umbausofa 40,—. Abram, Neue Königstraße 66 I. 236/2*

Bürgerliche Wohnungseinrichtung sehr billig bei Glas, Rosenthalerstraße 57, vorn III rechts. 178/7*

Preisanzug der Möbelfirma Josef Kamerling u. Co., Kastanien-Allee 56, Ecke Weinbergsweg, und Brückenstraße 6, Jannowitzbrücke, Ladeneingang. Geschnitzte Hutbodenschränke, Spiegelvertiko 38,00, Ausziehsofa 36,00, Nischelschränke, Nischelvertiko 27,00, Kommoden, Spiegelspinden, 18,00, geschliffene Trumeau 29,00, Ausziehtisch 15,00, Zimmerstühle 2,90, Küchenschränke 23,00, Speisezimmerbüfetts 85,00, Schreibtische 32,00, Sofaumbaue 38,00, Spiegelschränke 45,00, englische Bettstellen, Nischel-Bettstellen mit Stahlmatratze 33,00, Ruhebetten 21,00. Durch Barmassenankäufe sind unsere Lager überfüllt, daher unsere Leistungsfähigkeit. 11305*

Arbeiter-Wohnungseinrichtungen in großer Auswahl. Fünf Etagen. Einfach, gediegen und konkurrenzlos billig. Stube und Küche 195,00 an. Bequeme Teilzahlung nach Belieben des Käufers gern gestattet. Geringe Anzahlung. Trotzdem streng reelle Kassapreise und Zinsvergütung. Kein Abzahlungsgeschäft. Tischlermeister Rejewske, Badstraße 66. Zwei Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. 185/2

Plüschsofa 40,00, Chaiselongue 18,00, Ausziehtisch, Trumeau, englische Bettstellen 20,00. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. †109

Möbel, Kleiderschrank, Vertiko, 28,—, Trumeau 45,—, Schreiber, Brunnenstraße 123. 2150R

Sportbillig kauft man Schränke, Vertikos, Bettstellen, Sofas, Spiegel usw., neu, auch gebrauchte, da Gelegenheitskäufe. Elsasserstraße 8 und Oranienstraße 37. Sonntags geöffnet.

Kaufen Sie direkt beim Tischlermeister. Komplette Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen. Besichtigen Sie meine Ausstellung. Harnack, Stallschreiberstr. 57 (Moritzplatz). Verkauf nur im Fabrikgebäude. Zahlungserleichterung. *

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Ueberverteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R*

Moebel-Boebel, Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 234,—, 336,—, 409,—, 496,—, 566,—, 655,— bis 1000,—. 2 Zimmer und Küche 448, 501,—, 571,—, 660,—, 773,—, 867,—, 991,— bis 2000,—. Schlafzimmer 194,—, 270,—, echt Eiche 299,—, 350,—, 401,—. Wohnzimmer, modern, 266,—, 318,—, 343,—, 403,—, Speisezimmer, echt Eiche, 343,—, 373,— 462,—, 571,—, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matratze 42,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 5 Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 2057R*

Einrichtung, Stube und Küche, 195,—, Einzelmöbel spottbillig. Schneider, Prinzenstraße 98. *

Lennerts Möbel-Gelegenheitskäufe. Enorm große Auswahl in bürgerlichen Ein- bis Drei-Zimmereinrichtungen, ganz bedeutend unter regulärem Preise. Nur neue gediegene Möbel. Für Brautleute bedeutende Ersparnis. Ergänzungsmöbel jeder Art, Büfette, Standuhren 70,—, Umbaue 65,—, Schreibtische 45,—, Sofas 45,—, Garnituren, Bettstellen, Trumeaus 33,—, Teppiche, Bilder, Kludeffel, Ledersofas, Kronen, Pianos usw. Die Möbel sind in 4 Etagen aufgestellt. Lothringerstraße 55, Rosenthaler Platz. 2477R*

150 Trumeaus, mit Stufen und prima Facettenglas, 29,50, auch Mahagoni große Auswahl. Fabrik Stalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 2485R*

Musikinstrumente.

Pianos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 5348R*.

Konzertpiano, Prachtinstrument, fast neu, allerbilligst abzugeben. Warschauerstraße 58 I, Mengel. Händler zwecklos. 2522R

Nußbaumpiano, Prachtton, billig. Tismer, Badstraße 42/43. *

Piano, wenig gebraucht, 150,—, verkäuflich. Hänel, Alexanderstr. 14c.

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 2248R

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 av. Holz, Blumenstraße 44. *

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, schönes, modernes, umständehalber spottbillig. Kämmerelt, Große Frankfurterstraße 14. 178/19*

Brennaborrad sowie Freilaufrad, wunderschön 25,00, sofort. Schrader, Weberstraße 42, Quergebäude.

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm 5,70, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber 3,65 kauft Blümel, Auguststraße 19.

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Metallschmelze Rieper, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße).

Briefmarken-Sammlung, Münzen kauft Großmann, Spandauerbrücke 2.

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Goldankauf, höchstzahlend, „Geldkontor", Hoffmannstraße 30. *

Platin 5,70, Zahngebisse, Altgold, Silber, Quecksilber, Stanniol höchstzahlend Müller, Teltowerstraße 10.

Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark, Bruchgold, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. *

Zahngebisse, Edelmetalle, Stanniol. Krüger, Elsasserstraße 66. 2519R*

Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platinabfälle 5,75, Goldlachen, Silberlachen, Goldwatten, Rehrgold, Quecksilber 3,80, Stanniolpapier, Zinn 3,70, Kupfer 1,30, alle „Metalle" höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstr. 31. 2499R*

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kafka, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt (den höchsten Preis Blumenreich Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor (Telephon.) 763R*

Zahngebisse, Platina, Silberabfälle, Stanniol, Quecksilber, höchstzahlend Schmelzerei, Friedrichstraße 139 (Weidendammer-brücke).

Stanniolcinkauf, Zahngebisse höchstzahlend Edelschmelze, Dresdenerstraße 132. 179/20

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swientz-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Verschiedenes.

Komiker Schwarz, Frankfurter Allee 143. 1152b*

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Pfandleihe Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. 1098b*

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a.

Jede Uhr zu reparieren 1,25 (außer Bruch), kleinere Reparaturen billiger. Kariel, Uhrmacher und Juwelier, Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße. 1026R*

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 2396R*

Vereinszimmer, 70 Personen, angenehmer Familien-Aufenthalt, musikalische Unterhaltungen. Kimmel, Grätzstraße 28. †140*

Vermietungen.

Schlafstellen.

Anständige Schlafstelle, Herren, vermietet Ortmann, Weinbergsweg 24, Seitenhaus rechts. 1161

Mietsgesuche.

Zimmer, einfach möbliert, sauber, sucht anständiger Handwerker, event. Kost. Offerten „Dezember", „Vorwärts"-Spedition Lausitzerplatz. †8

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Junger Tischler, militärfrei, sucht Beschäftigung irgendwelcher Art. Karl Kramaschk, Ruppinerstraße 35. †131

Stellenangebote.

Händler. Radfeuerzeuge billig. Mack, Zossenerstraße 69. 1151b*

15 Erdarbeiter neüt sofort ein R. Knödel, Baugeschäft, Lenzen an der Elbe, Bezirk Potsdam. 2518R*

Glasschleifer. Junger Schleifer bekommt dauernde Stellung in Facetten (Messingverglasung) und alle vorfallende Stadtarbeit. F. Larsens, Dampfglasliberi, Rosenborggade, Kopenhagen. 267/19

Silberarbeiter sucht Gottwaldt, Luisenufer 13. †8

Versetzer auf Marmorpaneele sucht Fink, Dennewitzstraße 19. 1158b

Buchbindergehilfe u. Buchbindermädchen

werden gesucht. Feste Arbeit für ein halbes Jahr. 179/17*

Petersen & Petersen,
St. Kongensgade 40, Kopenhagen.

Uniformschneider. Tüchtiger Rockarbeiter für Garnisonstadt Süddeutschlands sofort gesucht. Umzugskosten werden vergütet. Näh. u. E. V. 1875 an Haasenstein u. Vogler A.-G., Berlin W. 8. 208/9

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Korbmacherei Bröcker, Ankamer Straße 11.
Pianofabrik von Gebrüder Schwechten, Wilhelmstraße 118.
Das **Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".**
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Für Kistenmacher sämtliche Betriebe in Hamburg.
Schlesische Holzindustrie Aktiengesellschaft vorm. Ruschewsky u. Schmidt in Langenöls (Bezirk Liegnitz).
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.